

Wesen und Werden des fascistischen Staates

Von

Dr. Erwin v. Beckerath

Professor der Staatswissenschaften
an der Universität Köln



Springer-Verlag
Berlin Heidelberg GmbH 1927

Wesen und Werden des fascistischen Staates

Von

Dr. Erwin v. Beckerath

Professor der Staatswissenschaften
an der Universität Köln



Springer-Verlag
Berlin Heidelberg GmbH 1927

**Alle Rechte, insbesondere das
der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten**
Copyright 1927 by Springer-Verlag Berlin Heidelberg
Ursprünglich erschienen bei Julius Springer in Berlin 1927

ISBN 978-3-642-98847-9 ISBN 978-3-642-99662-7 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-642-99662-7

Inhaltsverzeichnis

I. Die verfehlte Revolution	1
Die Enttäuschung Italiens bei Kriegsende. Die bolschewistische Aufrührerbewegung und ihre Zentren. Der Ausgang der oberitalienischen Fabrikbesetzung.	
II. Die Chance des italienischen Bolschewismus . . .	7
Vielförmigkeit in Italien, Gleichförmigkeit in Rußland. Der ökonomische Spielraum in beiden Ländern. Ihre außenpolitische Lage.	
III. Geführte und Führer	10
Die Mittelschicht in Italien. Mussolinis Entwicklung. Seine Schwenkung nach rechts.	
IV. Die Fasci di Combattimento	24
Der Geist der ersten Verbände. Die Ideologie der Führenden und ihre Quellen. Die Auseinandersetzung zwischen Nationalismus und Sorelismus.	
V. Soziale Struktur und sozialistische Deutung des Fascismus	34
Die soziale Struktur. Die sozialistische Deutung. Ihr Irrtum.	
VI. Von der Bewegung zur Partei	37
Das Mißverständnis zwischen Führern und Geführten. Die Bildung der Partei und ihre Gründe. Programm und Mythos.	
VII. Das Parlament in Italien	44
Der Parlamentarismus vor dem Kriege. Das Parlament der Nachkriegszeit. Sozialisten und Popolari. Der Sturz des Parlaments.	
VIII. Die politische Methode nach dem Staatsstreich .	51
Ideologie und Wirklichkeit bei Mussolini. Seine revolutionäre Taktik. Die Koalitionsregierung und ihre Gefolgschaft. Der Zusammenhang zwischen altem und neuem Regime.	
IX. Die politische Bedeutung des neuen Wahlgesetzes	60
Forza e consenso in der Frage des Wahlgesetzes und der Wahlen. Die politische Konstellation bei der Wahlgesetz-Debatte im Sommer 1923. Die Entfernung Don Sturzos.	
X. Die politische Haltung gegenüber der Kurie . . .	64
Der Vatikan und die italienische Volkspartei. Die Kurie und das vorfascistische Italien. Das Werben des Fascismus um die Kirche. Die Antwort des Vatikans.	
XI. Die politische Auswirkung der Matteotti-Krise	72
Die fascistische Wirtschaftspolitik und die ceti medi. Die Isolierung des Fascismus. Die Taktik Mussolinis. Der Sieg des intransigenten Fascismus.	

IV

XII. Die politische Bedeutung der gezeichneten Entwicklung	84
Der Wechsel in der classe dirigente. Die Auseinandersetzung der beiden „Klassen“. Konsequenzen aus der Isolierung des Fascismus.	
XIII. Die fascistische Staats- und Gesellschaftstheorie	87
Die Denkschrift der achtzehn. Die „Exklusivität“ der fascistischen Staatstheorie. Die Auffassung vom Staate. Der Staat als „Handlung“. Die berufständische Ordnung. Kritische Glossen.	
XIV. Die Logik der Diktatur	104
Der Schutz des neuen Staates. Der Aufbau der Partei. Reform von Staat und Verwaltung. Die Situation des Parlaments. Die Spitze des Systems.	
XV. Der Stato Corporativo	123
Zur fascistischen Verbandspolitik bis zum Gewerkschaftsgesetz vom 3. April 1926. Das neue Recht und seine Ausführungsbestimmungen. Der Aufbau der Syndikate von Arbeitgebern und Arbeitern. Lohntheorie und amtliche Lohnpolitik. Die „dritte Hierarchie“. Zum Abschluß des korporativen Staates.	
XVI. Zusammenfassung	139
Verschmelzung von Partei und Staat. Definition des fascistischen Herrschaftsystems. Fascismus und soziale Klassen. Bolschewismus, Fascismus, Absolutismus. Die Umformung der Diktatur. Fascismus und Europa.	

I.

Das Ende des Krieges hatte Italien in eine schwere Krise gestürzt. Sie war moralischer und materieller Natur. Der Grund des moralischen Zusammenbruchs war die Behandlung beim Friedensschluß. *Guerra vinta, pace perduta*¹⁾ — der Titel eines Buches von Umberto Angeli — drückt in einem Satze die Stimmung aus, wie sie alle Schichten des Volkes beherrschte, auch jene, welche Italien in den Krieg gedrängt hatten.

Das irredentistische Ziel war erreicht, soweit die politische Konstellation dies überhaupt zuließ. Aber der italienische Imperialismus war nicht auf seine Kosten gekommen. Auf kolonialem Gebiete und im Mittelmeer war man so gut wie leer ausgegangen. Das Adriaticum, wo die Nationalisten die alten Rechte Roms und Venedigs vergeblich geltend machten, war nicht in der Hand Italiens. An der Stelle der alten österreichisch-ungarischen Monarchie war an der Ostflanke ein neuer Gegner aufgetreten, der sich noch konsolidieren mußte, aber auf die Dauer gefährlicher werden konnte als der alte.

Die Ursache der materiellen Krise war fast für alle am Weltkrieg beteiligten Mächte die gleiche. Budget und Zahlungsbilanz waren in Unordnung, die produktiven Kräfte teils erschöpft, teils in falsche Bahnen gelenkt. Der Fehlbetrag des Staatshaushalts für 1918/19 betrug etwa zwei Drittel der gemachten Ausgaben²⁾. Der Außenhandel war erschreckend passiv, die Schuld an die Vereinigten Staaten und England aus der Kriegszeit belief sich auf viele Milliarden Goldlire und war immer noch im Wachsen. Dagegen fehlte es an Rimessen der Auswanderer und an Einnahmen aus Handelsschiffahrt und Reise-

¹⁾ Der Krieg gewonnen, der Friede verloren.

²⁾ Vgl. die von Benvenuto Griziotti herausgegebene Serie von Aufsätzen *La Politica finanziaria italiana, Studi sui problemi monetari e finanziari*, p. 11. Milano 1926.

verkehr, womit man vor dem Kriege die Zahlungsbilanz ausgeglichen hatte. Der Boden war ausgepowert durch mehrjährige Raubwirtschaft, und die im Krieg künstlich aufgeblühte Industrie mußte sich so rasch wie möglich einschränken und umstellen. Die Entwertung der Lira brachte eine Umschichtung aller Einkommen und bedrohte in ihren Konsequenzen vor allem Teile des kleinen und mittleren Bürgertums: Festbesoldete und freie Berufe. Dazu kam die schwierige Aufgabe, das Heer zu demobilisieren und in eine geordnete bürgerliche Existenz zu überführen. Scharen von Deserteuren überschwemmten das Land, rotteten sich in einigen Teilen zu Banden zusammen und lieferten der Polizei wahre Schlachten.¹⁾

Die öffentliche Meinung Italiens, mehr als die irgendeines anderen Landes, pendelt zwischen Extremen. Damals hatte der Pessimismus vollkommen die Oberhand gewonnen. Die Stimmung war um so verzweifelter, je tiefer die Schicht lag, in die sie eindrang; dazu kam die jahrelang niedergehaltene Erbitterung des Proletariats, dessen Führer bei der Kriegserklärung durch die höheren Schichten ausgeschaltet worden waren. Der italienische Sozialismus, der im Gegensatz zu anderen Ländern starke Wurzeln unter der ländlichen Arbeiterschaft geschlagen hatte²⁾, war vor dem Krieg durch die Politik Giolittis und die Ausbreitung der Gewerkschaften gezähmt worden. Jetzt ließ er sich durch das Vorbild Rußlands faszinieren und forderte die Revolution nach bolschewistischem Muster. Von Moskau her rollte der Rubel in das Chaos, und die Machthaber der dritten Internationale glaubten Italien 1919/20 an der Schwelle eines ge-

¹⁾ Über das Italien der Nachkriegszeit gibt es eine große Literatur. Es sei nur einiges genannt: Michels, Robert: Sozialismus und Fascismus, S. 189 ff. München 1925. — Villari, Luigi: The fascist experiment, p. 1 ss. London 1926. — Sturzo, Luigi: Italien und der Fascismus (übersetzt von L. u. A. Dempf), S. 30 ss. Köln 1926. — Lanzillo, Agostino: Le rivoluzioni del dopoguerra, p. 77 ss. Città di Castello 1922. — Vöchting, Friedrich: Die Romagna, S. 363 ff. Karlsruhe 1927. — Manches Interessante findet sich bei Henry Joly: Les crises sociales de l'Italie, Paris 1924. — Das Buch von Enrico Flores: Eredità di guerra, Napoli 1925, ist eine Apologie des Ministeriums von Francesco Nitti. Die gleiche Aufgabe hat eine Schrift von Nittis Sohn. Über die Tätigkeit Nittis als Minister vgl. die herben Worte Giolittis in dessen Memorie della mia vita, II, p. 553 ss. Milano 1922.

²⁾ Michels: Storia critica del movimento socialista italiano, p. 347 ss. Firenze 1926.

waltsamen Umsturzes, so wie Trotzki drei Jahre später Deutschland für reif erklärte.

Die Aufruhrbewegung in Italien hatte ihre lokalen Zentren, aber sie beherrschte auch die staatlichen Betriebe, die ihre Arme über das ganze Land ausstreckten. Wenn die Eisenbahner nicht gerade feierten, so überwachten sie die Transporte in ihrem Sinne. Züge hielten auf offener Strecke, wenn die militärische Begleitmannschaft nicht ausstieg; es kam vor, daß die Polizei als Schar harmloser Landleute maskiert werden mußte, um einen Ortswechsel vorzunehmen. Wenn die Eisenbahner glaubten, Lebensmittel sollten exportiert oder Waffenröcke an die Wrangel-Armee geliefert werden, so rückten diese Güter nicht von der Stelle. Der wichtigste Anlaß, etwa die Maßregelung eines Kollegen, war bedeutsam genug, die Arbeit niederzuwerfen. Die Postbeamten, die Hafendarbeiter und Seeleute gaben den Eisenbahnern an Willkür, Disziplinlosigkeit und Streikfieber nichts nach. Von Zeit zu Zeit schien es, als verliere mit der Zersetzung des Verkehrsapparates die staatliche Gewalt ihr Gebiet aus der Hand und löse sich auf.

Die örtlichen Brennpunkte der Bewegung lagen in der großen oberitalienischen Industrie Piemonts und der Lombardei sowie in den landwirtschaftlichen Provinzen südlich und südwestlich der Po-Mündung: der Emilia, den Marken, Umbrien, Toskana.

Höhe und Wende des Industriebolschewismus war die bekannte Besetzung der Fabriken in Turin und Mailand durch die Arbeiter im September 1920¹⁾. Es war dies das markanteste Ereignis innerhalb einer Serie von Streiks und Willkürakten, bei denen sich politische und wirtschaftliche Motive unlöslich ineinanderschlangen. Die taktische Kunst, mit welcher die Regierung den Schlag der Arbeiter auffing, war überlegen. Die Spitze des Kabinetts bildete wiederum der greise Giovanni Giolitti, der im Jahre 20 Nitti abgelöst hatte, jenen trockenen Denker in Zahlen, welcher die Kräfte von links zu sich herüberziehen wollte und in Wirklichkeit die nationalistische Reaktion vorbereitete²⁾. Nichts bewies die Verschiebung

¹⁾ Michels: Sozialismus und Fascismus, S. 201 ff.

²⁾ Vgl. die elegante Charakteristik im Septemberheft 1925 der Revue des deux mondes, p. 7 ss. Der Autor ist nicht genannt.

im politischen Kräfteverhältnis des Landes deutlicher als die Tatsache, daß Giolitti, der wie kein anderer bürgerlicher Politiker vom Kriege abgeraten hatte, wieder ans Ruder gelangt war. Er verfolgte gegenüber den oberitalienischen Arbeitern die gleiche Taktik, die er schon beim Mailänder Generalstreik von 1904 angewandt hatte. Seine Regierung, von einem Teil der liberalen Presse leidenschaftlich angegriffen, stand der Besetzung Gewehr bei Fuß gegenüber. Wäre Giolitti der Okkupation zuvorgekommen, so hätte er die Polizeikräfte in den Fabriken gebunden und den Arbeitern die Straße überlassen. Der Versuch, sie nachträglich zu verjagen, wäre ohne schweres Blutvergießen nicht gelungen. Der vielerfahrene Staatsmann nahm an, die Flamme werde von selber ausbrennen und der Mißerfolg das Prestige der Führer, welche die Schuld an dem Fehlschlag nicht auf das Eingreifen des Staates abwälzen könnten, tief untergraben. Dieser Glaube ist nicht zuschanden geworden. Die große Aktion, an welcher in ganz Italien etwa 600000 Arbeiter beteiligt waren, endete für sie mit einem kläglichen Fiasko. Alles, was man erreichte, war eine geringe Lohnerhöhung und das leere Versprechen, die Arbeiterschaft solle künftig eine Industriekontrolle ausüben, woran schon zwei Monate später kein Mensch mehr dachte¹⁾. Die Weltkrise warf ihre Schatten über Italien, und es ist eine alte Erfahrung, daß bei knapper Beschäftigung der revolutionäre Elan der Arbeiterschaft nachläßt. Auch ohne das Eingreifen der Fascisten hätte die Streikstatistik eine abfallende Kurve gezeigt.

Das zweite Zentrum des italienischen Bolschewismus war die Landwirtschaft Mittelitaliens. Hier liegt das Verbreitungsgebiet der Teilpacht. Politisch war der Teilpächterstand ein Element der Beharrung. Er gehörte nach Lebenshaltung und Gesinnung an die Seite der kleinen Eigentümer, also in die tiefere Schicht der ländlichen Bour-

1) Zur Liquidation der Besetzung der Fabriken vgl. Giolittis eigene Darstellung in den Memorie vol. II, p. 596 ss. — Auf entgegengesetztem Standpunkt steht die offenbar von Unternehmenseite veranlaßte Arbeit Raoul Ghezzi: *Comunisti, Industriali, Fascisti a Torino 1920—1923*, Torino 1923. Sie enthält interessante Angaben über die Haltung der führenden Industriellen. Turin war übrigens die Stätte, wo die intellektuell reife Figur des italienischen Kommunismus, der Sardinier Antonio Gramsci, seine Idee der „Fabrikräte“ (*Consigli di fabbrica*) entwickelte — jener Kampfzellen, welche die politischen und wirtschaftlichen Stützen einer künftigen gesellschaftlichen Organisation sein sollten.

geoisie. Das schließt nicht aus, daß beide — Kleineigentümer und Teilpächter — zeitweise einen Frontwechsel vornehmen und in einzelnen Gebieten deklassiert sind; die soziale Struktur des platten Landes ist in Italien sehr kompliziert. Die Charakteristik jedoch, wonach Halbpächter und Kleineigentümer in die unteren Ränge des Bürgertums gehören, trifft im großen ganzen zu ¹⁾. Der Sozialismus faßte vor allem Wurzel unter den in der Po-Ebene zahlreichen Tagelöhnern. Hier waren die Arbeiter in manchen Teilen — wie in der Umgebung von Ferrara und Modena — durch eine syndikalistische Propaganda auf die *action directe* vorbereitet. Gleichwohl wurde es für den radikalen Sozialismus verhängnisvoll, daß er allzu heftig auf das platte Land vorstieß. Er konnte zwar Augenblickserfolge erringen und Ländereien mit Beschlag belegen. Soweit sich Teilpächter und Eigentümer daran beteiligten, mußte der Gegensatz zu den Tagelöhnern gleich nach der Besitzergreifung hervorbrechen: jene waren für Aufteilung, diese für genossenschaftliche Bewirtschaftung. Entscheidend war jedoch, daß durch den Angriff des radikalen Sozialismus die ländlichen Eigentümer aller Kategorien bis herab zum *mezzadro* geweckt wurden; die Reaktion bereitete sich vor. Es war eben nicht so wie in Rußland, wo das Bündnis von bolschewistischer Intelligenz, Industrieproletariat und Bauernschaft die Revolution von 1917 zum Erfolg führte.

Große und kleine Kommunen in Mittelitalien gerieten unter die Herrschaft von Gemeinderäten, die sich aus radikalen Sozialisten zusammensetzten. Überall im Lande schossen jene berüchtigten *baronie rosse* aus dem Boden, verstreute rote Gewaltherrschaften, die eine meist kurze, aber harte Tyrannei ausübten. So etwas ging nicht unerheblich darüber hinaus, was man eine „fortgesetzte Störung der öffentlichen Ordnung“ nennen könnte. Die Unruhen waren eine Neuauflage der „Roten Woche“ (*settimana rossa*) in größerem Stile, jener antiklerikalen sozialistisch-republikanischen Erhebung in der Romagna und in den Marken aus dem Jahre 1914, an deren Organisation sich der damalige Leiter des großen sozialistischen Parteiorgans in Mailand, Benito Mussolini, beteiligt hatte. Ver-

¹⁾ Hierzu Vöchting: a. a. O., S. 115 ff.

glichen mit dem, was in Rußland auf dem Lande vor sich ging, war die mittelitalienische Bewegung von 1919 und 1920 ein Kinderspiel. Selbst eines der markantesten Ereignisse jener Tage, die vorübergehende Diktatur Ercole Buccos und der langbärtigen „Moses-Figur“ Nicola Bombaccis in Bologna war im Grunde eine Burleske mit tragischem Einschlag¹). Die bolschewistische Welle war im Herbst 1920 verebbt, mehr als ein Jahr nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Experimente in München und Budapest.

Den plötzlich aufflammenden und meist rasch erlöschenden Streiks in Industrie und Landwirtschaft, die sich gemäß der wirtschaftlichen Struktur des Landes und seines Kulturgrades von Süden nach Norden verdichteten, fehlte die einheitliche Führung. In der Partei selber überwog der radikale Einschlag, aber die revisionistische Minderheit verfügte über die besseren Köpfe, die teilweise von Anfang an den italienischen Sozialismus geleitet hatten. Die Gewerkschaften schwammen, wie überall, im Kielwasser des Reformsozialismus. Vergeblich riet Lenin von Moskau her, die italienische Bewegung von allen reformistischen Elementen zu säubern; denn die Konzentration aller revolutionären Entschlüsse in den Händen einer zielbewußten Elite werde die Partei nicht schwächen, sondern stärken²). Der Rat war an sich gut, aber er ließ sich nicht befolgen; die italienischen Kommunisten handelten innerhalb eines ganz anderen sozialen und wirtschaftlichen Milieus als die russischen Genossen.

Die Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaften beeinflusste den Ausgang der großen Fabrikbesetzung. Die Auseinandersetzung war

1) Zu den Unruhen in der Landwirtschaft Mittelitaliens vgl. die knappe Skizze A. Serpieris: *La Politica agraria in Italia*, p. 45 ss. Piacenza 1925. — Weiter Mario Missiroli: *Il Fascismo e la crisi italiana*, p. 20 ss. Bologna 1921. Die Schrift Missiroli ist das erste Heft der von R. Mondolfo herausgegebenen Sammlung: *Il Fascismo e i partiti politici*. — Eine wertvolle Synthese bei Vöchting: a. a. O., S. 418 ff. — Einer objektiven Analyse der agraren Unruhen gewidmet ist Nr. 40 des dritten Jahrgangs der „*Rivoluzione liberale*“, einer heute eingegangenen politischen Revue mit talentvollen Mitarbeitern. Ihr Herausgeber, der begabte junge Piero Gobetti, ist im Februar 1926 in Paris im Exil gestorben. — Einige konkrete Angaben stehen in dem rhapsodisch breiten Buche Antonio Beltramellis: *L'Uomo nuovo*, p. 245 ss. Milano 1923. — Ein Teil der von den Roten besetzten Kommunen ist später von den Fascisten mit Waffengewalt erobert worden. Die Erinnerung an die heroische Zeit des Fascismus wurde festgehalten in Schriften, die mehr psychologischen als historischen Wert haben.

2) Lenin: *Der Kampf um die soziale Revolution*, S. 570 ff. Wien 1925.

dramatisch; sie währte zwei Nächte und einen Tag. Der Parteisekretär Egidio Gennari forderte unter Verlesung eines Briefes von Lenin die Ausdehnung der Besetzung auf sämtliche Fabriken der Halbinsel und die Aufnahme des politischen Kampfes mit dem Ziel der proletarischen Diktatur. Die Gewerkschaftsführung widersetzte sich nicht bloß der Methode, sondern auch dem Zweck dieses Vorschlags. Sie wollte das Ringen auf syndikalistischem Gebiete fortsetzen, in der Absicht, die Produktion schrittweise zu vergesellschaften, und — drang durch. Die Vertreter fast aller großen Organisationen, unter ihnen die der Landarbeiter, stimmten für die von der Gewerkschaftszentrale eingebrachte Tagesordnung, und ein Referendum bei den Arbeitern selber setzte sein Siegel unter die Entscheidung. Der greise Giolitti hatte ganz recht, wenn er die Fabrikbesetzung nicht als Anfang, sondern als den „letzten Erguß“ revolutionärer Strömung in Italien bezeichnete¹⁾.

II.

Ebenso wie in Süddeutschland und in Ungarn wirkten in Italien die kommunistischen Experimente der Nachkriegszeit wie eine Schutzimpfung, die den sozialen Körper immun machte; die „verfehlte Revolution“ war ein unfehlbares Agitationsmittel, das Bürgertum wachzurütteln. Aber man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß ohnedies der bolschewistische Staat als Dauereinrichtung in Italien unmöglich war.

Es sei nur angedeutet, welche einzigartige Wirkung die marxistische Lehre in dem „gläubigen Denken“ der russischen Intelligenz, wie Kirejewski es von ihr gefordert hatte, hervorrufen mußte²⁾. Daß ein überwiegend in Großbetrieben zusammengepreßtes Proletariat der neuen Theorie zufallen mußte, ist leicht verständlich. Die Verbreitung des Bolschewismus über das russisch-asiatische Flachland hatte eine primitive, uniforme Kultur zur Voraussetzung, die aus sich der neuen Lehre nichts entgegensetzen konnte. Dazu kamen

¹⁾ Giolitti: l. c., p. 596.

²⁾ Masaryk, Th. G.: Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie, Bd. I, S. 217. Jena 1913.

zwei Tatsachen in der Psyche des riesigen Agrarvolkes, die es für kommunistische Experimente geradezu prädestinierten: der Hunger des Bauern nach dem Lande des Gutsherrn und seine alte Gewöhnung an das Gemeineigentum des Bodens, welches durch die Agrarreform des Jahres 1906 zwar angefressen, aber nicht beseitigt war. Ein drittes Moment, das den Sieg des Bolschewismus entschied, war seine Stellung zum Krieg, den er sofort zu liquidieren versprach. Dieses Zugeständnis konnte er nur in Rußland in die Wagschale werfen, da er überall sonst als Nachkriegerscheinung auftrat.

Ganz im Gegensatz zu Rußland ist Italien das Land schroffster Gegensätze. Es ist nach Klima, Bodengestaltung und Geschichte wohl das differenzierteste Land Europas. Der Appeninstaat schließt in seine Grenzen die Schneeberge der Alpen, breite und fruchtbare Ebenen, Mittelgebirge, vulkanische Landschaft und die Küstenstriche Süditaliens und Siziliens, die kaum den Wechsel der Jahreszeiten kennen. Seit dem Verfall Roms traten immer neue fremde Völkerkräfte bildend und umbildend in die Geschichte Italiens ein: Germanen, Araber, Normannen, Deutsche, Franzosen, Spanier, Österreicher. Die geistige Spannung zwischen Renaissance und Risorgimento ist zwar anders, aber nicht größer als die zwischen Norden und Süden. „Noch heute“ — bemerkte Maffeo Pantaleoni¹⁾ — „ist undefinierbar das eigentlich Italienische, denn es ist ein Mosaik, keine Verschmelzung von all den Temperamenten, wie sie Natur und Geschichte allenthalben geformt haben.“ Die im Grunde kritisch-skeptische Haltung des Italieners ist viel zu reif, sich einer Weltbeglückungslehre hinzugeben, zumal wenn sie nicht von hinreißenden Persönlichkeiten getragen wird. Die italienische Intelligenz konnte dem Marxismus eine alte ökonomische Theorie entgegenstellen, während in Rußland schon vor dem Kriege auch die Universitätslehre bis in die Wurzeln hinein marxistisch durchsetzt war. Zwar schreitet Italien auf dem Wege zum Industriestaat rasch voran, aber es ist heute noch überwiegend Agrarland. Im Gegensatz zur Monotonie Rußlands ist die soziale Verfassung auf dem platten Lande der Appeninhalbinsel so kompliziert, die Grenzen zwischen den Schichten sind derart flüchtig, daß sie der Erfassung durch die

¹⁾ Pantaleoni: Bolscevismo italiano, p. 132. Bari 1922.

Statistik spotten. Hier konnte das kommunistische Vorbild, wie es sich in den „mythischen Ebenen“ Rußlands angeblich verwirklicht hatte, nur bei Tagelöhnern und südlichen Parzellenbesitzern einen zuverlässigen Anhängerkreis finden. Der Bolschewismus bleibt jedoch Utopie, wo in Stadt und Land nur vereinzelt Herde bestehen, welche die entferntere Umgebung nicht zu entzünden vermögen.

Unter den Ländern Europas ist Rußland seiner Natur nach das Land geringsten ökonomischen Druckes. Unerschöpft und ungeheuer sind die Quellen seines Reichtums im Verhältnis zu der geringen Dichtigkeit seiner Bevölkerung. Aber selbst den Russen ist der Bolschewismus mit der Erstarrung des wirtschaftlichen Lebens schlecht genug bekommen. Die erste Phase bolschewistischer Herrschaft war rein destruktiv. Der von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffene Apparat einer sich in Einzelunternehmungen vollziehenden Produktion wurde roh auseinandergeschlagen. Der Bolschewismus lebte in jener Zeit, ohne zu arbeiten, von der Substanz: von aufgespeicherten Vorräten, von dem Verkauf von Kapitalstücken und Luxusgütern, wie sie ihm aus der bürgerlichen Liquidationsmasse in den Schoß fielen. Sein Expansionsdrang war damals der des Nomaden; wie dieser suchte er stets neue Triften, sie kahl zu fressen, so wie die „Feuersbrunst, die aus sich selber erlöschen würde, wenn sie sich nicht ausbreiten könnte“¹⁾. Dagegen gehört Italien seiner Natur nach zu den Ländern stärksten ökonomischen Druckes. Nicht weniger als 126 Menschen kommen auf das Quadratkilometer. Das Land ist hier und da reich, meist jedoch sehr arm: mehr als hunderttausend Quadratkilometer sind mit Gebirge bedeckt. Zieht man die unbewohnbaren Landstriche ab, so kommen nicht 126, sondern 196 Menschen auf das Quadratkilometer. Alles in allem gilt der Satz: kaum ein anderes Land ernährt eine so dicht gepreßte Bevölkerung unter so ungünstigen natürlichen Verhältnissen. In anderer Lage als die Russen wären die italienischen Jünger bolschewistischer Heilslehre nach der Machtergreifung erwacht. Das Proletariat, damit beschäftigt, die Bourgeoisie auszurotten, hätte aufgehört zu arbeiten; da aber in dem menschenreichen Lande eine längere Stockung im Mechanismus der Produktion die Existenz der

¹⁾ Pantaleoni: l. c., p. VI.

Bevölkerung unmöglich macht, gleichzeitig aufgehört zu leben. Es fehlte die genügend große Substanz, und jede Expansion über die Grenzen des Landes gehörte ins Reich der Fabel.

Abgesehen von der engen Verflechtung Italiens in die Weltwirtschaft, ist auch die politische Beziehung beider Länder zur Umwelt verschieden. Alle Versuche, mit dem Blut von Freibeutern und dem Gelde der westlichen Bourgeoisie die Sowjetmacht in den ersten Phasen der Entwicklung zu stürzen, sind an der Zerfahrenheit der Angreifer und den Dimensionen des Landes gescheitert, das Bevölkerung und Armee — wenn auch notdürftig — zu ernähren vermochte. Um das kleine Italien jedoch hätte sich der Ring der Gegner sofort geschlossen. Seine langgestreckte, städtereiche Küste liegt in Reichweite der englischen Schiffsgeschütze. Die Situation bei einem bolschewistischen Experiment wäre ähnlich gewesen wie bei einem Eingreifen Italiens in den Weltkrieg an der Seite der Mittelmächte. Die Gefahr der Blockade wurde 1920 in italienisch-kommunistischen Kreisen ernstlich erörtert. Es bedeutete ihr gegenüber nur einen schwachen Trost, wenn Lenin in Hinsicht auf den Anschluß anderer Staaten geltend machte, „daß eine bestimmte Koordinierung — wenn auch eine ungenügende, wenn auch eine unvollständige — Italien gesichert ist, und daß man für eine vollkommene Koordinierung wird kämpfen müssen“¹⁾. Die Befürchtungen wegen der Haltung der westlichen Bourgeoisie waren in Italien mehr als bloß Theorie. Die kurze Periode der Fabrikbesetzung hatte mit Kreditkündigung, Nichtlieferung von Waren, Zurückziehung von Kapital und ähnlichen Boykottmaßnahmen einen bitteren Vorgeschmack gegeben²⁾.

III.

Für das Entstehen und Wachsen einer Bewegung auf politischem Gebiet ist die Illusion einer Gefahr unter Umständen ebensowohl Anlaß wie die Gefahr selber. Die Vorstellung, angegriffen zu werden, genügt, um den Krieg vorzubereiten und zu entfesseln. Die

¹⁾ Lenin: a. a. O., S. 578.

²⁾ Ghezzi: l. c., p. 89 ss.

Struktur Italiens war für den bolschewistischen Staat nach russischem Vorbild vollkommen ungeeignet¹⁾. Nach dem Ausbrennen der Streiks Ende Oktober 1920 konnte man die Wiederkehr geordneter Zustände mit Sicherheit erwarten. Trotzdem glaubten damals — und noch heute — breite Schichten der agrarischen und städtischen Bourgeoisie an das Vorhandensein einer Gefahr, die in Wahrheit schon gebannt war. Eine Ahnung von der inneren Schwäche des italienischen Kommunismus hatten sie aus der „verfehlten Revolution“, wie sie in Italien oft genannt wird, zwar bekommen. Aber jene aufdämmernde Erkenntnis macht es psychologisch um so verständlicher, die Kräfte zu einem Gegenstoß zu sammeln.

Eine Massenbewegung des kleinen und mittleren Bürgertums hatte es bis zum Kriege in Italien nicht gegeben. Die Einigung der Halbinsel war das Werk einer Elite, die sich aus den verschiedensten Schichten zusammensetzte. Sie verband sich mit dem Geist kriegerischer Expansion, der das kleine Piemont beherrschte. Die Mittelschicht war vor dem Kriege ein Reservoir politischer Intelligenz, aber sie selber war inaktiv, auf dem Lande apathisch. Giolitti stützte sich zwar bei den Wahlen auf diese Kreise, aber seine Politik empfang ihre Triebkräfte von anderen Seiten. Die Diktatur des geriebenen Staatsmannes trug die bekannten Züge einer demokratisch-sozialistischen Plutokratie. Maßgebend war das große Finanzkapital, dessen politischer Einfluß bei der stehenden Kreditnot der jungen Industrie sehr weit reichte, sowie die Spitze der Arbeiterschaft, die Gewerkschaftsführung. Der Eintritt Italiens in den Weltkrieg war nicht bloß eine persönliche Niederlage Giolittis und seines Anhangs in der Kammer. Er verschob auch den Schwerpunkt in den politischen Gewichten des Landes. Die Mächte, welche mit der Banca Commerciale, der bis 1915 stärksten Privatbank des Landes, verknüpft waren, verloren an Einfluß. Die pazifistischen Sozialisten gerieten mit Kriegsbeginn in eine schwere Krise, die sie

¹⁾ Mussolini selber scheint nicht ernsthaft an den italienischen Bolschewismus geglaubt zu haben. Seine Biographin Margherita Sarfatti, Dux, p. 201, Milano 1926, berichtet einen charakteristischen Ausruf Mussolinis: „*Non viene, non viene il bolscevismo in Italia! Con tanto sole, in questo paese, non può venire!*“ (Der Bolschewismus in Italien kommt nimmermehr! Bei soviel Sonne in diesem Lande kann er nicht kommen!)

sogar an den Rand innerer Spaltung führte, als die mächtig anschwellende Gruppe um Lazzari und Serrati selbst nach der Niederlage von Caporetto die grundsätzliche Kriegsgegnerschaft nicht aufgab. Die Arbeiter lagen in den Schützengräben, Presse und Versammlungen wurden kontrolliert, und die Bourgeoisie begann schon während des Krieges — in gespannten Augenblicken: nach Siegen und Niederlagen — mit Ausschreitungen gegen die Arbeiterkammern und die in Italien so zahlreichen sozialistischen Gemeindeverwaltungen.

Mit Kriegsbeginn geriet das politische Temperament der Mittelschicht, der *ceti medi*, in lebhaftere Wallung. Aber der Anstoß, an der Seite der Westmächte in das Ringen einzutreten, kam auch aus anderen Kreisen. Die oberitalienische Großindustrie, die anfänglich friedliebend gewesen war und sich darauf einstellte, die Streitenden mit Kriegsbedarf zu versorgen, wechselte allmählich in das interventionistische Lager hinüber. Während der offizielle Sozialismus in doktrinärer Verblendung an der These der Klassensolidarität festhielt, gesellten sich in der Frage der Intervention syndikalistische Arbeitergruppen, geführt von Filippo Corridoni und Alceste De Ambris, zum mittleren und höheren Bürgertum. Sie begründeten diesen Schritt mit der Erklärung, die soziale Frage lasse sich nur in einem national geeinten Italien befriedigend lösen; die Wiedergewinnung der unerlösten Gebiete müsse deshalb allem anderen vorangehen¹⁾. Die Republikaner, abgesehen von studentischen Gruppen, auf die Romagna und die Marken regional beschränkt, gehörten zu den wichtigsten Trägern des Irredentismus und waren deshalb dem Kriege gegen Österreich energisch zugetan. Eine Sonderstellung im Lager der Kriegsfreunde hatte die eigenartige Figur Leonida Bissolatis. Er war Reformsozialist und wegen seiner Haltung zur lybischen Expedition aus der alten Partei ausgestoßen worden. Die Idee seiner Außenpolitik bestand darin, sich mit den kleinen Balkanstaaten zu verständigen und auf die Zerstückelung Österreich-Ungarns hinzuarbeiten²⁾. Dieses Ziel stand im

¹⁾ Malatesta, Alberto: I Socialisti italiani durante la guerra, p. 25 ss. Milano 1926.

²⁾ Zur Politik Bissolatis vgl. Ferruccio Rubbiani: Il Pensiero politico di Leonida Bissolati. Firenze 1921.

schärfsten Gegensatz zur offiziellen Politik Sonninos, welche die Donaumonarchie erhalten und territoriale Eroberungen an der Adriaküste machen wollte. Die zäh festgehaltene Politik Sonninos war der Grund für Italiens Isolierung in Versailles und seine tiefe Enttäuschung über das Kriegsergebnis.

Aber das Hauptstück in der breiten Angriffsfront, die Italien zu den Waffen rief, stellten Elemente aus der Mittelschicht. Sie steht, nach einem Ausspruch Rodolfo Mondolfos, „ökonomisch und geistig . . . zwischen Proletariat und eigentlich-kapitalistischer (Agrar-, Industrie- und Finanz-)Bourgeoisie“¹⁾. Ihr Verhältnis zu beiden läßt sich näher formulieren: mit den Kapitalisten hat die Mittelschicht das Kapital, wenn auch in bescheidenem Ausmaße, gemeinsam, mit dem Proletariat verbindet sie der wichtige Umstand, daß auch sie zur Erhaltung ihrer Existenz auf Arbeit angewiesen ist. An die Stelle des Kapitals tritt in vielen Fällen eine spezifische Ausbildung, deren Früchte genossen werden. Innerhalb der Mittelklasse lassen sich zahlreiche Gruppen und Schichten unterscheiden. Auf dem Lande gehören Bauern und Pächter dazu; in der Stadt: Handwerker, Kleinhändler, technische und kaufmännische Angestellte der großen Privatunternehmungen, Beamte in Staat, Provinz und Gemeinde; weiter die freien Berufe, also Advokaten, Lehrer und Ärzte. Alle diese Kategorien fallen dem Mittelstand nur insoweit zu, als sie die beiden Bedingungen, die eben genannt wurden, erfüllen. Analysiert man diese sehr verschiedenen Schichten nach ihrer Haltung zum Krieg, so ergeben sich charakteristische Unterschiede. Die Masse der Kleineigentümer und Pächter ist ganz überwiegend konservativ und friedliebend. Der städtische Mittelstand dagegen, besonders die freien Berufe, denen ihre intellektuelle Überlegenheit

¹⁾ Mondolfo, Rodolfo: Das Problem der Mittelklasse in seiner Bedeutung für den Sozialismus in Italien. Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Jg. 12, S. 3. 1926. — Zur wirtschaftlichen, politischen und geistigen Stellung der Mittelschicht in Italien vgl. aus neuerer Zeit: Zibordi, G.: Critica socialista del Fascismo. Biblioteca di studi sociali VII, p. 18 ss. Bologna 1922; Missiroli: l. c., p. 17 ss.; Salvatorelli, Luigi: Nazionalfascismo, p. 13 ss. Torino 1923; Avarna di Gualtieri, Carlo: Il Fascismo, p. 10 ss. Torino 1925. — Eine Reihe interessanter Analysen findet sich in der Rivoluzione liberale. Dort hat auch Salvatorelli seine These über das soziale Fundament des Fascismus vertreten.

weitreichenden Einfluß bei den übrigen Gliedern der Partei sichert, ist leicht beweglich und politischer Agitation überaus zugänglich: er war seit dem Tripolis-Unternehmen Giolittis die Beute einer raffinierten nationalistisch-imperialistischen Propaganda, die ihren Anhängern die Worte Macht, Staat, Hierarchie, Disziplin unausgesetzt ins Ohr blies. Man wollte, ganz im Gegensatz zu Bissolati und seinem reform-sozialistischen Anhang, den Krieg um jeden Preis; anfänglich gedachten die Nationalisten an der Seite der Mittelmächte loszuschlagen, wechselten jedoch nach der Neutralitätserklärung der Regierung die Parole ohne Zögern. Es ergab sich also innerhalb eines noch größtenteils passiven Mittelstandes eine kriegslustige städtische Phalanx, welche mit dem Eingreifen Italiens als aktives Element in das politische Leben des Landes eintrat.

Eine Eigenheit des politischen Lebens Italiens ist es, daß eine konservative Partei mit der ihr eigentümlichen Ideologie fehlte, eine katholische mit mittelständischem Einschlag sich erst nach dem Kriege gebildet hat. Die ländliche Mittelschicht gab bei den Wahlen abwechselnd ihre Stimme den Sozialisten oder anderen Parteien und bewies dadurch, daß sie keine politische Vertretung hatte, die ihrer geistigen und wirtschaftlichen Verfassung entsprach. Das kleine und mittlere Bürgertum der Städte verteilte sich in der Hauptsache über die zahlreichen Gruppen und Grüppchen, die sich aus der großen liberalen Einheitspartei im Laufe von Jahrzehnten abgespalten hatten, und deren Devise die Worte „demokratisch“, „liberal“, „sozial“, „unabhängig“ in den verschiedensten Kombinationen miteinander verband. Alle demokratisch-liberalen Parteien traf in der Nachkriegszeit in den Augen des Mittelstandes der gleiche Vorwurf wie die Regierung: ihre Leitung verharrete dem Ansturm des radikalen Sozialismus gegenüber in tatenloser Ruhe. Doch die Situation war anders als bei der Intervention. Damals war es eine starke Gruppe innerhalb der städtischen *ceti medi* gewesen, die zum Kriege drängte. Die Abwehrbewegung gegenüber dem radikalen Sozialismus der Nachkriegszeit hatte im Bürgertum eine viel breitere Grundlage. Sie umfaßte vor allem auch das platte Land. Es bestand hier einmal der Gegensatz zwischen den Landarbeitern, die Großeigentum und unbebaute Landstriche in Besitz nahmen und gemeinsam be-

wirtschaften wollten, und den Kleineigentümern und Pächtern, die, soweit sie der Besitzergreifung zustimmten, an der Aufteilung des Bodens interessiert waren. Es bildete sich weiter in allen Kategorien ländlichen Eigentums ein Haß gegen den Terrorismus der Tagelöhner-Organisationen, wie sie in der Po-Ebene mächtig waren, der zu politischen Entladungen führen mußte. Dazu kam, daß unter dem Einfluß der durch Geldentwertung steigenden Preise und der Verängstigung des grundbesitzenden, aber nicht selber wirtschaftenden Bürgertums ein starker Besitzwechsel, verbunden mit Bodenzersplitterung, in der Nachkriegszeit um sich griff: zahlreiche Landarbeiter wurden Kleineigentümer und Teilpächter¹⁾. Es fehlt nicht an Berichten, die hervorheben, daß diese neuen Besitzer am unerbittlichsten waren in der Verfolgung der ehemaligen Standesgenossen, nachdem die rote Welle abgelaufen war. Die seelische Haltung der Mittelklasse in den Städten war der auf dem platten Lande ähnlich. Die Inflation hatte ihre Einkünfte stark reduziert; das galt besonders von den Kleinrentnern, den Festbesoldeten, den auf Honorar angewiesenen Rechtsanwälten und Ärzten. Die Vorbildung, die man durch das Studium erworben hatte, jenes kleine Kapital, dessen man sich rühmte, warf keine entsprechende Rente mehr ab. Die Arbeiterschaft dagegen konnte die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung durch steigende Löhne kompensieren und schickte sich an, die *ceti medi* zu verdrängen. Die deklassierte Schicht sah mit Neid den „verschwenderischen“ Aufwand der sozial Arrivierten, deren politische Führung überdies die nationalen Werte, derentwegen man in den Krieg eingetreten, herabsetzte. Es bildete sich so innerhalb des städtischen Mittel- und Kleinbürgertums eine typische Ressentiment-Stimmung, welche ebenfalls zur Entladung drängte. Eigentümlicherweise erkannte man nicht die Beziehung, welche zwischen der eigenen Notlage und der Industrialisierung des Landes bestand, sondern konzentrierte den Haß ausschließlich auf das industrielle Proletariat.

Glaubte die Mittelklasse in den stürmischen Jahren, die dem Kriege folgten, bei dem Versagen der politischen Faktoren erzwingen zu müssen, was sie Wiederkehr von Ruhe und Ordnung nannte, so

¹⁾ Vgl. die statistischen Daten bei Serpieri: l. c., p. 48.

mußten zunächst die zerstreuten und gestaltlosen Bestandteile durch eine aus hundert Quellen fließende Agitation in ein beseeltes aktionsfähiges Werkzeug verwandelt werden. Es mußten sich Zellkerne bilden, um die man sich sammeln konnte. Die Propaganda durfte in ihrem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Programm nicht allzu deutlich werden; sonst wäre es bei der verschiedenen Interessenlage innerhalb der *ceti medi* sofort zu Spaltungen gekommen. Die Zellkerne konnten, gemäß der nachwirkenden Kriegspsychose und der aggressiven Art des Gegners, nur junge Kampfverbände sein, keine Parteiorganisationen nach alter Schablone.

Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses wurde im Mittelstande dumpf empfunden. Kampfverbände sprangen hier und da durch nationalistische Initiative aus dem Boden, aber die Bewegung wäre gleichwohl verebbt, wenn sie keine Führung gefunden hätte. Der psychische Niederschlag unruhiger Jahre, die Illusion kommender Gefahr, endlich die instinktive Einsicht in die Schwäche des Gegners machte die Mittelschicht im Jahre 1920 organisationswillig. Die Person des Führers war die notwendige Ergänzung. Es war das Schicksal Italiens, daß in dem Augenblick, wo in den proletarischen Massen der revolutionäre Elan erschlaffte, in den Bedrohten und Geschädigten aber Angst und Rachegefühl noch wach waren, das führerlose Heer mit einem heerlosen Führer zusammentraf, der mit feinstem Gefühl in jenen Mittelschichten die Kräfte ahnte, die ihn zur Macht heben konnten.

Dazu war notwendig, daß Benito Mussolini dem Beispiel König Chlodwigs bei der Taufe in Reims folgte und wenigstens teilweise die alten Götzen abschwor. Mussolini, der Sohn eines Dorfschmieds und einer Elementarlehrerin in der Romagna, war von Haus aus Syndikalist. Den Namen Benito trug er nach Benito Juarez, dem Rebellen und Diktator Mexikos. Wie Francesco Crispi, der einzige Staatsmann nach Cavour, den das heutige Italien gelten läßt, wollte er in früher Jugend Gemeindeschreiber in seinem Heimatort werden; aber man wies ihn ab¹⁾. Nach kurzer Betätigung als Lehrer in einem kleinen Orte der Emilia, wo er den satten Sozialismus jener Gegend kennenlernte, den der gemäßigte

¹⁾ Sarfatti: l. c., p. 47 s.

Camillo Prampolini führte (später eine Zielscheibe Mussolinischen Witzes), trieb ihn sein Schicksal durch die Schweiz, Frankreich und Österreich¹⁾. Aus Frankreich und der Schweiz wurde Mussolini wegen erbitterter syndikalistischer Wühlarbeit ausgewiesen. Trient mußte er verlassen, weil er sich an der Seite von Cesare Battisti an irredentistischer Propaganda beteiligt hatte²⁾. In Forlì wurde er im September 1911 in eine Aufstandsbewegung gegen die Tripolisaktion verstrickt und wieder einmal zu längerer Gefängnishaft verurteilt. In seiner Verteidigungsrede waren zwei Dinge wichtig: einmal das glatte Bekenntnis zu Sorels *action directe*, wovon überdies jedes Blatt der von ihm geleiteten Wochenschrift *Lotta di classe* (Klassenkampf) Zeugnis ablegte, sowie sein Verhalten zum Tripolisunternehmen. Er verurteilte die Expedition aus realpolitischen Erwägungen, nicht aber aus der grundsätzlichen Abneigung des Sozialisten gegen jede koloniale Expansion³⁾.

Der Ausbruch des Weltkriegs traf Mussolini als Leiter des *Avanti*, der größten sozialistischen Tageszeitung des Königreichs. Seine Schwenkung zur Kriegspolitik und zu den Alliierten gehörte in die Reihe jener Ereignisse, welche das Eingreifen Italiens vorbereiteten. Der Wechsel vom syndikalistischen Sozialismus zum intransigenten Nationalismus ist merkwürdig, aber er ist für Italien gar nicht ungewöhnlich.

Der italienische Nationalismus hat seit Beginn des Jahrhunderts wesentliche Kräfte unausgesetzt aus dem syndikalistischen Lager empfangen. Es mag dies daran liegen, daß die Syndikalisten gleichzeitig Republikaner waren, also Anhänger Mazzinis, dessen uningeschränkter Patriotismus sich einem Sozialismus nach dem Vor-

1) Mannhardt, I. W.: Der Fascismus, S. 147, München 1925, erzählt, Mussolini habe seine Heimat verlassen müssen, weil er im Wahlkampfe eine Wahlurne zertrümmert habe. Das ist ein verbreiteter Irrtum. Wegen dieses Vergehens wurde sein Vater, Alessandro Mussolini, angeklagt, gerade als der Sohn sich nach der Schweiz begeben wollte. Sarfatti: l. c., p. 57.

2) Er soll damals die Worte haben drucken lassen: „*Il confine d'Italia non finisce ad Ala*“ (Die Grenze Italiens endigt nicht bei Ala), Sarfatti: l. c., p. 114.

3) Nach übereinstimmender Darstellung von Margherita Sarfatti: l. c., p. 134, und Antonio Beltramelli: l. c., p. 136, schloß Mussolini die Rede mit den Worten: „er wolle und liebe ein Italien, welches die Pflicht fühle und sich bemühe, aus der wirtschaftlichen und geistigen Misere das Volk zu erlösen“.

bilde St. Simons und seiner Jünger verband¹⁾. Weiter wirkte eine Erwägung, die der Führer des italienischen Nationalismus, Enrico Corradini, so formuliert hat: Italien ist die große Proletarierin. Zwischen ihr und den wirtschaftlich entwickelten Staaten besteht das gleiche Verhältnis wie zwischen Arbeiterklasse und satter Bourgeoisie. Corradini präzisiert den italienischen Nationalismus geradezu als *socialismo nazionale*²⁾. Aber die Syndikalisten, die in das nationalistische Lager übertraten, hatten nicht bloß diese ideologische Brücke. Beide, Nationalisten und Syndikalisten, bejahten entschieden die Gewalt, deren Ziel allerdings verschieden war; sie forderten von ihren Anhängern revolutionäre Energie und spontane Aktivität. Diese Übereinstimmung im Temperament erklärt das Hinüberwechseln vom Syndikalismus zum Nationalismus — wobei die alte Lehre nur modifiziert, nicht geopfert zu werden brauchte — besser als ideologische Brücken³⁾. Mit dem Ausbruch des Krieges haben erprobte Agitatoren wie Rossoni, Corridoni, Bianchi, Racheli und viele andere die Schwenkung vollzogen. Der wichtigste unter ihnen war Mussolini.

Mussolinis Umschwung trug den Anschein unüberlegter Plötzlichkeit, aber sie war gleichwohl genau erwogen. Solange die Möglichkeit eines Eingreifens an der Seite der Mittelmächte bestand, verfocht er, ebenso wie die Partei, für den italienischen Sozialismus die These „absoluter“ Neutralität. Als durch die Neutralitätserklärung der Regierung die Gefahr gebannt schien, vertauschte Mussolini, im Gegensatz zur Partei, diese These mit der raffinierten Formel „relative“ Neutralität: einer Neutralität, welche es dem Sozialismus erlauben sollte, unter Umständen, etwa bei einem Kriege gegen Österreich, im Dienste des Vaterlandes zur Waffe zu greifen.

1) Gaetano Salvemini bemerkt in seiner Studie über Mazzini ganz richtig, daß vier Fünftel seiner Ideen von St. Simon stammten (Mazzini: p. 154. Firenze 1925). Dabei sei nicht verkannt, daß sich Mazzini durch seine Konzeption des Nationalstaates und seinen philanthropischen Idealismus deutlich gegen den Sozialismus abhebt. Auch darüber Salvemini: l. c., p. 163 ss.

2) Corradini, Enrico: Il Nazionalismo italiano, p. 34. Milano 1914.

3) In Frankreich hat Sorel aus seiner Sympathie für die Häupter der Action française nie ein Hehl gemacht. Max Ascoli (Georges Sorel, Paris 1921, p. 34) führt dies darauf zurück, daß die Nationalisten Bürger seien, „welche die Tatsache des Krieges akzeptieren, loyal, tragisch, ohne sie zu diskutieren“.

Am 20. Oktober 1914 legte Mussolini die Leitung des *Avanti* nieder, am 15. November eröffnete sein neues Organ, der *Popolo d'Italia*, die Kampagne gegen die Mittelmächte mit einer Fanfare: *Il grido è ... una parola paurosa e fascinatrice: guerra!*¹⁾

Als Mussolini selbst in den Krieg ging, war er längst aus der sozialistischen Partei ausgestoßen²⁾. Nach Beendigung der Kampfhandlungen berief er nach Mailand die Gründungsversammlung seiner Kampfverbände (*Fasci di Combattimento*). Solche *fasci* waren in Italien nichts Neues. Sie waren vor, während und nach dem Kriege aus den verschiedensten Anlässen, revolutionären und patriotischen, ins Leben getreten.

Diesmal kamen genau 145 Leute, wohl der Hauptsache nach Kriegsteilnehmer, die *aristocrazia trincerista* (Aristokratie des Schützengrabens), überwiegend dem syndikalistischen Lager entstammend. Darin mischte sich die futuristische Jugend, deren Organisationen Vertreter entsandt hatten³⁾. Mussolini ergoß ein Füllhorn demokratisch-syndikalistischer Forderungen über die Anwesenden aus⁴⁾: Einberufung einer konstituierenden Versammlung, die als Zweig einer internationalen Versammlung gleicher Art gedacht war; Proklamation der Republik, weitgehende Dezentralisation und Autonomie der Provinzen und Gemeinden, sowie Abschaffung der Bürokratie; Abschaffung des Senats, des Adels, der Wehrpflicht; Versammlungs- und Preßfreiheit; Auflösung der Aktiengesellschaften, Unterdrückung jeder Art von Spekulation, von Banken und Börsen; Konfiskation unproduktiver Einkünfte; das Land den Arbeitern, Syndikalisierung des Verkehrs und der öffentlichen Dienste. Es war gerade das Gegenteil von dem, was der Fascismus später verwirklichen sollte. Nur in einem Hauptpunkte blieb man sich treu: der Forderung, die Wirtschaft mit Hilfe von Berufsverbänden zu reorganisieren. Der syndikalistische Einschlag, der vor-

1) Mein Schrei ist ein furchtbares und faszinierendes Wort: Krieg! *Diuturna* p. 5. Die *Diuturna* sind eine von Vincenzo Morello herausgegebene Auswahl von Leitartikeln Mussolinis. Milano 1924.

2) Malatesta: l. c., p. 39.

3) Prezzolini, Giuseppe: *Le Fascisme* (französische Ausgabe von Georges Bourgin), p. 32. Paris 1925.

4) Avarna di Gualtieri: l. c., p. 15 ss.

nehmlich in der Sozialisierung des Verkehrs und der Landwirtschaft lag, absichtsvoll unklar in der Fassung, ist später, als die *ceti medi* zu den Verbänden gestoßen waren, eingeschränkt worden, um das Bürgertum nicht vor den Kopf zu stoßen. Die Rücksicht auf die Arbeiter zwang dazu, solche Forderungen nicht vollständig preiszugeben.

Die ganze Erklärung macht den Eindruck, als sei sie eilfertig aus zeitgemäßen Programmen zusammengetragen. Sie sollte darüber hinwegtäuschen, daß sich die Bewegung im Grunde ganz anderer als ideologischer Stützen bediente.

Es ist nicht ohne Reiz, daß jene erste fascistische Versammlung den Arbeitern in Dalmine, die eine Fabrik besetzt und auf ihr die Flagge der syndikalistischen Union gehißt hatten, ihren Gruß entsandte. Beide Bewegungen waren bestimmt, miteinander zu gehen. Ihre gemeinsame Wurzel war die Intervention. Denn jenes revolutionäre Ereignis in Dalmine stand unter der Protektion des italienischen Gewerkschaftsbundes — der *Unione Italiana del Lavoro* —, die sich aus dem kriegerischen Flügel der italienischen Arbeiterschaft, der nach dem Ausbruch des Weltkrieges zu den Interventionisten gestoßen war, entwickelt hatte. Die Ideologie, womit diese Kreise den Krieg „syndikalistisch“ motivierten, war die gleiche wie bei Mussolini. Die Führer beider Bewegungen waren persönlich eng befreundet.

Das Verhalten Mussolinis bei dem Ereignis von Dalmine bewies jedenfalls, daß er damals, im Frühjahr 1919, noch weit von der Gesinnung der bürgerlichen Mittelschicht entfernt war. Seine Agitation im *Popolo d'Italia* hielt auch weiterhin die radikale Linie bei. Man begreift sie nur, wenn man sich die großen Gegenspieler jener Tage vor Augen hält: die fascistischen Verbände und den *Popolo d'Italia* auf der einen Seite, die sozialistische Partei und den *Avanti* auf der anderen. Mit dem offiziellen Sozialismus führte Mussolini den Kampf bis aufs Messer. Das war für ihn einfach, soweit es sich um nationale Fragen handelte; denn in diesem Punkte hatte er die syndikalistische Arbeiterschaft ebenso hinter sich wie einen Teil der Kriegsteilnehmer. Die nationale Note durchzieht Mussolinis Propaganda wie ein gleichbleibender Grundton. Un-

ausgesetzt wird die Tatsache des Sieges den Gehirnen eingehämmert und die Regierung aufgefordert, die Früchte des Sieges auf außenpolitischem Gebiete nicht verkümmern zu lassen. Er wird nicht müde, die Rechte Italiens auf die dalmatinische Küste zu verkünden, die ihm durch den Pakt von London zugesprochen war. Als D'Annunzio seinen Handstreich gegen Fiume unternommen hatte, beschimpfte er in den verletzendsten Ausdrücken die Regierung Nittis, die ihn vereiteln wollte. Dagegen wird Mussolinis Haltung schwierig, wenn es sich darum drehte, die Taktik der Arbeiterschaft gegenüber dem Kapital zu definieren; denn hier ließ sich das gemeinsame Interesse des Gesamtproletariats, auch des syndikalistisch-nationalistischen, nicht leugnen. Mussolini half sich damit, daß er Streiks verurteilte, die von der sozialistischen Parteileitung angezettelt waren und „politische“ Zwecke verfolgten. Dagegen schien ihm der „proletarische“ Streik berechtigt, der die Sozialisierung des Unternehmens zum Ziel hat, ohne sich jedoch im Bannkreis des „internationalen“ Marxismus zu bewegen. Das Vorbild des radikalen italienischen Sozialismus, der russische Bolschewismus, wird vom Standpunkt des Syndikalisten mit sonderbaren Argumenten abgetan¹⁾, während der Meister Sorel in ihm den Vorboten einer neuen Zeit begrüßte²⁾. Undeutlich wird Mussolinis Haltung bei der großen Fabrikbesetzung vom September 1920, die von den syndikalistischen Arbeitern unterstützt wurde. Er billigt sie nicht, aber er verurteilt sie ebensowenig. Er denkt jedenfalls nicht daran, seine Kampfverbände gegen die von den Arbeitern okkupierten Fabriken einzusetzen. Mussolinis Propaganda, so widerspruchsvoll sie ist und bei dem kurzen Gedächtnis der Menschen sein durfte, ist orientiert an dem Hauptziel, den pazifistisch-internationalen Sozialismus zu kompromittieren, ohne die syndikalistische Arbeiterschaft von seiner Seite zu stoßen.

1) Die Stellen, die angeführt werden können, sind sehr zahlreich; vgl. z. B. Diuturna, p. 238. Dort heißt es: „Es gilt etwas zu bewahren in den alten westlichen Kulturen: das Individuum, die Freiheit des Individuums, die Freiheit des Geistes, welche . . . ebensowenig von den Diktatoren der russischen Kaserne in Staub getreten werden kann, wie sie von den Feldwebeln der preußischen Kaserne in Staub getreten wurde.“

2) Vgl. Sorel, Georges: Matériaux d'une théorie du prolétariat, p. 53. Paris 1921.

Es wäre leicht, zahlreiche Widersprüche in der Agitation damals und später ans Licht zu ziehen. Das hat nur Sinn, sofern ein Wechsel in den politischen Zielen Mussolinis dadurch beleuchtet wird. Er hat längere Zeit an die Möglichkeit eines demokratisch-republikanisch-syndikalistischen Blockes geglaubt. Deshalb fand Giolittis Programm mit seiner Autonomie der Gemeinden, seiner Beschneidung der Exekutive im Interesse des Parlaments und seiner Kapitalfeindlichkeit die Zustimmung Mussolinis. Es ist später als Gipfel der Demagogie von den Fascisten gebrandmarkt worden. Damals eignete sich kein Teuerungskrawall in Italien, der nicht die Zustimmung des *Popolo d'Italia* gefunden hätte; das zeigt, daß in jener Phase von einer Verbindung mit dem Großkapital noch nicht die Rede sein konnte.

Im Herbst 1920 trafen ungefärbte Berichte aus Rußland ein, die das italienische Proletariat über die dortige Lage aufklärten. Das Mißlingen der großen Fabrikbesetzung nahm ihm die Binde von den Augen. Die revolutionäre Kraft der Masse ließ nach, der offizielle Sozialismus begann seine Rechtswendung, die schon im Januar 1921 zur Absplitterung der russisch eingestellten Kommunisten führen sollte. Mussolini erkannte im Herbst 1920 mit voller Deutlichkeit, daß für eine nationalistisch-syndikalistische Republik die Voraussetzungen in Italien nicht gegeben waren. Das Experiment, den Arbeiter selber den Betrieb führen zu lassen, war kläglich gescheitert und mußte die syndikalistische Doktrin sowie ihren Anhang kompromittieren. Sollte die fascistische Bewegung die notwendige Breite erlangen, so mußten die *ceti medi* gewonnen werden, deren teilweise Empfänglichkeit für den nationalistischen Teil der Propaganda die Kriegezeit bewiesen hatte. Diese realpolitische Erwägung lenkte den Kurs nach rechts. Dabei stieß der heerlose Führer auf das führerlose Heer der mittleren und kleinen Bourgeoisie; so entschied sich das Schicksal Italiens.

Der Ton der Propaganda mußte natürlich entsprechend abschattiert werden. Aus dem ursprünglichen Fascistenabzeichen: rote Kokarde über der Trikolore, hatte die Kokarde vorsichtig zu verschwinden. Das Prinzip des Klassenkampfes, das die *Unione Italiana del Lavoro* bisher hochgehalten hatte, verschwand allmählich aus ihren

Diskussionen. An die Stelle der *lotta di classe* trat die *lotta di capacità* — der Kampf der Befähigung. Dahinter erhob sich der Mythos der Nation, welche sich die Klasse der Handarbeiter so wie jede andere einordnet. Auch das syndikalistische Ziel, die Übernahme der Produktionsmittel durch das Proletariat, begann zu verblassen. Die Realität, die man akzeptierte, lautete knapp und brutal: Verständigung mit den Arbeitgebern, Mehrung der Produktivität. Die Vergesellschaftung der Industrie wurde an eine neue Bedingung geknüpft: die moralische und technische Reife der Arbeiterverbände, und man vergaß nicht, wenn die Rede auf diese Dinge kam, hinzuzufügen, daß es sich dabei um „Zukunftsmusik“ handele¹⁾.

Das Problem für Mussolini lag darin, trotz des Bündnisses mit der Mittelschicht die Arbeiter bei der Stange zu halten, wozu die Nationalisten bei ihrer engen Beziehung zur Großfinanz und Industrie niemals in der Lage gewesen waren. Das Experiment glückte vollkommen: auf dem Kongreß in Bologna im Januar 1922 wurde die national-syndikalistische Arbeiterbewegung mit bestehenden fascistischen Organisationen verschmolzen und selber mediatisiert²⁾. Die Gründe, welche die Arbeiter zum Eintritt in die fascistischen Gewerkschaften bewogen, waren verschiedener Art. Der Aufstieg des Fascismus fiel mit der Ernüchterung des Proletariats und dem Konjunkturrückgang zusammen, der mäßigend auf die Arbeiter einwirkte. Vor allem die vom Staate Abhängigen und die Landarbeiter strömten — nicht immer freiwillig — den neuen Gewerkschaften zu³⁾. Daß die Bewegung auf die industriellen Arbeiter übergriff, erklärt sich aus den genannten Ursachen und wird vollends klar, wenn man Art der Ausbreitung und Methode des Fascismus in Betracht zieht. Einmal wurden die konkurrierenden Arbeiterverbände unter konstantem Druck gehalten, und weiter konnte die Mitgliedschaft bei einer nationalen Organisation nach Eintritt der Großindustrie in die Bewegung vor Kündigung sicherstellen.

¹⁾ Rossoni, Edmondo: *Le Idee della ricostruzione, Discorsi sul Sindacalismo fascista*, p. 19. Firenze 1923.

²⁾ Die Details gehören nicht hierhin. Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Avarna di Gualtieri: l. c., p. 87 ss.

³⁾ Marschak, Jakob: *Der korporative und der hierarchische Gedanke im Fascismus* (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 52, S. 720).

Die *ceti medi* hatten in Mussolinis *fasci di combattimento* eine Waffe erhalten, mit deren Hilfe sich ihre seelische Spannung entladen konnte. Der Führer hatte ein Interesse daran, sie nicht rosten zu lassen. Die Angriffe der Fascisten seit dem Herbst 1920, deren Hauptziel der italienische Sozialismus bildete — angesichts seiner Lage mehr Kämpfe gegen Windmühlenflügel als gegen Riesen —, wurden zur taktischen Notwendigkeit. Das gemeinsame Kampfverlebnis schloß die Reihen dicht zusammen. Damals schuf sich der Fascismus seine regionalen Standquartiere im Po-Tale, nachdem er bis dahin auf Mailand begrenzt gewesen war. Die *valle Padana* hat Mussolini später einmal die Geburtsstätte seiner Bewegung genannt.

IV.

Von dem bürgerlichen Zuzug, der allenthalben in Italien mit den Kampfverbänden Mussolinis sympathisierte, um sich mit ihnen im Laufe der Zeit enger zu verbinden¹⁾, hoben sich die ersten *fasci* in ihrer geistigen Verfassung deutlich ab. Es ist schwierig, davon ein zutreffendes Bild zu geben. Die Erscheinung ist spezifisch romanisch. Sie steht in gewissem Sinne dem Syndikat Sorels ebenso nahe wie den *Camelots du roi*, den Stoßtrupps des Royalismus in Frankreich²⁾. Das Gemeinsame bei den fascistischen Kampfverbänden liegt weniger in einem vage erkannten Ziel, gar nicht in einem ausgeklügelten Programm, sondern fast ausschließlich in einem im Grunde romantischen und antibourgeoisem Lebensgefühl, welches sich in Taten umsetzt, die in einem fort die Schranken der bürgerlichen Ordnung überspringen. Die Verbindung der Mittelschicht mit dem Fascismus in Italien war deshalb möglich, weil diese Kraft durch die Hand eines starken Realisten, dem Mythus Vaterland dienstbar gemacht und gegen den sterbenden Sozialismus eingesetzt wurde.

¹⁾ Ursprünglich waren *fasci* und *squadre* — bewaffnete Banden — ein und dasselbe. Später, als ältere Leute in die *fasci* eintraten, differenzierten sich die beiden Bestandteile.

²⁾ Vgl. über die *Camelots du roi* Louis Dimier: *Vingt ans d'Action française*, p. 105. Paris 1926.

Der Fascismus der ersten Stunde hatte eine bestimmte „Haltung“ (*atteggiamento*), er war *azione e sentimento*. Wenn ihn Alfredo Rocco, der frühere Professor der Rechte und heutige Justizminister, so charakterisiert¹⁾ und unter fascistischem *sentimento* das Erwachen eines „tiefen Rasseinstinkts“ — Spengler würde sagen: des Blutes — versteht, so gibt er ihm damit, im Sinne fascistischer Geschichtsphilosophie, Ansehen und Würde. Mussolini selbst nannte, zwei Jahre nach dem ersten Auftreten der Verbände, den Fascismus „Ausfluß eines tiefen Bedürfnisses unserer Rasse . . ., die sich in einem gegebenen Augenblick in der Grundlage ihrer Existenz bedroht fühlte“²⁾. Diese Deutung ist die offizielle; sie wird oft wiederholt³⁾. Sie sieht in Rasse oder Nation die mystische Dominante alles irdischen Geschehens, und es wäre leicht, nach dieser Auffassung in dem ganzen Kampf, der sich zwischen 1920 und 1922 in Italien abgespielt hat, nichts anderes zu erblicken als eine Verwirklichung von Spenglers Antithese „Blut und Geist“.

Wenn man die metaphysische Begründung des Fascismus ablehnt, kann man gleichwohl die These aufrecht halten, er sei in den ersten Verbänden Wille, Handlung, Haltung gewesen. Es war eine spontane Einheit des Wollens, Jugend, Bewegung, Aktivität um der Aktivität willen, eine Art *l'art pour l'art* auf politischem Gebiete. Der Fascismus war ein Lebensstil, der eine bestimmte Haltung, äußerlich und innerlich, seinen Anhängern auferlegte. Die wesentlichen Eigenschaften waren Energie und Disziplin, im Äußeren sollten Form und Gebärde erkennen lassen, daß es sich um Auserwählte handelte. Der Fascismus der ersten Stunde war ohne Vorurteile. Dem Intellektualismus des 19. Jahrhunderts, der auf politischem Gebiete mit festen Theorien an das Leben herantritt, stellte er seine tatfrohe Realistik entgegen: er handelte nach dem „Gebot der Stunde“, ohne viel Kopfzerbrechen über den Ausgang. Er zieht seine Belehrung aus dem stets wechselnden Strom des Lebens: nichts anderes ist mit dem oft wiederholten Worte Mussolinis gemeint, der Fascist sei ein „dynamischer“ Mensch. Die konkreten Ziele blei-

¹⁾ Rocco, Alfredo: *La Dottrina politica del Fascismo*, p. 5. Roma 1925.

²⁾ Sarfatti: *l. c.*, p. 243.

³⁾ Vgl. z. B. die Ausführungen Giovanni Gentiles: *Che cosa è il fascismo*, p. 55 s. Firenze 1924.

ben im Dunkel. Man fühlt sich berufen, in die Geschicke Italiens einzugreifen, aber man verließ sich dabei nicht einmal auf die Punkte des Mailänder Programms, welche die meisten wohl kaum kannten. An die Stelle des Programms trat die für Italien so charakteristische unbedingte Unterwerfung unter den Führer. Die Verbände waren kein Novum in der politischen Geschichte des Landes: es waren mit Spannung geladene, militärisch gedrillte Gruppen, die darauf brannten, von ihrem Führer nach dessen Willen eingesetzt zu werden. Darin lag ihre Stärke, was die politische Aktion anging, ihre Schwäche in den Augen der Gegner, die nach einem Programm suchten.

Die vagen Ideale, von denen die fascistische Bewegung getragen wurde, nur den Führenden klar bewußt, lagen zwischen Georges Sorel und Enrico Corradini. Und auch die methodische Tollheit Marinettis, des Futuristen, mit seinem Mystizismus der Aktion und des modernen Lebens — „in seiner farbigen, stürmischen, irrationalen Mannigfaltigkeit“ —, mit seinem Fremdenhaß und der Exaltation der italienischen Rasse, hatte bei der Geburt der Bewegung Pate gestanden¹⁾. Italien, um einen Gedanken zu pointieren, in dem Futurismus und Fascismus sich berühren, soll nicht länger ein Raritätenkabinett sein für globetrottende Müßiggänger aller Völker²⁾. So nahe man einander in diesem Wunsche stand, so unterschied man sich später vor allem in einem Punkte, dem Antiklerikalismus, den die Fascisten völlig aus ihren Reihen entfernten.

Die Verwandtschaft zwischen Sorelismus und Fascismus war eng und doch wieder sehr entfernt. Die blendende Diktion des genialen französischen Denkers hatte in den Köpfen der ersten fascistischen Führer tiefe Furchen gezogen. Sie riß die schwerflüssige marxistische Lehre in den Strudel des feurigen französischen Geistes und formte aus ihr ein Werkzeug, das in südlichen Ländern Revolutionen entfachen konnte. Sorel lehnt jede Evolution brüsk ab. Der *force*

1) Marinetti, F. T.: Futurismo e Fascismo. Foligno 1924.

2) Im Mai 1918 hatte Mussolini eine Rede gehalten, worin es heißt: „Wir haben genug von dem Italien der Hotelbesitzer, dem Sammelplatz der Nichtsteuer mit ihrem anwidernden Baedeker in der Hand; wir haben es satt, alte Gipswerke abzustauben ...“ Vgl. die von Dr. Max H. Meyer herausgegebene Auswahl von Reden Mussolinis, S. 41. Leipzig 1925.

bourgeoise, die den Minderheiten zum Triumphe verholfen hat, tritt sieghaft die *violence prolétarienne* entgegen, welche den Massenwillen durchsetzt. Der Klassenkampf ist für ihn Alpha und Omega des Sozialismus¹⁾. Die Arena ist nicht das Parlament, eine bürgerliche Erfindung, in welcher der revolutionäre Elan des Proletariats verdämmert. Unmittelbar stehen die Kämpfer einander gegenüber: die Bourgeoisie und die revolutionären Gewerkschaften, welche die Elite des Proletariats darstellen. Der soziale Kampf hat Strategie und Taktik wie jede andere militärische Unternehmung²⁾. Ein jeder Teilstreik, mag er noch so „lokal“ sein, hat seine Stelle in dem großen Feldzug des Proletariats, der ausmündet in die Entscheidungsschlacht, den Generalstreik, der den Gegner vernichtet *comme la grande bataille napoléonienne*³⁾. Die Gewalt, deren sich das Proletariat bedient, wird genau umschrieben, und Sorel bedient sich wiederum des militärischen Gleichnisses. Jeder einzelne Akt der *violence* vollzieht sich als Kriegshandlung, kühl berechnet und methodisch, ohne Haß und ohne Rachegefühl⁴⁾. Die Gewalt hört auf, wenn das gesteckte Ziel erreicht ist: das anarchische Nebeneinander der Syndikate, welche die Produktivmittel bewirtschaften.

Der italienische Nationalismus, der den Fascismus in demselben Maße stärker durchdringen sollte, wie die Schwenkung zum Bürgertum sich vollzog, nahm seinen Ausgang an der Jahrhundertwende. Er war Reflex einer Reihe von Tatsachen, die nach und nach in das Bewußtsein der Italiener eindringen. Mächtiger als ein korrupter Parlamentarismus, der die Oligarchie einiger Drahtzieher schlecht verhüllte, und die anwachsende sozialistische Woge wirkte die gespannte internationale Lage: die Einkreisung im Mittelmeer, weiter das sich zunehmend verschlechternde Verhältnis zu Österreich, die Notwendigkeit, gegen überlegene Konkurrenten den Kampf auf dem Weltmarkte aufzunehmen, endlich der Mangel an Kolonien, der die Auswanderer in die Fremde drängte, wo sie schlecht behandelt wurden. Vornehmlich aus solchen Erwägungen entstand der Nationalis-

1) *Matériaux d'une théorie du prolétariat*, p. 67. Paris 1921.

2) *Réflexions sur la violence*, p. 168. Paris 1912.

3) *Réflexions*, p. 96.

4) *Réflexions*, p. 161.

mus Enrico Corradinis, der von einem Dichter wie Giovanni Pascoli, von Syndikalisten und Republikanern geteilt wurde¹⁾).

Die geistige Atmosphäre, in welcher der italienische Nationalismus sich bewegte, war der Ideenwelt, wie sie das in der *Action française* vereinigte aktivistische junge Frankreich propagierte, nahe verwandt²⁾. Die Übereinstimmung liegt in der Grundlage des Denkens

¹⁾ Volpe, Gioacchino: *Fra Storia e Politica*, p. 56. Roma 1924. — Michels: *L'Imperialismo italiano*, p. 92 ss. Milano 1914. — Kronzeuge für die Entstehung des italienischen Nationalismus als einer Reaktion gegen die außenpolitische Lage ist Corradini selber: *Il Nazionalismo italiano*, p. 122. — Die imperialistischen Ideen der Nationalisten, die eine Expansion nach dem Vorbild Roms empfehlen, brauchen nicht kritisiert zu werden. Rom errichtete sein Reich auf der zerfallenden hellenistischen Welt. Das Italien von heute steht im Mittelmeer den überlegenen Imperialismen Englands und Frankreichs gegenüber.

²⁾ Eine jede geistig-politische Bewegung hat weitverzweigte Wurzeln und saugt ihre Kräfte aus sehr verschiedenem Erdreich. Den italienischen Nationalismus ausschließlich von der *Action française* herleiten zu wollen, wäre ganz verfehlt. Daß sie in sehr vielem — dem Schwelgen in antiken Vorbildern, dem Glauben an den rein „aristokratischen“ Gehalt lateinischer Kultur, dem Bewußtsein ihrer Unübertrefflichkeit — Vorbild für den Nationalismus in Italien geworden ist, liegt nahe. Seine Lieblingsworte: Ordnung, Tradition, Disziplin, Hierarchie, Autorität, Familie, Korporation finden sich alle schon in der *Action française* (vgl. Charles Maurras: *La Démocratie religieuse*, p. 33. Paris 1921). Charles Maurras selber drückt die Beziehung zwischen beiden Bewegungen aus in den Zeilen: Die Intervention Italiens war Ausdruck eines Nationalismus, „dessen Träger lange Zeit unter die Freunde, man sagt sogar, unter die ‚Schüler‘ der *Action française* gerechnet wurden“; aber er vergißt nicht den Hinweis darauf, was die Action dem Risorgimento verdankte (vgl. Kiel et Tanger, p. 17. Paris 1921). Neben der *Action française* wirkten ganz andere Kräfte auf die Bildung des italienischen Nationalismus ein: Nietzsche, *l'étranger brutal* (Valois), der gleichzeitig das junge Frankreich um die Jahrhundertwende mächtig beeinflusste, und vor allem Hegel's Staatsauffassung, die durch Spaventa, Croce und Gentile in Italien Eingang und Verbreitung gefunden hatte. Dazu kam die soziologische Analyse der Herrschaft durch Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto, welche zeigte, daß unabhängig von der Staatsform stets eine Elite, die *classe dirigente*, sich in der Macht abwechselt. Diese Feststellung mußte das demokratisch-parlamentarische System und seinen Mehrheitskultus kompromittieren. Schon diese Bemerkungen zeigen die Verzweigkeit des Ursprungs der nationalistischen Bewegung in Italien.

Natürlich soll diese nicht als Konglomerat von Abhängigkeiten aufgefaßt werden. Es läge sonst nahe, auf die französische Restaurationsphilosophie hinzuweisen. Politische Gedanken, die Reaktionen auf einander ähnliche Bewegungen darstellen, müssen notwendig in wesentlichen Punkten miteinander übereinstimmen, ohne daß dabei von einer Übernahme die Rede sein kann. Ebenso wie die Restaurationsphilosophie in Reaktion auf die französische Revolution entstanden ist, so bedeutet der italienische Nationalismus, im Verhältnis zum Risorgimento, das der Revolution staats- und wirtschaftsphilosophische Kernstücke entnommen hatte, den Pendelausschlag nach der entgegengesetzten Seite. Schon daraus ergibt sich eine natürliche Verwandtschaft zwischen Restaurationsphilosophie und italienischem Nationalismus.

über Staat und Gesellschaft, dagegen nicht in den Folgerungen, welche für beide Länder verschieden ausfallen mußten. Der italienische Nationalismus legte das Schwergewicht auf die Kritik der Außenpolitik des Landes, die er neu zu beleben suchte in einem heroischen Geiste, der aus antiker Tradition abgeleitet war. Er bekämpfte den Sozialismus, weil dieser international war und durch das Klassenkampfdogma die Nation zersetzte. Das demokratisch-parlamentarische System wird nicht geschont, aber es wurde nicht „grundsätzlich“ befehdet, wie durch die *Action française*, sondern wegen der schlechten Früchte verworfen, die es dem Lande gebracht hat. Die *Action française* war konservativ und monarchisch, sie huldigte einem Katholizismus, welcher mehr das romanische Gewand der Kirche als den religiösen Gehalt der Lehre verehrte. Sie richtete zwar die französische Außenpolitik auf die Rheingrenze, aber ihr wichtigstes Angriffsziel war stets die dritte Republik, deren politische, soziale und geistige Träger sie mit allen Mitteln zu kompromittieren suchte. Ihr Hauptziel lag auf innerpolitischem Gebiete: es war der Sturz des herrschenden Regierungssystems.

Die Idee, welche den Nationalismus auf beiden Seiten der Alpen eng zusammenband, war die Verurteilung von Staat und Gesellschaft, wie sie als Erbteil aus der französischen Revolution überkommen waren. Es ist ein Vorurteil anzunehmen, der Mensch sei frei, gleich und brüderlich; er ist vielmehr durch Autorität gebunden, dienendes Glied in einer hierarchischen Ordnung. Seine Haltung ist heroisch — „sein Leben ist Heroismus durch und durch“¹⁾ —, und nicht anders das Leben der Nation. Wie Charles Maurras in Napoleon nicht den Verwaltungsmann und Diplomaten, sondern nur den Militär anerkannte, der Frankreich sein verbindendes nationales Erlebnis gegeben hat, so wird Enrico Corradini, der repräsentative Typus des italienischen Nationalismus, nicht müde, während des mandschurischen Krieges die heroische Solidarität der Japaner zu bewundern²⁾.

Die Nationalisten sind Anti-Individualisten. Corradini gibt eine

¹⁾ Corradini, Enrico: *La Vita nazionale*, p. 123. Siena 1924. Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen, die 1903/04 in der Zeitschrift *Il Regno* erschienen sind.

²⁾ l. c., p. 16 ss.

Definition der Nation, welche das Individuum einfach auslöscht. Sie ist ganz vom Fascismus übernommen worden. Die Nation ist nach Corradini — und ganz ähnlich umschrieb hin und wieder Mazzini das „Volk“ — „gleichgerichtetes Denken und Fühlen in der Folge von Generationen, geleitet von dem Bewußtsein einer Mission“¹⁾. „Größte Einheit der größten Zahl aller, die uns gleich sind, das ist die Nation“²⁾. Sie kann geradezu als „größeres Individuum“³⁾ angesprochen werden. Sie ist es um so mehr, je stärker der Einzelne sich seiner Individualität entäußert und zum Kollektivwesen wird: wie etwa als Glied einer Heeressäule, die sich an den Feind geschlossen heranschiebt.

Die Nation ist nach Corradini ein Organismus so wie Einzelwesen und Familie. Die Menschheit dagegen ist keine organische Einheit, ihr fehle die charakteristische Bezeichnung — wie Nation, Familie —, die Mission sowie das Bewußtsein einer Berufung. Würde jemals das Ziel einer alle umspannenden Weltgemeinschaft erreicht, so gäbe es keinen Antagonismus mehr; damit wäre das Drama, Weltgeschichte genannt, das aus nichts anderem als Konflikten besteht, ausgespielt. Der Krieg, für Georges Valois der Schöpfer aller Zivilisation⁴⁾, ist nach Corradini der „Akt höchster Solidarität, deren bisher die Menschen fähig gewesen sind“⁵⁾, er ist der notwendige Begleiter des intensivierten modernen Lebens, und das Haager Schiedsgericht ist nichts weiter als der größte Zeitverlust mit geringster Wirkung⁶⁾. Hier tritt der moderne Nationalismus in Gegensatz zu dem humanitären Ideal Mazzinis, dessen Phantasie für eine ferne Zukunft den Widerstreit der Nationen in einem Bunde der Menschheit auslöschte⁷⁾.

1) l. c., p. 3.

2) l. c., p. 5.

3) Il Nazionalismo italiano, p. 10.

4) Valois, Georges: L'homme qui vient, p. 181 ss. Paris 1923. Valois hat sich neuerdings von der Action getrennt und fascistische Verbände nach italienischem Muster gegründet. Sein Organ, das die Action heftig angreift, ist der *Nouveau Siècle*. Sein Ziel ist der *état des producteurs*, wobei die Staatsform gleichgültig sein soll. Nirgends in Europa ist der Genius St. Simons heute lebendiger als in Valois' Organ.

5) La Vita nazionale, p. 30.

6) l. c., p. 124.

7) Salvemini: l. c., p. 164.

Innerhalb der demokratischen Atmosphäre Italiens gilt es, die alten Werte der Hierarchie und Aristokratie neu zu beleben. Der Respekt vor der Hierarchie soll die Anarchie ersetzen¹⁾. Auch der Adel ist nicht tot; denn die Seele der Nation selber ist aristokratisch²⁾. Der Adel soll sich jedoch auf seine alte Aufgabe besinnen, die politische Elite des Landes abzugeben, wozu er durch das Jahrhunderte alte Verwachsensein mit dem Leben des Volkes berufen ist. In Wirklichkeit fand man Mitglieder des römischen Hochadels häufig in der sozialistischen Partei.

Sozialismus und Nationalismus bilden entgegengesetzte Extreme in der Staats- und Gesellschaftstheorie, aber diese Extreme berühren sich in der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die demokratisch-parlamentarische Mitte. Während Sorels freie Produzenten die Bourgeoisie selber außer Kurs setzen wollten, wandte sich der Nationalismus gegen demokratische Ideologie und Institutionen, suchte jedoch das Bürgertum zu sich herüber zu ziehen. Beide Bewegungen glaubten leidenschaftlich an die Schöpferkraft der Gewalt. Aber während nach Sorel jeder Gewaltakt auf der Seite des Proletariats dazu dient, die Spalte zwischen den Klassen tiefer aufzureißen, sollte nach Corradini die Gewalt, deren Träger die Nation ist, nur nach außen hin wirksam werden. Die Theorie des geschichtsbildenden Mythos war von den Nationalisten aus Sorels Lehre übernommen; aber der Mythos selber hatte bei beiden einen ganz verschiedenen Inhalt: bei den Syndikalisten war es der Generalstreik, bei den Nationalisten die Nation. Der gemeinsame Glaube an den Inhalt des Mythos sollte aus der trägen Masse die Elite hervorgehen lassen, welche die Bewegung vorwärtstreibt. Dabei dachte Sorel an seine Syndikate, die Werkzeuge der Revolution, die Nationalisten dagegen an die „Elite des Geistes“, eine Auswahl derer, die zur Macht geboren sind³⁾. Es ist wichtig, daß beide Bewegungen den Produzenten eine besondere Stellung in der künftigen Gesellschaftsordnung zudachten. Aber der Begriff Produzent wurde verschieden definiert. Für Sorel umfaßte er die *producteurs libres travaillant dans un*

1) Il Nazionalismo italiano, p. 234.

2) La Vita nazionale, p. 227.

3) Valois: l. c., p. 179.

*atelier débarassé de maîtres*¹⁾, die Nationalisten jedoch verstanden unter der produktiven Klasse alle für den Gang der Wirtschaft wichtigen Schichten, die in Syndikate zusammengefaßt werden sollen, und deren Vertreter das neue berufständische Parlament bilden²⁾. Während Sozialismus und Syndikalismus den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit bei der Verteilung hervorkehren, betont Corradini ihr gleichgerichtetes Interesse bei der Produktion und weist dem berufständischen Staate die Aufgabe zu, die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Es ist interessant, daß der Nationalismus, um dem Gegner den Wind aus den Segeln zu nehmen, hohe Löhne für die Arbeiter forderte; die fascistische Theorie hieb in die gleiche Kerbe. Die Größe Italiens verlange Mehrung der Produktion im ideellen und materiellen Sinne, und die Löhne sollen der wachsenden Gütererzeugung angepaßt werden³⁾.

Bei Licht besehen trafen sich Sorelismus und Nationalismus vor allem in dem Gegensatz gegen den demokratisch-parlamentarischen Staat, in der prinzipiellen Bejahung der Gewalt, deren Funktion allerdings in beiden Systemen verschieden war, und in manchem geschichtsphilosophischen Zug, der von Corradini und seinen Freunden aus Sorel entlehnt war. Aber auch hier geht die Übereinstimmung nicht weit. Für Sorel ist die proletarische Klasse der Träger des historischen Fortschritts, für Corradini die Nation, jenes *corpus mysticum*, dessen Leben in der Aufeinanderfolge der Geschlechter besteht. Vor allem das Ziel war in beiden Lehren verschieden. Sorel war Revolutionär und wollte eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Corradini — mit ihm der fascistische Syndikalismus — war mittelständisch-konservativ und wünschte den Ausgleich der durch den kapitalistischen Produktionsprozeß geschaffenen Gegensätze im starken Staat mit berufständischer Vertretung.

Nicht nur der Anhang der fascistischen Verbände war soziologisch kompliziert, auch diese selber waren aus verschiedenen Bestandteilen zusammengewachsen. Die fascistischen Gruppen waren nicht die einzigen, die nach dem Kriege in Italien aus dem Boden sprangen.

1) *Réflexions*, p. 368.

2) *Discorsi politici*, p. 422 ss. Firenze 1923.

3) *Discorsi politici*, p. 424.

Neben ihnen standen die nationalistischen „Blauhenden“, D'Annunzios Legionäre und verwandte Verbände. Diese Gruppen haben sich teils verschmolzen, teils befehdet und sich endlich zu gemeinsamer Aktion unter Mussolinis Führung zusammengefunden. Das war möglich, weil sich Mussolini auf der Linie von Sorel zu Corradini zusehends mehr zum Nationalismus entwickelte. Was ihm bei der Gründungsversammlung vorschwebte, war eine Art Wirtschaftsdiktatur der Arbeiterschaft; nicht lange vor der Machtergreifung legte er ein Bekenntnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung ab, die im Interesse des Proletariats durch den Staat gezähmt werden sollte¹⁾. Das Zusammengehen der verschiedenen Verbände ließ sich weiter dadurch ermöglichen, daß die Führenden in allen Gruppen — so verschieden die Ziele bei der Spannweite von Sorel zu Corradini schattiert sein mochten — in der Negation des Parlaments und des internationalen Sozialismus sowie in der Exaltation Italiens übereinstimmten. Gleichwohl blieb Sorel für Mussolini und die fascistische Bewegung ungeheuer wichtig. Der Reiz der syndikalistischen Lehre lag darin, daß hier der Sozialismus nicht auf den Weg schrittweiser Entwicklung gewiesen wurde, vielmehr Handlung war, die in täglichem Kampfe den gewünschten Erfolg herbeizwang. Mussolini hatte im höchsten Grade die Eigenschaften, die nötig sind, eine politische Idee in die Realität zu überführen. Sein erster Schritt, Stoßtrupps, den Syndikaten Sorels vergleichbar, zu organisieren, entsprach allerdings ebensosehr der italienischen Tradition. Mussolini hat solche Verbände zweimal begründet: zunächst die *Fasci di azione rivoluzionaria*, welche Italien aus seiner Neutralität her austreiben sollten²⁾, und dann die Kampfverbände von 1919. Diesen wurde er nicht müde, im Stile Sorels eine Gewalt zu predigen, die den Umständen angepaßt ist und nicht übers Ziel hinausschießt, und ihnen einen Geist einzupfropfen, wie ihn der Meister für die Arbeitergruppen fordert, die sich für den Generalstreik begeistern³⁾. Es war natürlich, daß innerhalb der leicht

1) Diuturna, p. 464 ss.

2) Verbände revolutionärer Aktion. Vgl. darüber die Angaben Sarfattis: l. c., p. 167.

3) Réflexions, p. 374 s.

entzündbaren Jugend der fasci, die selber im Feld gewesen oder im Schatten des Krieges aufgewachsen war, die Philosophie des „weise gehandhabten“ Knüppels verfangen mußte. Die zahllosen Strafexpeditionen und Gewalttaten in den Jahren 1920, 21 und 22 standen an der Stelle der Teilstreiks, die den Gegner mürbe machen sollten. Sorel hatte im Jahre 1905 geschrieben, Italien sei dasjenige Land, welches am ehesten für eine syndikalistische Revolution geeignet wäre¹⁾. Er hat nicht geahnt, daß der große Endschlag, den dort ein alter Syndikalist führen sollte, ein „Marsch auf Rom“ sein könnte.

V.

Für die soziale Struktur des Fascismus in seiner Frühzeit gilt zusammenfassend folgendes: Die ersten Stoßtrupps Mussolinis, Kraftzentren, die sich rasch in der Mitte und dem Norden des Landes ausbreiteten, waren gebildet aus Kriegsteilnehmern, Interventionisten, Syndikalisten, Futuristen, D'Annunzianern, Studenten; um sie gruppierte sich der Mittelstand: Bauern, die ihre Eigentumsprivilegien verteidigten, Handwerker, Ingenieure, Beamte und Angestellte, Lehrer und Vertreter der freien Berufe. Die Arbeiter kamen vornehmlich aus dem syndikalistisch-nationalistischen Lager. Die große Bourgeoisie — Industrie und Großgrundbesitz — verhielt sich zunächst skeptisch. Sie gesellte sich später hinzu und nahm die Finanzierung der Bewegung in die Hand²⁾.

Daß die meisten dieser verschiedenen Gruppen dauernd oder vorübergehend von ihrer Eigenart an die junge Bewegung abgegeben haben, zeigen schon wenige Stichproben. Der Einfluß der Kriegsteilnehmer gab dem Fascismus seinen Landsknechtcharakter, der Arturo Labriola veranlaßte, ihn als *fenomeno di militarismo primitivo*, eine Ausgeburt urwüchsiger Soldateska³⁾, anzusehen. Aus dem Schützengraben kam der Ruf *a noi* (zu uns), das Zeichen zur

¹⁾ Matériaux d'une théorie du prolétariat, p. 74 s.

²⁾ Michels (Sozialismus und Fascismus, S. 260) bezeichnet mit Recht das Großkapital als „tertiär hinzugewachsen“. An den beiden ersten Stellen standen Idealisten und Mittelschichten.

³⁾ Labriola, Arturo: Polemica antifascista, p. 32. Napoli 1925.

Sammlung bei fascistischen Demonstrationen. Das oft gehörte *eja, eja alalà* war während des Krieges in der Fliegerformation Gabriele D'Annunzios aufgekommen¹⁾. In jener Epoche, wo Mittelitalien von den im Lande verstreuten roten Gewaltherrschaften gesäubert wurde, stand die Aktion so stark unter dem Einfluß ländlicher Besitzinteressen, daß die Gegner den Fascismus schlankweg als „agrare Reaktion“ bezeichneten²⁾. Kraft des starken Einschlags von Ärzten, Lehrern, Beamten, Rechtsanwälten wurde in den fascistischen Reihen einer antiken Rethorik gehuldigt, die auf die klassischen Reminiszenzen jener Leute abgestimmt war. Diese Kreise waren in den kleinen Städten wegen der Überlegenheit ihrer Bildung die Repräsentanten des politischen Lebens; sie gaben dem Fascismus in seinem ersten Stadium das berühmte „doppelte Gesicht“: die feindliche Einstellung gegenüber Proletariat und Großkapital, die sich eigenartigerweise mit unklarer Industrieschwärmerei verband. Sehr fein bemerkt Luigi Salvatorelli, die Mittelschicht, zu welcher die oben genannten Berufe in ihrer Mehrheit gehören, habe aus Mangel an Zusammenhang ihren Klassenkampf so geführt, daß sie die Idee der Klasse verneinte und dafür den starken Staat forderte³⁾. Ein kräftiger patriarchalischer Staat sollte das kleine und mittlere Bürgertum vor Unternehmern und Kapitalisten, vor allem aber vor den Arbeitern schützen und als weiser und gerechter Richter dem sozialen Kampfe für immer ein Ende bereiten. Der Einfluß der Großbourgeoisie sollte sich in der fascistischen Politik erst auswirken, nachdem die Bewegung zur Macht gelangt war.

Vor der Vielgestaltigkeit in der sozialen Zusammensetzung des Fascismus kapituliert jede knappe Formel, die versucht, sein Wesen auszudeuten. Man hat ihn irrigerweise als „militärische“ oder „agrare“ Reaktion bezeichnet und ihn als „Nachkriegerscheinung“ abtun wollen; auch der Versuch, in ihm nichts anderes zu sehen als eine Explosion der in den *ceti medi* vorhandenen Spannungen, ist gegenüber der Wirklichkeit unzulänglich, wie sich noch zeigen wird. Mit den metaphysischen Deutungen, die er sich selber

1) Sarfatti: l. c., p. 245.

2) Bartellini, Ermanno: La Rivoluzione in atto, p. 37 s. Torino 1925.

3) Salvatorelli, Luigi: Nazionalfascismo, p. 19. Torino 1925.

gegeben hat: Erwachen des Rasseinstinkts, Wiederanknüpfung an die verschütteten Traditionen des römischen Weltreichs, Renaissance des nationalen Bewußtseins, können wir gar nichts anfangen. Es ist selbstverständlich, daß der marxistische Sozialismus zu der Neuerscheinung auf politischem Gebiete Stellung nehmen mußte. Nach der berühmten Formulierung des kommunistischen Manifestes ist „die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen“. Was in Italien nach 1920 vor sich ging, konnte davon keine Ausnahme machen. Für Giulio Aquila, der die Ereignisse mit dem Auge des Hasses ansieht, erschöpft sich der Sinn des Fascismus in einem Vorstoß des Kapitals, das sich darüber klar geworden ist, die Arbeiterschaft innerhalb des demokratischen Staates nicht mehr bändigen zu können, und deshalb zu einem terroristischen Mittel greift: der fascistischen Bewegung¹⁾.

Die Beziehung zwischen Fascismus und Großkapital ist außerordentlich kompliziert; wir können sie hier noch nicht diskutieren. Doch der Gang der Untersuchung hat bereits gezeigt, daß die marxistische Deutung fehlgreift. Sie ignoriert die bunte Zusammensetzung des ersten Anhangs aus den verschiedenen Schichten des Mittelstandes und aus der Arbeiterschaft, über die sich, einem Regenbogen vergleichbar, eine Ideologie spannte, die wie dieser in stets wechselnden Farbtönen irisierte. Sie weiß weiter nichts davon, daß die große Bourgeoisie dem fascistischen Phänomen zunächst skeptisch gegenüberstand und sich in größerer Zahl erst einfand, als die Bewegung ihre syndikalistisch-republikanische Hülle abgestreift und sich als wirksamer Prellblock gegenüber sozialistischen Streiks erwiesen hatte. Und sie begreift endlich — und das ist entscheidend — nicht das Wesen des heutigen fascistischen Staates, den wir erst am Schluß der Untersuchung analysieren können.

Aber der Sozialismus täuscht sich nicht nur in der Annahme, der Fascismus sei nichts anderes als ein Gegenschlag des großen Kapitals, er irrt sich auch, wenn er glaubte, man habe die „Schwarzhemden“ zu Hilfe gerufen, weil die Machtmittel des demokratischen Staates nicht ausreichten. Sie reichten aus — gegenüber einem Pro-

¹⁾ Aquila: Der Fascismus in Italien, S. 8. Hamburg 1923. Ein Übersetzer ist nicht genannt.

letariat, das sich in voller Zersetzung befand, als der Fascismus in Italien zu Taten übergang. Aber sie wurden nicht eingesetzt. Darin lag eine Feinheit Giolittischer Politik. Giolitti wollte einen Druck auf die Sozialisten ausüben, ohne den Staat bloßzustellen. Dazu schienen ihm die Fascisten geeignet. Der fascistische Terror konnte sich 1920/21 ungestraft entfalten und die Bewegung an Kraft zunehmen. Giolittis Haltung war der erste Schritt auf einer Bahn, an deren Ende die Beseitigung der demokratisch-liberalen *classe dirigente* stand. Skizzieren wir, um diesen Satz zu begreifen, die politische Geschichte des Fascismus bis zur kompletten Isolierung Anfang 1925, wo er sich durch straffen Ausbau seiner Diktatur zum absoluten Herrn Italiens machte.

VI.

Die Spannungen innerhalb der fascistischen Bewegung waren nicht zur Entladung gekommen, solange die Aktionen gegen Sozialismus und Kommunismus die Anhänger in Atem hielten. Das änderte sich, als im Sommer 1921 ein gewisser Ruhezustand eingetreten und Mussolini, inzwischen ins Parlament gewählt, genötigt war, in politischen Fragen an weithin sichtbarer Stelle Entscheidungen zu treffen.

Der Antiparlamentarismus Sorels hatte seinen Jünger nicht gehindert, als Kandidat für die Kammer aufzutreten. Dabei erlitt er im Jahre 1919, wo er sich auf Kräfte von links stützte, eine klägliche Niederlage. „Ein Kadaver im Stadium vorgerückter Verwesung“ nannte ihn damals, wenig geschmackvoll, der *Avanti*¹⁾. Zwei Jahre später, als die Rechtswendung vollzogen war, rückte Mussolini als Abgeordneter für Mailand und das mit Waffen gewonnene Bologna an der Spitze einer kleinen Schar Fascisten in Montecitorio ein.

Von einem Mißverständnis zwischen Führer und Geführten konnte im Sommer und Herbst 1921 die Rede sein. Es hatte folgenden Anlaß: Mussolini selber und die Anhänger der ersten Stunde waren insgesamt Gefolgsleute Mazzinis, also Republikaner. Diese

¹⁾ Sarfatti: l. c., p. 228.

Partei hatte bei Kriegsbeginn im Lager der Interventionisten gestanden; Sieg und Fascismus nahmen ihr den Wind aus den Segeln. Denn die „unerlösten“ Gebiete waren gewonnen, und den sozialistisch-republikanischen Programminhalt hatten sich die Fascisten zu eigen gemacht. Ehe Mussolini ins Parlament eintrat, hatte er Hunderte von Malen das Bekenntnis zur Republik abgelegt. Gleichwohl war es weniger Überzeugungstreue, vielmehr Rücksicht auf die Gefolgschaft der Frühzeit, vielleicht auch Verkennung dessen, wie sehr die soziale Grundlage seiner Bewegung sich verschoben hatte, was ihn von der feierlichen Eröffnungssitzung des Parlaments fernhielt, worin der König die Thronrede verlas. Diese Geste verstimmte seinen zahlreichen neuen Anhang, vor dessen Attacken kommunistische Burgen in Stadt und Land, sozialistische Gemeinderäte und Wahlversammlungen, Gewerkschaftshäuser und Redaktionsbüros zusammenfielen wie Kartenhäuser. Diese Geste verstimmte nicht weniger stark jenen national gesinnten Teil der Bourgeoisie, der im Bürgerblock politisch zusammengeschlossen war und gemeinsam mit den Fascisten den Wahlkampf vom Frühjahr 1921 durchgefochten hatte. Mussolini rechnete in einem leidenschaftlichen Artikel zunächst mit den gekränkten „Rekruten“ im eignen Lager ab¹⁾. Der Fascismus, den die Jungen noch nicht ganz kannten, so wie er 1919 begründet wäre, sei der „Idee nach republikanisch“. Kurz darauf erinnerte er die liberalen und demokratischen Herren des Blocks daran, wer denn in den Tagen bolschewistischer Gefahr das Haus Savoyen gerettet habe²⁾. Aber neben herben Worten stehen solche, welche die Wendung vorbereiten. Der Fascismus ist nur „der Idee nach republikanisch“; er ist bereit, dieses Ziel zurückzustellen, vielleicht ganz zu vergessen, wenn die Rücksicht auf das Land es erfordert. „Keiner kann darauf schwören, daß die Sache Italiens notwendig an das Schicksal der Monarchie oder die Errichtung der Republik gebunden ist³⁾.“ Dieser Satz ist entscheidend. Er rückt die delikate Frage der Staatsform an die zweite Stelle. Als sechzehn Monate später, kurz vor dem Marsch nach Rom, politische Klug-

1) Diuturna, p. 332 ss.

2) Diuturna, p. 341 ss.

3) Diuturna, p. 343.

heit und persönliche Mäßigung Mussolini bestimmten, die bestehende Form beizubehalten, konnte er in seiner großen Rede in Udine — die als erste das lockende Ziel *Roma* vor die Fascisten hinstellte — ein klares Bekenntnis zur Monarchie ablegen¹⁾.

Jene Geste Mussolinis, der Eröffnungssitzung der Kammer ostentativ fernzubleiben, war nur ein Symptom, nicht einmal das stärkste, für die Spannung im fascistischen Lager. Als Giolitti im Sommer 1920 den Brotpreis erhöhte, wodurch das Budget von untragbaren Zuschüssen befreit wurde, waren die Fascisten teilweise Gegner dieser Maßnahme; es lag in der gleichen Linie, wenn ein Jahr später Anhänger Mussolinis allenthalben im Lande durch Gewaltakte Preisermäßigungen von der Wirtschaft zu erzwingen suchten²⁾. Nicht lange danach näherte sich Mussolini, der durch eine große Tageszeitung, das *Giornale d'Italia*, erklären ließ, der Fascismus wäre nicht zum Schutze des Privateigentums ausgezogen, den Führern des gemäßigten Sozialismus Turati, Modigliani, Treves. Im August kam zwischen Fascisten und Sozialisten der berühmte Waffenstillstandsvertrag zustande, der von den Unterhäuptern auf beiden Seiten sogleich sabotiert wurde. In jenen Tagen der Spannung sprach der temperamentvolle Philofascist Maffeo Pantaleoni, im Hinblick auf Mussolinis Fernbleiben von der feierlichen Eröffnungssitzung, die Versuche gewaltsamer Preisermäßigung und den Pakt mit dem Sozialismus, von den drei „gaffes Mussolinis“, die ihn im Lande um jeden Kredit gebracht hätten³⁾. Andere, wie der geistvolle Volpe, rieten damals höflich, doch nicht das Gemeinsame zu verkennen, was die junge fascistische Bewegung und die monarchische Tradition miteinander verbände⁴⁾.

Mussolini scheint den Gedanken, eine Kombination mit links zu versuchen, nur schwer aufgegeben zu haben. Sein Annäherungsversuch an den gemäßigten Sozialismus vom August 1921 blieb nicht der einzige. Ähnliche Bemühungen durchziehen seine Politik bis in den Anfang des Jahres 1923. Damals verschlang der Fascis-

1) Vgl. die zitierte Übersetzung der Rede Mussolinis S. 99 ff.

2) Beispiele für Bologna und Rom stehen bei Zibordi: l. c., p. 57 s.

3) *Bolscevismo italiano*, p. 207 ss.

4) Vgl. den offenen Brief Volpes an Mussolini: l. c., p. 250 ss.

mus die nach der Zahl der Parlamentsvertreter kleine nationalistische Partei mit ihren gebildeten Köpfen: Luigi Federzoni, Alfredo Rocco, Scipio Sighele, R. Forges-Davanzati und anderen. Das fertige nationalistische Programm dagegen zersetzte die letzten Reste des ursprünglichen Fascismus, soweit sie dem Nationalismus gefährlich werden konnten.

Mit großem taktischen Raffinement hatte Mussolini dem Fascismus durch mehr als zwei Jahre den Charakter einer bloßen Bewegung (*movimento*) gewahrt, ohne eine festgefügte Partei daraus zu machen. Eine spontane Bewegung gegen die Gefahren des Kommunismus, militärisch organisiert, doch unbelastet durch unverdauliche Programme, das entsprach der Psyche des aktivsten Teils seiner Anhänger. Es hatte zudem den unschätzbaren Vorteil, daß alle Personen, die an dem Vorgehen gegen Sozialisten und Kommunisten Gefallen fanden, mitmachen konnten, einerlei bei welcher Partei sie eingeschrieben waren. Die Mitläufer waren für die Erfolge nicht weniger wichtig als die bei den Verbänden Eingeschriebenen.

Von hier aus begreift man erst, daß die Bemühung Mussolinis, das Programm in undeutlichem Zwielficht zu lassen und von seinen Anhängern eine „aktiv-dynamische“ Haltung zu fordern, eine taktische Pointe hatte. Der Fascismus verdankte seine schnelle regionale Ausbreitung zwischen Mailand und Perugia der Tatsache, daß er die Eigenschaft des Chamäleons besaß, sich der jeweiligen Unterlage anzupassen. Der gemeinsame Gegner wurde klar erkannt, die positiven Inhalte verschoben sich jeweils nach den Bedürfnissen der Gefolgschaft. Die Hauptklasse, aus welcher sich die Anhänger rekrutierten, waren die *ceti medi*, deren reale Interessen und ideologische Bindungen verschieden waren. Das genügte schon, dem Fascismus einen regional verschiedenen Charakter aufzuprägen, der sich verschärfen mußte, als die Bewegung energisch in die oberen und unteren Klassen übergriff. Der Fascismus war agrarisch in den landwirtschaftlichen Provinzen, aber differenzierte sehr fein, je nachdem er in der Hauptsache Groß- oder Kleinbesitz vorfand. In der Emilia war die Bewegung eine Reaktion des Kleinbesitzes und der Pächter gegen die Tagelöhnerorganisationen, während sie sich in Sizilien mit dem Großgrundbesitz, in Oberitalien mit der großen Industrie ver-

band. Romantisch in Mailand und literarisch-studentisch in Florenz, färbte sie sich republikanisch in der Romagna, reaktionär in Modena. Der Katalog solcher einander widersprechender Züge ließe sich leicht vermehren¹⁾).

Mussolini befand sich im Herbst 1921 in einem Dilemma. Es gab eine Reihe von Momenten, die eine engere Zusammenfassung der Bewegung nahelegte. Mussolini hatte bei dem Versuch, mit dem Sozialismus im August Frieden zu schließen, den Unterführern gegenüber den Kürzeren gezogen. Er drohte damals ernstlich damit, in die Reihe der gewöhnlichen Fascisten zurückzutreten. Der Vorgang zeigte, wie die übrigen Zwiespältigkeiten des Jahres 1921, daß der Fascismus zu locker gefügt war, um eine gewichtige Waffe in der Hand des Führers zu sein. Die von den Nationalisten übernommenen Werte der Autorität und Hierarchie mußten zuerst auf den Fascismus selber angewendet werden. Für die Zusammenfassung der Kräfte in einer Partei sprach weiter, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 zum erstenmal die italienische Regierung unter Leitung Bonomis, eines Reformsozialisten, energisch gegen die fascistische Nebenregierung in den Provinzen Front machte. Eine disziplinierte Partei konnte sich besser wehren und erfolgreicher den staatlichen Verwaltungsapparat mattsetzen²⁾. Endlich war die Festigung der Bewegung ein Mittel, dem Fascismus über den toten Punkt, auf den er gekommen war, hinwegzuhelfen. Die Zeit des antirevolutionären Aktivismus war vorüber. Der Gegner lag am Boden. Man mußte zeigen, daß man nicht nur zerstören, sondern auch aufbauen konnte³⁾. Dazu war es notwendig, den Schwerpunkt der Bewegung allmählich von den Straßen und Plätzen in die Aula von Montecitorio zu verschieben. Aber die parlamentarische Gruppe schwebte in der Luft, solange sie nicht durch eine fest umrissene Partei im Lande gestützt wurde. Es wäre jedoch ohne Zweifel für Mussolini gefährlich gewesen, die straff gefaßte Bewegung mit einem klaren anwendungsfähigen Programm auszurüsten: jedes Programm bedeutet Festlegung und Absonderung. Damit war dem

1) Zibordi: l. c., p. 10 s.

2) Bernhard, Ludwig: Das System Mussolini, S. 30 f. Berlin 1924.

3) Diuturna, p. 352.

Fascismus, ehe er sein politisches Ziel erreicht hatte, nicht gedient. Es galt, die Aktionsfähigkeit in der Hand des Führers zu steigern, ohne durch feste Leitsätze, wie sie herkömmlich zu jeder Partei gehören, die Anhänger zu verwirren und den Zustrom an Sympathien zu verringern.

Der Novemberkongreß 1921 in Rom, wo die Umformung in eine Partei beschlossen wurde, zeigte offen die beiden Hauptströmungen innerhalb des Fascismus: die romantisch-nationale Richtung, deren Träger die städtische Intelligenz war, und die agrarische Strömung, welche die Verbände als Instrument ihres Kampfes gegen das ländliche Proletariat auffaßte. Die Auseinandersetzung wurde in einer Begeisterungs-Woge erstickt¹⁾. Der Beschluß, die Partei zu begründen, ging gegen die Opposition eines Teils der frühen Fascisten durch. Die neue Partei glich einer lebendigen Pyramide, in welcher sich der Wille des obersten Führers in allen Teilorganen durchsetzte²⁾.

Das in Rom gefaßte Programm war aus fast allen bestehenden zusammengestückt und enthielt darüber hinaus eine Fülle politischer Augenblicksziele. Es war vor allem eine Kampfansage an alle „antinationalen“ Parteien und brachte so die Bekräftigung für ein Wort Mussolinis, wonach auf der damals erreichten Stufe der Fascismus eine *forza negativa* (eine negative Kraft) darstellte³⁾. Arturo Labriola, in seiner stark dogmatischen Art, formulierte das Verhältnis des Fascismus zur politischen Umwelt so: er ist „zugleich antisozialistisch, antidemokratisch, antiliberal und sogar antikonservativ. Wenn er sich keiner dieser möglichen politischen Richtungen anschließt, was — bei Gott — ist er denn eigentlich“⁴⁾?

Die Antwort, welche Mussolini gab, wirft ein helles Licht auf seine Bewegung und auf ihn selber. Er mokierte sich über die Programmwütigkeit seiner Gegner. Programme gäbe es genug in Italien, sie seien zum guten Teil auf dem Papier geblieben; was haben sie dem Lande genützt⁵⁾? Der Fascismus ist nach einem

1) Lanzillo: l. c., p. 226.

2) Vgl. über die Einzelheiten Bernhard: a. a. O., S. 57 ff.

3) Diuturna, p. 367.

4) l. c., p. 32.

5) Diuturna, p. 369 ss.

Worte von Adriano Tilgher, das Mussolini beifällig aufgreift, „der absolute Aktivismus, auf politisches Gebiet verpflanzt“. „Alles, was ich in diesen letzten Jahren gesagt und getan habe, ist intuitiver Relativismus¹⁾.“ Die Entwicklung lief nicht vom Programm einiger weniger zur Partei der vielen, sondern es war ihre Eigenart, daß sie den umgekehrten Weg einschlug: von der losen Bewegung zur Partei und in viel späterem Stadium zum anwendungsfähigen Programm.

Aber selbst in dieser späteren Phase blieb Mussolini stets der Tatsache eingedenk, daß es etwas anderes gibt, das wirksamer als Programme die Masse zum Handeln antreibt. Er war Jünger Sorels; er hatte sich in Lausanne von der Soziologie Vilfredo Paretos beeinflussen lassen. Sorel hat mit Klarheit und Tiefe die Bedeutung des Mythos für den Ablauf der Geschichte hervorgehoben. Der Mythos ist nach ihm ein Mittel, auf das Geschehen in der Gegenwart einzuwirken. Ebenso wie die Mythen der französischen Revolution, des Risorgimento und des frühen Christentums den Anhängern ihr Handeln vorschrieben, so ist der Generalstreik, für den Meister die Quintessenz des Sozialismus, ein Mythos, der die Aktion des Proletariats in eine bestimmte Richtung zwingt²⁾. Es ist eine Frage für sich, ob der Inhalt des Mythos realisiert wird und realisierbar ist. Es kommt darauf an, daß sich die Handlungen der Jünger nach ihm „ausrichten“. Je tiefer eine Agitation die rationaler Erwägung unzugängliche Masse aufrühren will, desto mehr wird sie sich des Mythos bedienen. Das ist im Bolschewismus nicht anders als im Fascismus, dessen Taktik ohne dieses wesentliche Element unverständlich bleibt. Der Inhalt des Mythos kann wechseln. Er war bei Mussolini zunächst der „nationale Krieg“, später die „Größe des italienischen Volkes“ und „das römische Reich“. Diese Ziele wurden mit oft dunkeln Worten als Erfüllung aller nationalen Aspirationen angekündigt; es waren Zauberformeln, die den Scharen die geschlossenen, in sich widerspruchsfreien Programme ersetzen³⁾.

1) Diuturna, p. 375.

2) Réflexions, p. 182.

3) Hier ist die Stelle, mit zwei Worten das Verhältnis des Fascismus zu Vilfredo Pareto zu streifen, worüber falsche Ansichten im Umlauf sind. Es ist naiv anzunehmen, als ob Mussolini, der in Lausanne zu Paretos Füßen gesessen, von ihm die Kunst der Politik gelernt habe. Mussolini mag aus Paretos

VII.

Unter den zahlreichen Verneinungen, die der Fascismus predigte, stand in erster Linie die Negation des parlamentarischen Systems. Die Ablehnung stammte aus der Theorie Sorels und Corradinis. Der Satz Sorels: *le gouvernement par l'ensemble des citoyens n'a jamais été qu'une fiction*¹⁾, wurde in allen Tonarten von den Fascisten variiert. Dazu gesellte sich der Vorwurf, das Parlament sei technisch gar nicht in der Lage, seiner Aufgabe auf dem Gebiete der Gesetzgebung gerecht zu werden; es wäre viel zu schwerflüssig, dem raschen Gang des modernen Lebens nachzukommen, und hinke mit seiner Tätigkeit hinterher. Das öffentliche Leben finde seinen höchsten Ausdruck nicht mehr in den Sessionen der Volksvertretung, sondern ebensosehr in der Presse und in den Tagungen mächtiger Wirtschaftsverbände. Die Vernachlässigung der organisierten Interessen ist der schwerste Vorwurf, der gegen das Parlament erhoben

Schriften zu jener ametaphysisch-realistischen Betrachtung der Regierung, ihrer Träger und Mittel angeregt sein, wie sie die politischen Gedankengänge des großen Weisen durchdringt; weiter nichts. Von direkter Beeinflussung hat man nur reden können, weil Mussolini von Natur typischer Exponent jener Elite ist, welche nach Paretos Anschauung unter dem Deckmantel der verschiedensten Regierungssysteme als „herrschende Klasse“ der „beherrschten“ gegenübersteht.

Es ist eine andere Frage, wie weit Pareto den Fascismus gebilligt hat und — hätte er länger gelebt — gebilligt haben würde. Sein sogenanntes „politisches Testament“ (Testamento politico, Il Giornale Economico, p. 273 s. Roma, 25. Sept. 1923) nimmt Stellung zum Fascismus. Schon sein Antiparlamentarismus genügt zur Erklärung der positiven Einstellung Paretos. Er lobt die junge Bewegung, weil sie es in gleicher Weise verstehe, Gewalt anzuwenden (Partei-Miliz) und breite Zustimmung zu erhalten (Koalitionsregierung). Seine positiven Vorschläge laufen darauf hinaus, das Parlament in seiner damaligen Zusammensetzung zu erhalten, um die unter der Decke starke demokratische Ideologie und ihre Träger zu schonen, es jedoch gleichzeitig im Stile Napoleons III. faktisch zu entmachten. Er warnt entschieden vor der Überspannung des Bogens, vor allem vor der Beschränkung der Presse: man solle die Krähen krächzen lassen, aber unerbittlich sein in der „Ahnung der Taten“. Auf ökonomischem Gebiet war Pareto vermutlich die saubere Trennung von Staat und Wirtschaft sympathisch, wie der Fascismus sie ursprünglich propagierte, später jedoch nicht im geringsten verwirklichte. Vergleicht man die extreme Bahn, welche der Fascismus seit der Matteotti-Krise in der Behandlung von Presse, Vereinen, Parlament eingeschlagen hat, mit Paretos Richtlinien, so ist es gewiß, daß die Bewegung auf diesem Wege aus praktisch-politischen Erwägungen Paretos Billigung nicht gefunden hätte. Mit der heutigen Staatsmetaphysik des Fascismus hat Pareto ebensowenig zu tun wie mit dem „Korporativen Staat“. Die geistigen Grundlagen beider liegen ganz woanders.

1) Matériaux d'une théorie du prolétariat, p. 118.

wird; sie ist, nach Ansicht der Fascisten, schuld daran, daß nicht Sachkenner, sondern Demagogen in die Volksvertretung gewählt werden. Es ist charakteristisch, daß die fasci der Frühzeit „Fachgruppen“ (*Gruppi di Competenza*) enthielten, die von manchen Anhängern als Keime eines künftigen beruflich gegliederten Parlaments gedacht waren. Diese Gruppen haben sich später bei manchen Gelegenheiten, so in der Lösung der Schulfrage, wo sie eine abweichende Meinung vertraten, der Regierung Mussolinis als hinderlich erwiesen; sie sind sang- und klanglos von den fascistischen Gewerkschaften absorbiert worden.

Es ist für den politischen Aufstieg des Fascismus von Bedeutung, daß die Abneigung gegen das Parlament in breiten Schichten des italienischen Bürgertums geteilt wurde. Man erinnerte dort an das Versagen der Volksvertretung beim Ausbruch des Krieges, wo es der Hort des Neutralismus gewesen war, und an die unproduktiven Parteifehden der Nachkriegszeit. Die Skepsis gegenüber dem Parlamente reicht bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Pasquale Turiello, der ein bedeutendes Buch über das italienische Regierungssystem geschrieben hat, hielt es für ausgemacht, „daß es in seiner heutigen parlamentarischen Form nicht lebensfähig“ sei¹⁾.

Seit den Tagen Agostino Depretis', des *padre eterno*, wegen seines langen Bartes und der ewigen Amtsdauer, war es in Italien gewöhnlich, daß die Regierung künstliche Mehrheiten aus fast allen Gruppen der Kammer schuf und erhielt, indem sie die Wünsche der Deputierten und ihrer Wähler erfüllte. Um sich am Leben zu erhalten, war die Regierung genötigt, ständige Beziehungen mit den Abgeordneten, den politischen Organisationen, deren Exponenten sie waren, und oft sogar mit den Wählern selber zu unterhalten. Die geschmeidige Art, Krisen zu erledigen, indem man das Kabinett oder einige Minister opferte, selbst jedoch in der Macht blieb, erlaubte es gewandten Ministerpräsidenten, wie Depretis oder Giolitti, durch Jahre das Land zu beherrschen. Das Ganze war ein behendes Gaukelspiel für das Auge des Volkes. Politische Drahtzieher be-

1) *Governo e Governati in Italia*, vol. I, p. 329. Bologna 1889.

stimmten oft hinter den Kulissen die Dauer der Ministerien und gaben in der Kammer für Scharen von Abgeordneten den Ton an. Die Macht wurde tatsächlich geübt durch eine kleine Parlamentsoligarchie, die nach den Worten eines italienischen Autors „gleichsam Tanzkünste auf offener Szene vollführte . . ., die von der Gefolgschaft sogleich nachgeahmt wurden“¹⁾. Das italienische Parlament war mit Ausnahme von Republikanern, Sozialisten und Nationalisten nicht um Programme, sondern um Personen gruppiert. Es entstand dadurch ein Reichtum von Kombinationsmöglichkeiten, der sich bald für, bald gegen die Regierung auswirkte und der politischen Intrige großen Stils Tor und Tür öffnete. Es ist bekannt, wie zahlreiche repräsentative Politiker der Süden dem Lande geschenkt hatte, während die Intelligenz des Nordens sich mehr und mehr der Wirtschaft zuwandte. Die meridionalen Politiker haben die Clique des Südens mit ihrer Bindung zwischen Patron und Klienten in die Aula von Montecitorio übertragen.

Die Nachkriegszeit hatte das Gesicht des italienischen Parlaments von Grund aus verändert. Der Volksstimmung entsprechend mußten Parteien mit stark sozialem Gehalt an Bedeutung zunehmen. Das Proportionalwahlrecht, das aus der Ära Nittis stammte, war danach angetan, die Veränderung in der politischen Haltung des Volkes getreulich im Parlamente widerzuspiegeln. Zwei Parteien, deren Gefolgschaft nicht örtlich gehäuft war, sondern sich weithin über das Land verstreute, nahmen in der Kammer von 1919 fast die Hälfte aller Sitze ein. Es waren die Sozialisten und die katholische Volkspartei, die sich eben erst gebildet hatte. Damit wurden für die politischen Geschehnisse Italiens große Gruppen maßgebend, die sich weniger Personen, als vielmehr Programmen verschrieben hatten, so widerspruchsvoll und verworren diese auch sein mochten.

Der italienische Sozialismus war ein Koloß auf tönernen Füßen. Die starken Spannungen, die in seinem Schoße verborgen waren, hatte die Nachkriegszeit ans Tageslicht gebracht. Der gefährlichste Gegensatz bestand zwischen Gewerkschaftszentrale und Parteileitung; aber es gab auch einen Antagonismus zwischen dieser und der par-

¹⁾ Garlanda, Federico: La terza Italia, p. 295. Roma.

lamentarischen Vertretung, an deren Spitze Turati stand¹⁾. Die Spannung zwischen den verschiedenen Elementen der sozialistischen Bewegung blieb nicht ohne Wirkung: sie machte die revolutionäre Methode nach dem Kriege zu einem widerspruchsvoll und unsicher gehandhabten Werkzeug.

Der Fascismus zeigte von vornherein seine politische Überlegenheit, indem er nach Kräften alle möglichen Abspaltungen verhinderte. Der autoritär-hierarchische Aufbau der Partei wurde schon gestreift. Die fascistischen Syndikate waren, ähnlich den bolschewistischen Gewerkschaften, statutenmäßig nichts anderes als „eine Macht des Fascismus“. Der Nationalkongreß (*Congresso Nazionale*) war formell ihre höchste Instanz; aber das Exekutivorgan, welches vom Präsidenten ernannt wurde, hatte das Recht, vor dem Zusammentreten des Kongresses seine Mitgliederzahl zu beschränken, und konnte so jede Opposition im Keime ersticken²⁾. Der Präsident, der tatsächlich alle Macht in seiner Person vereinigte, wurde formell gewählt, tatsächlich ist Edmondo Rossoni von Mussolini ernannt worden. Die Mitgliedschaft bei einem Syndikat bedeutete nicht die Zugehörigkeit zur Partei: diese mußte viel höhere Ansprüche an die Disziplin der Mitglieder stellen, um ihre politischen Zwecke zu erreichen.

In dem gleichen Verhältnis, wie der Fascismus seine Kräfte zentralisierte, fiel die sozialistische Partei nach dem unglücklichen Ausgang der großen Fabrikbesetzung auseinander. Auf dem Kongreß von Livorno im Januar 1921 hatten sich der rechte revisionistische und der linke kommunistische Flügel so scharf herauskristallisiert, daß die Abspaltung der Leninisten, die sich der Moskauer Internationale anschlossen, erfolgen mußte. Als während der Parlamentskrisen des Jahres 1922 der demokratisch-revisionistische Flügel Lust verspürte, sich an der Kabinettsbildung zu beteiligen, kam es zum Bruch mit jenem Teil der Parteigenossen, welche sich nicht entschließen konnten, den Klassenkampf und die Diktatur des Prole-

¹⁾ Ein Beispiel: Giolitti (*Memorie* vol. II, p. 595) erzählt, daß die Parlamentsvertretung seine Gründe für die Erhöhung des Brotpreises vollkommen eingesehen habe, aber durch die Parteileitung zur Obstruktion gezwungen worden sei.

²⁾ Vgl. die Artikel 12 und 15 ff. des Statuto della Confederazione delle Corporazioni Sindacali. Es ist abgedruckt bei Avarna di Gualtieri: l. c., p. 213ss.

tariats aus ihrem Wortschatz zu streichen, aber gleichwohl nicht zu Aktionen an der Seite der Kommunisten übergangen. Diese letzte Zerschlagung der sozialistischen Partei in Unitarier und Maximalisten erfolgte im Herbst 1922, kurz bevor die Likatorenbeile der fasci vor den Mauern der ewigen Stadt aufblitzten. Hätte sich die sozialistische Rechte früher dazu entschlossen, an der Kabinettsbildung mitzuwirken, so wäre die fascistische Revolution vielleicht vermieden worden.

Die italienischen Katholiken hatten seit der Begründung des Königreichs eine lebhaft und erfolgreiche Tätigkeit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete entwickelt. Nach Kriegsende gab es eine weitverzweigte Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung, deren Spitzenverbände engen Kontakt miteinander hielten. Der Gründung einer Partei auf italienischem Boden stand der Wille des Vatikans entgegen. Mit dem Kriege änderte sich die Haltung der Kurie in dieser Frage, und die italienische Volkspartei durfte im Jahre 1919 begründet werden. Sie umspannte auch die Kräfte der von Pius X. verfolgten christlichen Demokratie. Ebenso wie beim deutschen Zentrum erstreckte sich der Kreis der Popolari über verschiedene soziale Schichten: von der Aristokratie über höheres und mittleres Bürgertum bis in breite Arbeiterschichten hinein. Vor allem war es der Partei gelungen, auf dem platten Lande, wo eine genossenschaftliche Bewegung vorgearbeitet hatte, große Teile der politisch apathischen Kleineigentümer und Pächter an sich zu ziehen. Zur Überraschung Italiens gingen die Popolari bei den ersten Wahlen nach dem Proportionalwahlrecht als zweitstärkste Kammergruppe aus dem Kampfe hervor.

Die Volkspartei hatte sich 1919 ein Programm gegeben. Es enthielt eine eigene Note durch das Bekenntnis zur christlichen Ethik, der „Hüterin des nationalen Lebens und der Volksfreiheiten“, und durch das Postulat uneingeschränkter Freiheit für die Kirche bei der Ausübung ihres geistlichen Amtes¹⁾. Das Programm war in vielem den ursprünglichen demagogischen Forderungen der Fascisten recht ähnlich. Beide verlangten Ausdehnung der Selbstverwaltung, der

¹⁾ Das Programm ist vollständig abgedruckt bei Ernesto Vercesi: *Il Movimento cattolico in Italia*, p. 150 ss. Firenze 1923.

Sozialversicherung, der öffentlichen Gesundheitspflege; Abschaffung der Geheimverträge, der Wehrpflicht und internationale Entwaffnung. Zudem betonten die Popolari den korporativen Gedanken und wollten die organisierte Klasse politisch zur Geltung bringen; man dachte daran, den Senat berufständisch umzubilden. In der Forderung, das berufliche Element bei der politischen Repräsentation zu berücksichtigen, traf man sich mit dem Grundgedanken von Syndikalisten und Nationalisten. Das verwandte Postulat, Fachgruppen mit legislativer Kompetenz aus Berufskörperschaften entstehen zu lassen, ging später in das Statut der fascistischen Verbände über. Die Quelle des korporativen Gedankens innerhalb des Programms der Popolari war die organisch-ständische Staatsauffassung der Kirche, die in Giuseppe Toniolo einen die katholische Bewegung in Italien lebhaft beeinflussenden Verfechter gefunden hatte.

Die Volkspartei war zwischen 1919 und 1922 eine gefährliche Konkurrenz für den Fascismus. Sie beging unter Don Sturzos Führung den taktischen Fehler, sich allzusehr festzulegen. Das galt besonders von der Agrarpolitik. Ein Programmpunkt, der durch die Anhängerschaft des platten Landes motiviert wurde, war der Schutz des kleinen Eigentums und die Aufteilung der Latifundien. Der Fascismus versprach ähnliches; aber in seinen Leitsätzen von 1921 findet sich der Zusatz, nur dort solle das Kleineigentum gefördert werden, wo es sich „vom Standpunkte der Produktivität rechtfertigen lasse“¹⁾. Dieser Unterschied ist charakteristisch. Die Popolari entwickelten sich in der kritischen Zeit methodisch nach links und fanden nicht, wie Mussolini, Formeln und Ziele, unter denen sich alle Anhänger zusammenfassen ließen. Das war verhängnisvoll: denn der Keim zur Spaltung lag von Anbeginn an in der heterogenen Zusammensetzung der Partei, welche gleichzeitig einen Konservativen wie Meda und einen religiösen Kommunisten wie Miglioli in sich schloß. Ebenso unzweckmäßig wie die Linksrichtung der Popolari war die Taktik, welche die parlamentarische Vertretung in der Zeit des fascistischen Aufstiegs verfolgte. Man trieb

¹⁾ Villari: l. c., p. 138.

in der Kammer eine unbeständige Politik egoistischer Interessenverfolgung und stürzte im Juli 1922 sogar das erste Ministerium Facta, obwohl sich Mitglieder der eigenen Partei darin befanden.

Etwa die Hälfte der Abgeordneten des italienischen Nachkriegsparlaments war an Programme gebunden und an den Ablauf von Massenbewegungen, die sich außerhalb der Aula von Montecitorio abspielten. Die Kammer war nicht mehr das gefügte Werkzeug, wie es Giolitti durch Jahre mit Virtuosität gehandhabt hatte. Davon mußte sich der greise Staatsmann überzeugen, als er im Juni 1920 das Staatsruder übernahm. Das taktische Spiel des alten Zauberers mit dem Ziel künstlicher Mehrheitsbildung versagte. Die Neuwahlen vom Frühjahr 1921 sollten dem alten Italien wieder zum Durchbruch verhelfen. Giolitti faßte die demokratisch-liberalen Gruppen im Bürgerblock zusammen und schloß die Fascisten nicht aus, die eine reale Kraft im Lande darstellten und deshalb im Parlament ein „Ventil“ haben mußten¹⁾. Er hoffte vergeblich, auf diese Weise die Bewegung auf die Bahn der Legalität zu lenken. Kurz nach den Wahlen, welche dank dem Proportionalwahlrecht Sozialisten und Popolari in ungefähr gleicher Stärke nach Montecitorio zurückbrachten, trat Giolitti zurück. Der Anlaß war die Abwendung des rechten Flügels der Liberalen und der Fascisten von seiner Außenpolitik; aber dahinter stand die Weigerung der Popolari, ihm die nötigen Vollmachten zu gewähren, den italienischen Verwaltungsapparat von überflüssigen Beamten zu säubern²⁾.

Das Versagen des alten Routiniers war der Anfang vom Ende für den italienischen Parlamentarismus. Auf ihn folgten bis zum Staatsstreich Mussolinis stets schwächer werdende Kabinette. Während das Land von wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen geschüttelt wurde, befand sich die Exekutive im Zustande chronischer Krise. Die undisziplinierte Fehde unter den Parteien verhinderte planvoll die Bildung einer kräftigen Regierung. Als Mussolinis *cohortes lictoriae* den Schlag führten, war die Zersetzung parlamentarischer Autorität so weit gediehen, daß Italien, auch außerhalb der fascistischen Reihen, diese Tat als den Sieg lebendiger Volkskraft emp-

1) Giolitti: l. c. vol. II, p. 610.

2) Giolitti: l. c. vol. II, p. 611 ss.

fand über ein absterbendes, kurzfristig-eigensüchtiges System, das sich unfruchtbar im Kreise drehte.

Die Abneigung des italienischen Volkes gegenüber dem Parlamente in jener Phase seiner Geschichte, wo der Fascismus hoch kam, macht es erklärlich, weshalb Mussolini seine Polemik gegen die Kammer ständig verschärfen konnte. Kurz vor dem Marsch auf Rom verhöhnte er das Haupt des Kabinetts, den kleinbürgerlichen Facta mit den goldenen Denkmünzen an der Uhrkette, den ewigen Abgeordneten von Pinerolo, in einem beißenden Artikel voll Sarkasmus und überlegener Angriffslust¹⁾). Das war der Auftakt. Nach dem Staatsstreich konnte er der verschüchterten Kammer das böse Wort entgegenwerfen, „er hätte aus diesem dumpfen und grauen Saal auch ein Biwak für seine Truppen machen können“²⁾).

VIII.

Als sich Lenin zum Diktator Rußlands aufschwang, hielt er ein fertiges Programm in Händen, das jeder, der seine Schriften gelesen hatte, kannte. Er war dogmatisch an Marx gebunden; „nirgends sind bei ihm die konstruktiven Gedanken über den von Karl Marx gezogenen Rahmen hinausgeführt worden“³⁾). Mit der ideologischen Härte verband sich bei Lenin eine ungewöhnliche Elastizität in der Wahl seiner Mittel. Aber seine Kompromisse mit der Wirklichkeit — auch seine berühmte „Neue Wirtschaftspolitik“ — waren nur Rückzugsmanöver, wie sie der Stratege anwendet, um durch erneuten Vormarsch zu gegebener Zeit desto sicherer den Endsieg zu erringen. Hinter der mit unerhörter Energie festgehaltenen Aufgabe verschwand der Mann wie hinter einem dichten Schleier, der sich im Laufe der Zeit kaum gelüftet hat.

Das Verhältnis von Ideologie und Wirklichkeit war anders bei Mussolini. Ein anwendungsfähiges Staats- und Gesellschaftsprogramm brachte er nicht mit. Seine erste Rede als Ministerpräsident enthielt davon kein Wort. Er war nicht wie Lenin besessen

1) Diuturna, p. 468 ss.

2) Mussolini: La Nuova Politica dell' Italia, vol. I, p. 9. Milano 1923. Es ist dies der erste Band von Mussolinis Rede.

3) Wiedenfeld, Kurt: Lenin und sein Werk, S. 23. München 1923.

von einem Programm. Auf dem Grunde seines Wesens lag napoleonischer Machttrieb und der Wille, Italien mit seiner Bewegung zu beherrschen, ein Satz, den er vor dem Marsch auf Rom immer wieder in die Menge schleuderte. Die Skepsis Mussolinis gegenüber festen Programmen war nicht nur eine Taktik, welche die Ausbreitung seiner Bewegung ermöglichte, sie lag ebenso in seinem wie in dem Wesen der meisten Italiener. Die beiden größten programmgebundenen Parteien der Nachkriegszeit, Sozialisten und Popolari, waren charakteristischerweise nach deutschem Vorbild modelliert. Der Fascismus dagegen war ein echtes Kind Italiens in seiner Exaltation der Führerqualität, die jede Grenze überspringt und ihrem Träger den Titel *Duce* eingetragen hat, ein Wort, das sich in seinem ganzen Bedeutungsgehalt wohl in keiner anderen Sprache wiedergeben läßt. Der Heroenkult, welcher in dieser Bezeichnung mitschwingt, hat auf der Apenninhalbinsel keineswegs Prinzipientreue zur Voraussetzung; der Italiener wünscht seinen politischen Führer „beweglich“ und „durchtrieben“ (*scaltro*). Daß Giolitti diese macchiavellistischen Eigenschaften im höchsten Grade besaß, ist nicht der geringste Grund, weshalb er sich so lange an der Macht halten konnte.

Die revolutionäre Methode, die Mussolini den Staat in die Hände spielte, soll uns nicht ausführlich beschäftigen. Man beachte dabei, daß sie nicht originell war, sondern sich auf Erfahrungen stützte, deren Elemente die reiche revolutionäre Praxis seit 1789 Europa geliefert hatte. Die gewaltsame Eroberung der Macht innerhalb des modernen Staates durch eine Partei ist zudem ein Vorgang, der wegen seiner Gleichartigkeit überall verwandte Züge aufweisen wird. Spezifisch italienisch waren Mussolinis *squadre*, die bewaffnete Partei hat Salandra einmal den Fluch des Landes genannt. Zwischen 1920 und 1922 überzog sich der Boden Italiens mit Kampfgeschwadern aller Art, welche von zahlreichen Gruppen, den Sozialisten, Republikanern, Nationalisten und der sardinischen Bauernpartei formiert wurden; die fascistischen Stoßtrupps waren die am besten geleiteten. Das Vorschieben von Zellen in staatliche und private Betriebe, in Verwaltungen, aufs platte Land und auf die Straße, war ein Mittel, dessen sich die kommunistische Agitation zur Ver-

breiterung ihrer Bewegung ebenso bedient hatte wie die Jünger D'Annunzios. Die Kommunisten wenden die Zellentaktik heute in Italien an und verzeichnen stolz ihre reichen Erfahrungen an „illegaler Arbeit“¹⁾. Solcher Erfahrung konnte sich Mussolini in der Zeit seines Aufstiegs nicht rühmen, da trotz der mannigfach nuancierten Gewalttätigkeit im Stile Sorels, womit seine Bewegung vorging²⁾, Giolitti sich entschlossen hatte, diese Akte nicht als illegal anzusehen. Den interessantesten Bestandteil seiner revolutionären Taktik enthüllte der Duce, als er in einer der großen Reden, die den Marsch auf Rom vorbereiteten, von den zwei Staaten in Italien sprach, dem fascistischen und liberalen, zwischen denen die Auseinandersetzung kommen müsse³⁾. Der fascistische Nebenstaat hatte sich mit seinen Funktionären allmählich in den legalen Staat eingefressen: neben dem Gemeinderat stand der örtliche fascio, neben dem Präfekten der Sekretär der fascistischen Provinzialorganisation, neben der regulären Polizei der Kampfverband Mussolinis. Der neue Machtapparat hatte sich in verschiedener Weise in den italienischen Staat hineingeschlungen, teils ihn ersetzend oder auf dem Sprunge, ihn im gegebenen Augenblick beiseite zu drängen, teils seine Kräfte zu sich herüberziehend. Das Ganze hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit dem *état postiche*, dem *état surnuméraire* der französischen Revolution, welcher — so heißt es bei Sorel, der ihn der Nachahmung empfiehlt — „sich als legitime Macht betrachtet, ehe er legale Macht wird“⁴⁾.

Das heutige Statut der Fascisten enthält den charakteristischen, durch manche Rede Mussolinis erhärteten Satz: *l'atto precedette sempre la norma*. Gemäß dieser Feststellung bestand ein sehr wichtiger Teil der revolutionären Methode stets darin, zunächst die tatsächliche Herrschaft aufzurichten und diese dann formell anerkennen zu lassen. Der Marsch auf die Hauptstadt war ein formaler Akt, Rom hatte schon vorher kapituliert. Jenes Verhältnis zwischen

1) Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, 1925/26, S. 843. Hamburg 1926.

2) Bernhard: a. a. O., S. 33ff. Die *spedizione punitiva* (Strafexpedition) war ein Rückfall in Methoden des österreichischen Polizeiregimes in der Lombardei.

3) Vgl. die Übersetzung der Reden Mussolinis: a. a. O., S. 114 ff.

4) *Réflexions*, p. 254.

fait accompli und Normierung, wie es sich im neuen Parteistatut ausspricht, wurde nach der Machtergreifung ein Bestandteil des innenpolitischen Systems. Das ist wichtig. Das Parlament wurde rechtlich entmachtet, nachdem es politisch nichts mehr bedeutete. Mussolini stellte seine Diktatur auf ein Gesetz, nachdem er sie drei Jahre lang praktiziert hatte. Freimaurerlogen und nichtfascistische Gewerkschaften wurden verboten, als ihre Organisationen durch unausgesetzten fascistischen Terror schon so gut wie vernichtet waren. Der Prozeß der Mediatisierung des Staates durch die Partei vollzog sich in der Hauptsache nach diesem Schema.

Vorläufig war Mussolini noch nicht soweit. Die wichtigste Aufgabe nach der Machtergreifung lag darin, sein Verhältnis zur Partei und zu den Mächten des alten Italiens neu zu bestimmen.

Es war ein geschickter Schachzug, die Freischaren, die ihre Schuldigkeit getan hatten, aufzulösen und die gefügigen Elemente in einer neuen Miliz zusammenzuschließen, die eine eigene Hierarchie von Kommandostellen erhielt und von der Partei abgelöst wurde. Am Aufbau der Partei selber wurde grundsätzlich nichts geändert; ein so wichtiges Organ wie der Große fascistische Rat ist jedoch erst nach dem Staatsstreich hinzugefügt worden. Seinen Anhängern gegenüber war Mussolinis Position dadurch gekräftigt, daß er sie von jetzt ab widerstandslos in den Verwaltungsapparat, in Heer und Diplomatie einschieben konnte. Er schonte dabei in ganz anderer Weise als die Bolschewisten die Beamten des alten Regimes, deren technische Erfahrung er nicht entbehren konnte. War so die Stellung des Regierungshauptes der Partei gegenüber stärker als vordem, so hatte das Verhältnis zwischen beiden gleichwohl seine gefährlichen Klippen. Zunächst war es schwierig, die für Verwaltungsposten und sonstige Staatsämter geeigneten Anhänger aus der großen Zahl der Bewerber auszuwählen; weiter komplizierte sich die schon immer delikate Aufgabe des Führers, Abspaltungen zu verhindern. Es ist psychologisch leicht verständlich, daß in einer Partei, die ihr Ziel erreicht hat, verschiedene Strömungen sich ausbilden, die so lange verdeckt bleiben, als die Bewegung noch vor dem Berge steht. Nach der Verschmelzung mit dem Nationalismus kristallisierte sich innerhalb des Fascismus ein rechter Flügel mit der

Spitze in Federzoni, welchem Großindustrie und Haute finance nahestanden; er wünschte sehnsüchtig die Aussöhnung mit dem Vatikan. Auf der äußersten Linken stand Roberto Farinacci, der Typ des fascistischen Provinzhäuptlings, dessen Herrschaft in Cremona sich auf ländliche Elemente, Kleineigentümer und Pächter, gründete; diese Strömung war ohne politische Ideen, sie wollte die Revolution verewigen, um ihre Früchte zu genießen¹⁾. Der Repräsentant des gewerkschaftlichen Fascismus war Edmondo Rossoni, der die gesamte berufstätige Bevölkerung in Syndikaten zusammenfassen und diese zur Basis für die politische Vertretung machen wollte; es war klar, daß sein „integraler“ Syndikalismus auf Widerstände bei der Großindustrie stoßen mußte. Über keinen sozial abzugrenzenden Anhang verfügte der fascistische Revisionismus mit seinen Häuptern Giuseppe Bottai und Massimo Rocca, welche die Gewalttätigkeit verwarfen und sich nach dem Siege für die Entwicklung einer Doktrin einsetzten, deren Mitte berufständische Gebilde einnahmen, die den alten *états généraux* ähnlich waren²⁾. In revisionistischen Kreisen fand sich eine Kritik an der Regierung, die selbst vor der Parteispitze nicht halt machte und heute unmöglich wäre. Aber diese Hauptströmungen haben trotz ihrer zum Teil heftigen Gegensätze das Parteigefüge nicht auseinandergerissen. Das lag sowohl an dem gemeinsamen Interesse der neuen Herrschaft, als an der eisernen Disziplin Mussolinis, die nichts anderes war als das Sorelsche Gewaltprinzip in seiner innerparteilichen Auswirkung. Obwohl die Freiheit der lokalen Verbände, ihre Angelegenheiten zu ordnen, damals viel größer war als späterhin, so scheute die Parteileitung nicht davor zurück, widerspenstige fasci mehrfach im Laufe eines Jahres aufzulösen und neu zu begründen.

Es lag im Stil von Mussolinis Taktik, die Kontinuität mit der Vergangenheit so lange zu wahren, wie der Fascismus noch nicht in die Tiefe der Nation eingedrungen war; dafür sprach auch, daß die

¹⁾ Zur Charakteristik Farinaccis vgl. das zitierte elegant geschriebene Buch Prezzolinis: p. 125 ss.

²⁾ Diese Kreise waren auch die ideellen Träger der erwähnten Gruppi di competenza. Ihr Organ war die Critica Fascista. Vgl. den redaktionellen Artikel in der Nummer vom 15. VIII. 1924.

Bewegung, ähnlich wie der deutsche Sozialismus nach der November-Revolution, nicht über eine genügend große Zahl geschulter Kräfte, den Staat zu regieren, verfügte. Endlich war dies der Wille der Majorität des Landes, die sich zwar freute, eine „starke Regierung“ zu haben, aber grundstürzenden politischen Neuerungen abhold war.

Am Abend des Sieges machte Mussolini endgültig Frieden mit dem Hause Savoyen. Er bildete nicht, wie die Heißsporne erwarteten, ein rein fascistisches Kabinett, sondern griff zu einer Koalitionsregierung, bei der weder Liberale noch Popolari noch demokratische Soziale fehlten. Die Nationalisten, deren Häupter über den Marsch nach Rom scheinbar nicht beglückt gewesen waren, traten gleichfalls in die Regierung ein.

Die Haltung der bürgerlichen Führer in der Kammer war größtenteils dadurch bestimmt, daß die Wähler schon optiert hatten. Der rechte Flügel der Popolari, die Nationalisten, demokratische Soziale, der größte Teil der Liberalen folgten Mussolini unbedingt. Eine gewisse Zurückhaltung legten die links gerichteten Giolittianer an den Tag; gleichwohl hatte im ersten Ministerium Mussolinis ein Anhänger Giolittis, Teofilo Rossi, das Handelsministerium übernommen. Von Anfang an feindlich waren die liberaldemokratischen Gruppen um Giovanni Amendola, einen ehrenwerten Ideologen, den Leiter des *Mondo*, und um Senator Albertini, mit dem sich Mussolini, wie man sagte, persönlich verfeindet hatte. Er leitete den *Corriere della Sera* und damit diejenige italienische Zeitung, welche die Stimmung im Auslande am wirkungsvollsten beeinflusste.

Das politische Gewicht, welches den drei Expräsidenten Giolitti, Salandra und Orlando zukam, zwingt dazu, ihre Haltung gegenüber dem jungen Regime gesondert zu betrachten. Sie erteilten zwar dem neuen Zustande ihr Placet, aber die Zustimmung war recht verschieden schattiert. Giolitti hielt sich zurück. Er war tief verärgert, seitdem im Frühjahr 1922 die Kabinettsbildung unter seinem Vorsitz an dem Veto des Führers der katholischen Volkspartei gescheitert war¹⁾; diese Erfahrung mochte sein Urteil über

1) Don Sturzo hat in Abrede gestellt, damals den Ausschlag gegeben zu haben, a. a. O., S. 98. Er unterschätzt den Einfluß, den er in seiner Partei besaß.

die italienische Parlamentspolitik der Nachkriegszeit mitbestimmen. Er wünschte zwar die Rückkehr normaler Zustände, machte jedoch den Zusatz, eine liberale Staatsform habe ihre Unzuträglichkeiten und eine Diktatur sei, vorübergehend, vorzuziehen¹⁾. Orlando, der Ministerpräsident des Sieges, äußerte sich kurz nach dem Gewaltstreik ähnlich; er wies hin auf die Diktatur im alten Rom, vor der er keine Furcht habe, solange sie „ausnahmsweise Konzentration der Kräfte für eine vorübergehende Ausnahmezeit bedeute“²⁾. Antonio Salandra, das Haupt der liberalen Rechten, der Hüter liberaler Tradition im Stile Camillo Cavour, trat vollständig auf die Seite des Fascismus³⁾. Die Gegner von Liberalismus und Fascismus seien die gleichen. Das Ziel, die Größe Italiens, wäre beiden gemeinsam. „Die Regierung stehe nicht außerhalb der Verfassung.“ Salandra unterscheidet scharf zwischen Konstitution und parlamentarischen Gepflogenheiten. Die Verfassung ist unverletzt: der König selbst hat Mussolini zur Bildung der Regierung berufen. Beide Zweige des Parlaments haben ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. Dabei wird nur verschwiegen, daß der König zunächst ihn selber, Salandra, mit der Führung des Kabinetts beauftragen wollte, aber unter dem Druck Mussolinis zurückgewichen ist. Der altliberale Staatsmann verschweigt weiter, daß Kammer und Senat durch die bewaffneten Scharen des Fascismus in Schach gehalten wurden. Allerdings — das alte Ministerium ist nicht durch ein Kammervotum gestürzt, das neue nicht von einer Parlamentsmehrheit präsentiert worden; aber damit wurde keine Verfassungsbestimmung angetastet, sondern nur der parlamentarische Brauch unterbrochen. Der elastische Politiker mag später seine Unterscheidung zwischen Verfassung und parlamentarischem Brauch, die keinerlei Stütze in der politischen Tradition des Landes hatte, bereut haben. Für den Augenblick gab seine Deutung, die den Staatsstreik einfach übersah, den *liberali puri* — den unverfälschten Liberalen — die Möglichkeit, die Brücke zu betreten, welche Mus-

¹⁾ Vgl. das Zitat aus einer Rede Giolittis bei Labriola: l. c., p. 127 s.

²⁾ Vgl. das Zitat aus einer Rede Orlandos bei Gustavo Ingrassio: *La Crisi dello Stato*, p. 173. Napoli 1925.

³⁾ Salandra, Antonio: *Liberalismo e Fascismo*. Milano 1924.

solinis Taktik durch Schonung der überkommenen Mächte zwischen dem alten und neuen Italien geschlagen hatte.

Die Kontinuität zwischen alter und neuer Regierung, so trügerisch sie auch war, lag nicht bloß in der Berufung Mussolinis durch den König und dem von den beiden Häusern gespendeten Vertrauen, wie Salandra hervorhob. Es kam hinzu, daß Mussolini seine Rekonstruktionspolitik auf Vollmachten aufbaute, die für die Dauer eines Jahres durch ein Gesetz übertragen waren. Darin lag nichts ungewöhnliches; das Ministerium des Krieges hatte sie 1915 besessen, Giolitti war 1921 zurückgetreten, weil er es für aussichtslos hielt, sie zu erlangen. Es war jedoch ein Irrtum, wenn in Italien und im Auslande allgemein angenommen wurde, diese Vollmachten, die sich nach dem Wortlaut des Gesetzes auf die Neuordnung des Steuerwesens und den Abbau allzu ausgedehnter Staats-tätigkeit bezogen, wären „unumschränkte“ (*pieni poteri*) gewesen. Richtig war nur, daß die gesteckte Grenze durch das fascistische Regime sogleich überschritten wurde¹⁾. Eine wahre Flut von Gesetzdekreten (*decreti-legge*) ergoß sich über das Land, auch als die Vollmachten längst erloschen waren. Darin hat das Ausland ein Symptom fascistischer Diktatur sehen wollen. Das ist wieder unrichtig. Die *decreti-legge* waren ein normales Requisite für jede Regierung in Italien schon vor dem Kriege. Die Grenzlinie zwischen Exekutive und Legislative war dort nie genau beobachtet worden, wie in anderen parlamentarischen Ländern, etwa in Frankreich. Einerseits mischten sich die Abgeordneten zugunsten prominenter Wähler in alle Zweige der Verwaltung ein, andererseits griff die Regierung mit Gesetzdekreten in die Kompetenz der Volksvertretung über. Es waren nicht ungewöhnliche, nur besonders krasse Fälle, daß in Italien das Strafrecht und das Wahlgesetz von 1882 durch königliche Verordnungen eingeführt waren²⁾. Nicht mit Unrecht hat man darauf hingewiesen, daß in breiten, bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts absolutistisch regierten Teilen des Landes das Gefühl der Staatsallgewalt durch die Übergriffe der Kabinette, be-

¹⁾ Ingresso, Gustavo: l. c., p. 135 ss.

²⁾ Lowell, A. L.: Governments and parties in continental Europe, vol. I, p. 165 s. London 1896.

sonders während des Krieges, lebendig erhalten wurde; es war dies für die psychische Vorbereitung der Diktatur Mussolinis von Bedeutung. Daß die Abschaffung der *decreti-legge* ehemals eine Forderung des Fascismus gewesen war, ist ein neuer Beweis seiner in der Zeit des Wachstum erstaunlichen Labilität.

Der Expräsident Salandra hatte zugeben müssen, daß der alte parlamentarische Brauch in Italien durch das fascistische Experiment empfindlich gestört war. Noch in einem anderen Punkte wurde, weithin sichtbar, die sonst kunstvoll festgehaltene Kontinuität unterbrochen. Die Kammer hatte bisher das absolute Übergewicht vor dem Senate gehabt. Von ihr allein waren die großen Linien in der Politik ausgegangen. Das lag weniger an der albertinischen Charte; es war vielmehr eine Konsequenz des parlamentarischen Systems. Mussolini differenzierte von Anfang an deutlich zwischen den beiden Zweigen des Parlaments. Während er die Deputierten schroff von oben behandelte, sagte er den ehrwürdigen Senatoren, als er sich ihnen als Ministerpräsident vorstellte, einige Schmeicheleien und versicherte ihnen, er sehe im Senat „ein notwendiges Organ für eine gerechte und umsichtige Verwaltung des Staates“¹⁾. Es war noch nicht drei Jahre her, daß die Gründungsversammlung in Mailand verkündet hatte, der Senat werde abgeschafft. Hinter diesem Gesinnungswechsel stand nicht bloß eine politisch-taktische Erwägung, sondern auch die aufkeimende, später mit Energie vertretene Meinung, der Senat, der auf königliche Ernennung zurückging, sei ein Organ fachlichen Wissens und verkörpere wegen des Alters seiner Mitglieder die Tradition des Landes. Eine fascistische Staatsdenkschrift hat drei Jahre danach die These des „Gleichgewichts zwischen beiden Körperschaften“ vertreten. Dennoch sollte dem Diktator aus der Mitte des Senats in entscheidender Stunde herbere Kritik entgegenklingen als aus dem Abgeordnetenhouse, das inzwischen allerdings seine Zusammensetzung von Grund auf verändert hatte.

¹⁾ La Nuova Politica dell' Italia, vol. I, p. 17.

IX.

Das Gesetz, nach welchem das italienische Volk am 6. April 1924 an die Wahlurne trat, ist einer der schwersten Schläge, der jemals den Parteien eines Parlamentes von einer Regierung zugefügt worden ist. Sein Inhalt ist kurz folgender: Das ganze Königreich wurde ein einziges Wahlkollegium. Diejenige Liste, welche mindestens 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte, hatte ein Anrecht auf zwei Drittel der Kammersitze, also auf 356 Mandate. Die Reste der Sitze wurden auf die übrigen Parteien so verteilt, daß man die Zahl der auf jede Partei fallenden Abgeordneten proportional zu den abgegebenen Stimmen berechnete. Nicht uninteressant war die Neuerung, wonach das Alter der Wahlfähigkeit von 30 auf 25 Jahre reduziert wurde; sie war deshalb charakteristisch, weil der Fascismus, ebenso wie der Bolschewismus, sich bewußt auf jüngere Altersschichten stützt als die Regierung, welche er ablöste.

Mussolini hat im März 1923 in der *Gerarchia*, der wichtigsten und ältesten fascistischen Monatszeitschrift, einen Aufsatz geschrieben, worin er die These verfißt, es habe niemals in der Geschichte eine Regierung gegeben, die sich ganz auf die Zustimmung der Regierten gestützt und auf jede Gewaltanwendung verzichtet hätte¹⁾. Diese Ansicht hat unzweifelhaft in der Erfahrung ihre Stütze. Sie war aus Paretos Soziologie geschöpft, wo der lapidare Satz steht: *In tutta la storia appaiono consenso e forza come mezzi di governo*²⁾. Die ersten Jahre von Mussolinis Diktatur sind eine eigentümliche Mischung jener beiden Elemente: bald wird Gewalt angewendet, bald um Zustimmung geworben. Das Wahlgesetz und seine praktische Durchführung zeigen beide Seiten dieser Taktik.

Während für den konsequenten demokratisch-parlamentarischen Politiker das Wahlrecht den Sinn hat, die Kammer zu einem getreuen Abbild der politischen Stimmung des Landes zu machen, wie Arturo Labriola der Reform gegenüber hervorhob³⁾, war es der

¹⁾ Vgl. Mussolinis Aufsatz: *Forza e Consenso*, Märzheft 1923 der *Gerarchia*, *Rivista politica*. Milano.

²⁾ *Trattato di Sociologia generale*, vol. III, p. 388. „In der ganzen Geschichte erscheinen Zustimmung und Gewalt als Mittel der Regierung.“

³⁾ l. c., p. 164.

Zweck des neuen fascistischen Gesetzes, die leitende politische Strömung vor aller Augen bloßzulegen und ihr das parlamentarische Übergewicht zu verleihen. Da auf diese Weise die Kammer ein gefügiges Werkzeug in der Hand der Regierung wurde, so war damit gemäß dem Wortlaut der Begründung die Stabilität in der Politik des Landes gesichert. Sieht man den Sinn des Parlamentarismus in der Erzeugung „politischer Kompromisse“, so war er bereits durch die Anlage des Wahlgesetzes ins Herz getroffen; denn die Karten waren so gemischt, daß beim Spiel in der Kammer der Ausgang keiner Abstimmung für die Regierung und die ihr ergebenden Abgeordneten eine Überraschung bedeuten konnte. Wenn die Parteien innerhalb des demokratisch-parlamentarischen Systems durch Listwahl und Proportionalwahlrecht sich den Staat in die Hände gespielt haben, so vollzog die Reform Mussolinis den Übergang vom Parteienstaat zum Ein-Partei-Staat und war insofern Gewaltanwendung gegen alle nichtfascistischen Kammergruppen. Diese Entmachtung der parlamentarischen Fraktionen war eine Etappe im Kampfe gegen die Parteien; seit dem Staatsstreich war der Fascismus den fremden gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen mit legalen und illegalen Mitteln unausgesetzt zu Leibe gegangen, während die gegnerische Presse seit dem Sommer 1923 durch einander folgende Dekrete unter ständig steigenden Druck gesetzt wurde¹⁾.

Das Wahlgesetz brachte den Liberalismus in eine Klemme. Obwohl, wie noch gezeigt wird, in der sozialen Struktur des Fascismus eine Verschiebung sich anbahnte, waren die Sympathien breiter bürgerlicher Schichten noch so stark auf die junge Bewegung konzentriert, daß eine Loslösung der Liberalen, soweit sie sich dem Fascismus verschrieben hatten, nicht in Frage kam. Die führenden Persönlichkeiten setzten deshalb ihre Namen auf die nationale Liste (*listone*), welche eine Pentarchie, unter dem Vorsitz Mussolinis, zusammengestellt hatte. Der Umschwung in der politischen Situation Italiens kann nicht schärfer ausgedrückt werden als durch die Gegenüberstellung der beiden Tatsachen, wonach im Jahre 1921 bei den Frühjahrsahlen die Fascisten im Schlepptau des demokratisch-liberalen Blocks ins Parlament gekommen waren, während drei

¹⁾ Villari: l. c., p. 207 ss.

Jahre später anerkannte liberale Leaders, wie De Nicola, Orlando und Salandra, es für taktisch klug hielten, sich der jungen Bewegung anzuvertrauen. Allerdings haben die Namen dieser meridionalen Politiker im fascistisch schwach besetzten Süden die ihnen ergebenden Cliques der nationalen Liste zugeführt.

Die Wahl selber bewies, daß es der Diktator verstand, den *consensus* der Masse zu organisieren, auf den noch kein modernes absolutistisches Regierungssystem verzichtet hat. Mussolini hatte verschiedene Steine im Brett: das Wahlbündnis mit dem Liberalismus, einige außenpolitische Erfolge, ein geordnetes Budget und die nicht durch Streiks gestörte Wirtschaft. Ob das Gleichgewicht im Staatshaushalt nur dem Fascismus gutgeschrieben werden kann, mag objektive Kritik bezweifeln; das ist politisch gleichgültig. Der Erfolg der Aprilwahlen war quantitativ groß, selbst wenn man die Stimmen derer absetzt, die durch Wahlterror, besonders in den kleinen Städten und auf dem platten Lande, eingeschüchtert waren. Jene Wahl, die den Untergang der nicht fascistischen Parteien im Parlament einleitete, brachte für die Diktatur 64,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Es ist eine historische Erfahrung, daß bei jedem geglückten Umsturz die angreifende Partei nicht nur durch ihre Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, ans Ziel gelangt, sondern ebenso dadurch, daß die in der Herrschaft befindliche Klasse sich selber aufgibt. Eine Bestätigung dieses Satzes war die Haltung des italienischen Parlaments, das selber aus Verhältniswahlen hervorgegangen war, gegenüber der Reform Mussolinis ein Jahr früher, im Sommer 1923. Die Expräsidenten und mit ihnen der größte Teil der Liberalen und Demokraten, in dem Irrtum befangen, die fascistischen Fluten würden sich in das ruhige Bett des alten Italiens zurücklenken lassen, zudem Gegner des Proportionalwahlrechts aus Prinzip, stimmten mit der Regierung. Giolitti, der die moralische Verantwortung für das Anwachsen des Fascismus trug und diesen bei den Wahlen von 1921 gestützt hatte, doch später aus Vorsicht seinen Namen nicht auf die nationale Liste setzte, blieb dem ersten Fehler treu — und beging den zweiten. Als Vorsitzender der Kommission für die Prüfung der Vorlage gab er dem neuen Wahlrecht seine Zustimmung;

gefragt, weshalb er diese „juristische Fehlgeburt“ gebilligt habe, soll von seinen Lippen die macchiavellistische Bemerkung gefallen sein: „Je schlechter, desto besser“¹⁾. Salandra, dessen Gewandtheit es gelang, das Heterogene zu verbinden und jede politische Haltung zu rechtfertigen²⁾, argumentierte etwa so: das Wahlgesetz gibt Mussolini eine feste Mehrheit in der Kammer; es ist deshalb das beste Mittel, den Diktator daran zu hindern, eines Tages das Parlament nach Hause zu schicken und die Verfassung zu verletzen. Dazu kam eine zweite Erwägung. Wurde Mussolini, indem er sich auf eine ständige parlamentarische Majorität stützte, nicht gleichzeitig unabhängig gegenüber dem extremen Fascismus, dessen Gewalttätigkeit sich unter der Diktatur verstärkte?

Schroffe Gegner der Reform waren die Sozialisten aus allen Lagern, die konstitutionelle Opposition um Amendola und die Republikaner. Die Popolari befanden sich in schwieriger Lage. Ihre Ideologie und die der Fascisten trugen verwandte Züge, zudem hatte die italienische Volkspartei den Fascismus bis in den April 1923 durch Vertreter in der Regierung unterstützt. Der Kongreß in Turin, wo die Frage weiterer Mitarbeit zur Diskussion stand, ließ die Gegensätze im Schoße der Partei kraß hervortreten. Die christlich-demokratische Linke erklärte sich scharf gegen die fascistische Kampfmethode, die auf Vernichtung der Parteiorganisation und der christlichen Gewerkschaften hinauslief. Sie war überdies Anhängerin des Verhältniswahlsystems. Nur Don Sturzos Geschick konnte den offenen Bruch mit dem neuen Regime und dessen Folgen für die Partei verhindern. Aber auch seine Tagesordnung war im Kern antifascistisch. Hier griff Mussolini ein. Er fühlte sich stark genug, die Trennung, welche im Grunde durch die Gewalttätigkeit seiner Unterführer provoziert war, auf sich zu nehmen; er kannte die Schwäche des gegnerischen Parteigefüges. So akzeptierte er in der letzten Aprilwoche 1923 die Demission der Popolari in seiner Regierung. Der Bruch mit einem der Führer der demokratischen

1) Dorso, Guido: La rivoluzione meridionale, p. 82. Torino 1925.

2) Im April 1914 hatte Salandra in der Kammer erklärt, Liberalismus bedeute in Italien das gleiche wie Patriotismus. Daran knüpft Pareto die bissige Bemerkung, beides seien „Verkleidungen“, deren sich in Italien die Partei der *specularori* bediene. l. c., § 1555.

Sozialen, der seinem Kabinett angehörte, ein Jahr darauf, war ein weiterer Schritt zur Isolierung.

Solange die dem Wahlgesetz feindlichen Kräfte in der Kammer zusammenhielten, bestand für seine Annahme keine Aussicht. Da geschah etwas unerwartetes. Kurz vor der Abstimmung verschwand, auf einen Wink des Vatikans, Don Sturzo in der Versenkung, wie weggeblasen. Damit war der durch Klugheit und Temperament gefährlichste Gegner Mussolinis politisch tot. In der Begründung, die der Priester bei Niederlegung seines Parteiamtes gab, hieß es nur, er wolle den Gegnern nicht länger Gelegenheit geben, „sich über die Beziehungen der italienischen Volkspartei zur Kirche zu irren und diese in die unvermeidbaren politischen Gegensätze hineinzuziehen; der Zeitpunkt selbst sei ungünstig, aber die Offensive gegen die Kirche, anknüpfend an die Haltung der Volkspartei gegenüber dem Wahlgesetz, dürfe so nicht weitergehen“¹⁾. Am Stimm-tage selber füllten sich Wandelgänge und Tribünen mit bewaffneten Fascisten, während Mussolini eine versöhnliche Rede hielt²⁾. Man sprach von Einflüssen, welche die Krone geltend machte³⁾. Amendolas Erklärung ließ erkennen, daß die Opposition wankte. Der Riß durch die katholische Volkspartei trat offen zutage. Ein Teil der Rechten ging ins fascistische Lager über, der Rest enthielt sich der Stimme. Das Ergebnis war gleichwohl überraschend; mit 303 gegen 40 Stimmen ging die Wahlreform durch⁴⁾.

X.

Man hat jene Entfernung Sturzoes von seinem Amte als Parteisekretär als Zeichen für die guten Beziehungen zwischen dem fascistischen Italien und der römischen Kirche gedeutet. Die Versöhnung ist seitdem oft genug als nahe bevorstehend angezeigt worden. Wenn, wie Ende 1925, in der Encyclica *Quas primas*, der Papst seine Ansprüche auf das Patrimonium Petri, im Gegensatz zu früheren Kundgebungen, gleichsam *a mezza voce* vorträgt, so glaubt man,

1) Galati, Vito G.: *Religione e Politica*, p. 172. Torino 1925.

2) Don Sturzo, Luigi: a. a. O., S. 129.

3) Galati: l. c., p. 175.

4) *La Nuova Politica dell' Italia*, p. 214.

das Ziel schon mit Händen zu greifen. Aber man irrte stets; die römische Frage ist von der endgültigen Lösung heute ebenso weit entfernt wie bei dem Staatsstreich Mussolinis. Die Beziehung zwischen dem Vatikan und den beiden Parteien, die sich erst in der Nachkriegszeit gebildet hatten, Popularen und Fascisten, ist ein äußerst delikates Problem, bei dessen Behandlung der Heilige Stuhl sich weder in der einen noch der anderen Richtung gebunden hat.

Die Kurie hatte lange der Begründung einer katholischen Partei auf italienischem Boden widerstrebt. Die Formel, welche in den Tagen Pius X. innerhalb des Vatikans Geltung hatte, lautete knapp und präzise: *cattolici deputati si; deputati cattolici no*¹⁾. Gläubige Katholiken können Abgeordnete im italienischen Parlament werden, aber sie dürfen sich nicht zu einer Partei zusammenschließen. Die Kurie hat in diesem Punkte ihre Meinung geändert; die Namen der Männer, die sich an der Gründung der italienischen Volkspartei im Jahre 1919 beteiligten, ließen keinen Zweifel, daß die Genehmigung des Papstes zu diesem Schritt vorher eingeholt war²⁾. Doch die Zustimmung bedeutet nicht, daß die Kurie sich irgendwie mit der neuen Partei identifizierte. Sie wäre damit aus ihrer Reserve herausgetreten und hätte sich unklug in politische Tageskämpfe gemischt. Die Kirche hat häufig die Verantwortung für die Haltung der Popolari abgelehnt; als bei einem bestimmten Anlaß die liberale Presse die Abhängigkeit der katholischen Volkspartei vom Vatikan behauptete, ließ dieser durch den *Osservatore Romano* in aller Form der Auffassung entgegenreten, „als ob sich hinter der konfessionellen Indifferenz der Partei in Wirklichkeit die höchste Autorität der katholischen Kirche verberge“³⁾. Welche Motive bei der Krise von 1923, die zum Verschwinden Sturzos aus dem politischen Leben führte, den Ausschlag gegeben haben, ist nicht klar. Es gab mehrere Momente, die das Handeln der Kurie bestimmt haben können. Einmal bestand dort Antipathie gegen die konfessionelle Indifferenz der Partei. Hinzu kam die starke Betonung sozialrevolutionärer Pro-

1) Claar, Maximilian: Italien, Der päpstliche Stuhl und die Lösung der römischen Frage. Zeitschrift für Politik, Bd. IX, S. 338.

2) Vercesi: l. c., p. 152 s.

3) Vercesi: l. c., p. 184.

grammpunkte auf dem linken Flügel und weiter die Tatsache, daß die Person des Priesters an der Spitze der Partei geeignet war, Unkundige über die Beziehung zum Vatikan zu täuschen. Auch die erprobte kirchenfreundliche Haltung der fascistischen Regierung, welche die Schulpolitik, eine charakteristische Schöpfung des liberalen Italiens, in eine dem Vatikan genehme Bahn gelenkt hatte, spielte eine Rolle; endlich war die offene Drohung mit dem Kulturkampfe in der extremen fascistischen Presse, für den Fall, daß die Popolari die Annahme des Wahlgesetzes verhindern sollten, für die Entscheidung des Papstes nicht gleichgültig.

Es gibt eine fascistische Legende, welche behauptet, die Verbesserung in den Beziehungen von Staat und Kirche habe erst mit der neuen Regierung an. Die Wendung in dem Verhältnis beider Mächte zueinander liegt tatsächlich schon im Pontifikate Pius X. Die Politik des *ralliement*, wie sie Leo XIII. den französischen Katholiken der Republik gegenüber angeraten hatte, ein gefährlicher Irrtum nach Ansicht der *Action française*¹⁾, übertrug sein Nachfolger Pius X. auf Italien. Der Augenblick, die erste große Bresche in das starre *non expedit* zu legen, welches den italienischen Katholiken die Beteiligung an staatlichen Wahlen strikte verbot, wurde mit Geschick ausgewählt. Der große Mailänder Generalstreik von 1904 hatte vorübergehend den Syndikalisten die Stadt in die Hände gespielt. Nachdem die Bewegung ohne Zutun der Regierung ausgeglüht war, blieb eine heftige Erregung im ganzen italienischen Bürgertum zurück. Giolitti hielt den Moment für günstig, Wahlen auszuschreiben; hier und da schossen katholische Kandidaturen aus dem Boden, und die schweigende Zustimmung des Papstes machte es den Gläubigen allenthalben möglich, die staatsershaltenden Mandate gegenüber dem Sozialismus zu unterstützen²⁾. Eine Encyclica des folgenden Jahres erweiterte die Bresche; kirchentreue Persönlichkeiten, die in der wachsenden Sozial- und Wirtschaftsbewegung eine Rolle spielten, traten in die Kammer ein und schlossen sich der Regierungsmehrheit Giolittis an. Die politische Bedeu-

1) Vgl. den Nachruf von Charles Maurras auf Leo XIII., abgedruckt in *La Démocratie religieuse*, p. 321 ss. Paris 1921.

2) Vercesi: l. c., p. 123.

tung der Katholiken war bei dem Wahlgang von 1913 schon so groß, daß die Mehrheit der Abgeordneten ihrer Hilfe den Eintritt ins Parlament verdankte¹⁾. Die Zustimmung zur Gründung einer katholischen Partei war der letzte Schritt auf einem Wege, der langsam zur Annäherung der Kirche an den Staat geführt hatte; denn die Erlaubnis der politischen Betätigung der Katholiken war gleichbedeutend mit der Anerkennung des Staates in seinen tragenden politischen Institutionen. All das geschah, längst bevor Mussolini ans Ruder gelangt war.

Nach der Machtergreifung hat sich der Fascismus der ältesten Diplomatie Europas mit naiv-hastiger Zutunlichkeit genähert. Was lag ihm daran, ebenso wie in der Frage der Staatsform, seine ursprüngliche antiklerikale These umzustoßen? Äußerungen, welche die Wendung einleiteten, lagen vor; schon ehe er zur Macht gelangt war, sagte Mussolini gelegentlich von seiner Bewegung, sie sei weder antireligiös im allgemeinen noch antikatholisch im besondern²⁾. Wenn der Vatikan seine widerstaatlichen Bestrebungen aufgibt, hieß es in der ersten Kammerrede des Abgeordneten, so soll Italien ihn bei der Durchführung seiner Zwecke sogar mit Geldmitteln unterstützen³⁾. Der Versöhnung mit der Kirche diene neben vielen anderen Verbeugungen die Anrufung Gottes im Parlament, jener *coup de théâtre*, womit Mussolini seine erste Kammerrede nach dem Staatsstreich schloß⁴⁾.

Hinter solchen vorschnellen Gesten stand jedoch eine Auffassung von Religion und Kirche, die sich mit der Zeit vertiefte. Einmal gewann mit dem Eintreten Giovanni Gentiles in die Bewegung innerhalb der intellektuellen Kreise des Fascismus seine Philosophie an Boden, wonach Staatsgefühl und Religiosität sich beide im Bewußtsein des Einzelnen „aktualisieren“ und in der Realität von Staat und Kirche verbunden bleiben: der Staat muß in der Kirche seinen Verbündeten sehen⁵⁾. Kein Staat existiert ohne die Hingabe seiner Glieder; in dem mystischen Akt der Hingebung sieht Gentile die

1) Claar: a. a. O., S. 341.

2) Diuturna, p. 445.

3) Vgl. die deutsche Ausgabe der Reden Mussolinis: S. 98.

4) La Nuova Politica dell' Italia, vol. I, p. 16.

5) Gentile: Discorsi di religione, p. 45. Firenze 1924.

gemeinsame Wurzel von Staat und Kirche¹⁾). Daraus entstand jene Vermischung von Religion und Staat, die zu der seltsamen Behauptung führte, der Fascismus sei die „Religion vom Staate“. Aber die Verbindung zwischen einem Regierungssystem in Italien, das sich mit Emphase national nannte, und der römischen Kirche lag nicht nur auf metaphysischem Gebiete²⁾. Vom vollendeten antiken Heidentum und Skeptizismus hatte sich der italienische Nationalismus nach dem Vorbild der französischen Royalisten allmählich zu einer Kirchenfreundlichkeit durchgerungen, die sich allerdings mit dem Vatikan insofern in Widerspruch setzte, als sie die römische Kirche ausschließlich unter nationalen Aspekten ansah. Die Bewegung Corradinis wäre niemals in Italien so rasch mächtig geworden, wenn sie nicht seit dem römischen Wahlbündnis von 1913 systematisch die katholischen Kreise für sich gewonnen hätte. In dieser Taktik war der Fascismus dem Nationalismus noch überlegen.

Jedemfalls ließen sich Argumente — ideelle und reelle — für die Aussöhnung mit der Kurie auf italienischer Seite ins Treffen führen; der Papst, die Würdenträger des Vatikans, die ausländischen Vertretungen sind fast alle Italiener, und der Katholizismus ist ein wichtiges Band für die im Ausland verstreuten Landeskinder. Die Beziehung zwischen der Kirche und Italien scheint also besonders eng; ist da die Hoffnung unbegründet, mit etwas gutem Willen werde der politische Zwist sich schlichten lassen? Wenn es weiter die Aufgabe eines nationalen Regimes ist, die überkommenen Werte zu pflegen, so ist es eine Tatsache, daß der Katholizismus in Italien, im Gegensatz zu den nördlichen Staaten, eng mit der Tradition

¹⁾ Gentile: l. c., p. 83ss.

²⁾ Auch nicht für Gentile selber, der als Unterrichtsminister im ersten Ministerium Mussolinis den Religionsunterricht in der Elementarschule obligatorisch gemacht hat. Als er seine Reform gegen Angriffe verteidigte, wies er auf die einzigartige Bedeutung der Religion für die Bildung des jugendlichen Geistes hin und ging so weit, die Dekadenz Italiens seit der Renaissance auf den Mangel eines religiösen Weltbildes zurückzuführen. Gentile: *Il Fascismo al governo della scuola*, p. 36. Palermo 1924. Es ist interessant darauf hinzuweisen, daß von Gentile und seinen Freunden die Auffassung, die Religion sei ein Mittel für die Zwecke des Staates — *mezzo a disposizione dello stato* —, als veraltet abgetan wird. Die typische, schon im Text angedeutete Wendung ist die: Religion sei Bejahung des Menschen in seiner Hingabe an die Pflicht; darauf gründe auch der Staat seine Existenz. Vgl. Licitra, Carmelo: *Dal Liberalismo al Fascismo*, p. 76. Roma 1925.

der gesamten Nation verwachsen ist. Manche fascistische Theoretiker halten geradezu die Gegenreformation für eine entfernte Verwandte¹⁾, weil sie gegenüber den protestantischen Mächten einen geistigen Mittelpunkt darstellte, um den sich das italienische Volk sammeln konnte. Dazu kommt, daß der streng hierarchische Aufbau der katholischen Kirche vom Fascismus bewundert und nachgeahmt wird. Noch wichtiger ist der später zu begründende Umstand, wonach die durch den Nationalismus vermittelte fascistische Staatstheorie mit der aristotelisch-thomistischen Lehre der römischen Kirche in der Auffassung des Staates als einer korporativen Einheit übereinstimmt. Für die Aussöhnung sprechen endlich rein realpolitische Erwägungen. Die Kirche, als Trägerin der mächtigsten universalen Idee, lenkt unausgesetzt die Blicke der ganzen Welt nach Italien und nach Rom. Wenn es gelänge, die große geistliche Macht auf italienischem Boden mit dem Staate auszusöhnen, so brächte das nicht bloß innerpolitischen Gewinn, sondern müßte darüber hinaus das Prestige des Fascismus in den katholischen Ländern und bei allen katholischen Parteien ungeahnt steigern.

Als der Fascismus die alte, von der *Action française* und dem vorrevolutionären Preußen gelieferte Formel „Thron und Altar“ akzeptierte, hatte sich in der vatikanischen Politik schon ein wichtiger Wandel vollzogen. Seit den Tagen Leo XIII., also seit der Encyclica *Rerum novarum* und den Ermahnungen an die französischen Katholiken, sich mit der republikanischen Staatsform auszusöhnen, hat die Kurie ihr traditionelles Bündnis mit den konservativen Mächten grundsätzlich gelöst; sie hat begonnen, sich auf die veränderten politisch-sozialen Verhältnisse einzustellen. Die Ansicht ist irrig, als sei die Kirche eine natürliche Verbündete des Fascismus, weil er

¹⁾ Dieser Gedanke ist am schärfsten ausgeprägt bei Curzio Suckert: *L'Europa vivente*. Firenze 1923. Suckert betont den antimodernen Charakter Italiens. Es hat weder eine Reformation noch eine Revolution gehabt. Es ist das Land der Gegenreformation, der Reaktion, des Katholizismus. Daß diese Konstruktion irrig ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Es sei nur auf zwei Dinge hingewiesen: die Inquisition hat in Italien niemals Wurzel fassen können; die Einwirkung der französischen Revolution auf die Bildung des italienischen Nationalbewußtseins und die Theorie des Risorgimento ist nicht zu leugnen. Die Theoretiker der *Critica Fascista* — Bottai und Rocca — haben sich gegen die Auffassung Suckerts gewandt; auch Gentile leitet die fascistische Ideologie aus anderen Wurzeln ab. Darüber später mehr.

eine von Natur „reaktionäre Erscheinung“ darstellt. Die Kurie treibt Realpolitik; sie sieht im Fascismus nichts anderes als eine politische Größe und ist gewillt, die neue Strömung in Italien nach Kräften auszunutzen. Sie hat aus den Händen der fascistischen Regierung schon wichtige Geschenke entgegengenommen. Zu diesen gehören gewisse Bestandteile der neuen Schulpolitik, wie die Aufhebung des staatlichen Erziehungsmonopols, die Erteilung von Religionsunterricht an alle Kinder und die Anbringung des Kruzifixes in jedem Klassenraum des Königreiches. Hierzu kommt die Erhöhung der Gehälter des Klerus und die Befreiung vom Militärdienst für Theologiestudierende; eine Reihe anderer Fragen von großer Tragweite ist noch in der Schwebel¹⁾. Einen besonders wichtigen Dienst leistete der Fascismus der Kirche in der Vernichtung der Freimaurerlogen, in denen der Vatikan von jeher seine gefährlichsten Gegner auf italienischem Boden erblickte²⁾. Aber trotz aller Werbungen, die gelegentlich durch dumpfes Grollen in den fascistischen Blättern abgelöst werden, fühlte sich die Kurie nicht bewogen, zu Gunsten des neuen Regimes ihre reservierte überstaatliche Haltung zu korrigieren. Das zeigte sich oft, besonders deutlich bei der Matteotti-Krise. Damals trat der Papst mit einer salomonischen Ansprache zwischen Fascisten und Popolari: er verurteilte die systematische Gewalttätigkeit der Fascisten, aber er geißelte auch das Zusammengehen der Popolari mit dem atheistischen Sozialismus und ihre konfessionelle Indifferenz³⁾.

Will man das Verhältnis der Kirche zum Fascismus richtig beurteilen, so muß die Frage prinzipiell behandelt werden. Wenn auch in der Konzeption des Staates als eines organischen Wesens die Übereinstimmung zwischen katholischer und fascistischer Lehre hervortritt, so steckt doch im Fascismus eine Verabsolutierung des Staates, welche die Kurie nie akzeptieren wird. Die Grundauffassung in beiden Ideologien ist verschieden, woraus sehr wesentliche Konsequenzen für die Praxis entspringen. Der Vatikan kann nicht

¹⁾ Vgl. Villari: l. c., p. 202 s., und Neundörfer, Karl: Die Kirchenpolitik des italienischen Faschismus. Hochland 1925/26, H. 9, S. 369 ff.

²⁾ Über Vatikan und Loge vgl. Tischleder, Peter: Die Staatslehre Leos XIII., S. 382 ff. M.-Gladbach 1925.

³⁾ Galati: l. c., p. 185 ss.

aufhören, aus theoretischen und politischen Erwägungen gegen die Vergewaltigung katholischer Verbände zu protestieren, die gerade in Italien zu einem beträchtlichen Machtfaktor im sozialen und wirtschaftlichen Leben angewachsen waren. Dagegen fällt es Mussolini schwer, angesichts der Ausschließlichkeit des fascistischen Staates, die ein Dogma der Partei bildet, seine Anhänger in dieser Beziehung zurückzuhalten¹⁾. Abgesehen davon, ob es für den Vatikan überhaupt zweckmäßig ist, die heutige Lage gegen eine andere zu vertauschen, sind es zwei realpolitische Erwägungen von großer Bedeutung, die dem Fascismus gegenüber Reserve auferlegen. Der Fascismus ist eine Parteidregierung, obwohl er sich anschickt, den Staat zu absorbieren. Ebensowenig wie sich der Vatikan mit den Popularen identifizierte, wird er sich den Fascisten verschreiben, um nicht in künftige politische Kämpfe des Landes hineingezogen zu werden. Neben der innenpolitischen Erwägung steht die außenpolitische. Der kindliche Glaube, die Weltorganisation der römischen Kirche ließe sich eines Tages als Instrument des italienischen Imperialismus gebrauchen, wohnt gewiß nur in den Gehirnen der Durchschnittsfascisten, aber die unklare Idee, als könne man die Kirche mittelbar für Italien nutzbar machen, wird scheinbar von besseren Köpfen geteilt²⁾. Die Kurie ist gewohnt, die Wirkung eines jeden ihrer Schritte auf die Gesamtheit der Kirche zu bedenken. Sie wird den allzu engen Kontakt mit einer nationalistischen Regierung vermeiden,

¹⁾ Sehr interessant war die Ansprache, die der Papst am 20. Dezember 1926 im Consistorium Secretum gehalten hat. Er beklagt sich in recht herben Ausdrücken über die Angriffe, welche Fascisten in letzter Zeit gegen katholische Vereine und Institutionen gerichtet haben. Dabei macht er einen klaren Unterschied zwischen Mussolini und seiner Gefolgschaft. Er bezeichnet Mussolini als den Mann, „der mit einzigartiger Kraft und Frische des Geistes das Steuer des Staates führt“, und lobt die Regierung, weil sie Befehl gegeben habe, solche Verbrechen zu ahnden. Gleichzeitig verurteilt der Papst als unkatholisch eine Staatslehre, „die im Staate einen Selbstzweck sieht, den Bürger nur dem Staate verpflichte und ihn zwingt, sich ihm ausschließlich zu widmen“. Es ist, bei der Feinheit vatikanischen Politik, gewiß kein Zufall, daß in der gleichen Ansprache die Action française verdammt wurde, welche „die Parteilichkeit der Religion vorzieht und dieser der Partei zu dienen befiehlt“. Acta Apostolicae Sedis, Annus XVIII, vol. XVIII, Num. 13.

²⁾ Vgl. hierzu in dem Buche Villaris (p. 200 s.) folgende Bemerkung: *If, owing to the international character of the Catholic Church, it cannot be used for purposes of purely Italian policy, it is undoubtedly a means whereby Italy can indirectly exercise influence abroad.*

um allen Mißverständnissen außerhalb Italiens vorzubeugen. Es heißt die Wirkung nationalistischer Ideologie gewaltig überschätzen, wenn man annimmt, die Tatsache, daß der Vatikan überwiegend italienisch zusammengesetzt ist, werde sich im Interesse des Landes politisch auswirken. Der nationale Einschlag in der Zusammensetzung des Vatikans ist ein Umstand, welcher bedeutungslos ist gegenüber der alten universalistischen Tradition der Kirche.

XI.

Nach der Machtergreifung ist im sozialen Unterbau des Fascismus eine Verschiebung eingetreten. Die *ceti medi*, das mittlere und kleine Bürgertum, hatten neben Syndikalisten, Studenten, D'Annunzianern die alte Anhängerschaft des Fascismus gebildet. Die Großbourgeoisie war hinzugetreten, je mehr sie erkannte, daß der Fascismus, von seiner syndikalistischen Beimengung gereinigt, unbedingt das Eigentum schützen werde. In entscheidender Stunde, kurz vor dem Marsch auf Rom, hatte die *Confederazione generale dell' Industria*, die großgewerbliche Vertretung Italiens, den König wissen lassen, daß die „Welt der Industrie“ für Mussolini sei¹⁾.

Als die Fascisten daran gingen, selber Finanz- und Wirtschaftspolitik zu machen, zeigte sich rasch, daß die Einflüsse von dieser Seite ihr das Gepräge gaben. Eine Politik, die Ruhe schaffen wollte in einem Lande, wo sich durch drei Jahre der Sozialismus in allen Spielarten zu Tode experimentiert hatte, war der Gefahr, reaktionär zu werden, an sich schon sehr nahe. Das liegt in der Natur der Dinge. Wenn die revolutionären Kräfte sich erschöpft haben, so sind ihre Gegenpole, Großgrundbesitz und Großkapital, um so mehr als sie eine konzentrierte Aktivität entfalten, die gegebenen Pfeiler, auf welche die Regierung sich stützt. Der Fascismus hatte seinen Aufstieg zwar vorzüglich der Mittelklasse zu verdanken, aber diese war wirtschaftlich viel zu gespalten, um ein geschlossenes Programm zu erzeugen und zu vertreten, das die Regierung hätte annehmen können. Sie überließ notgedrungen der Plutokratie das Feld. Je mehr der Fascismus seine Rekonstruktionspolitik dem Willen dieser

¹⁾ Zuccarini, Oliviero: Esperienze e soluzioni, p. 84. Roma 1926.

Macht anpaßte, desto größer mußte die Enttäuschung in breiten Abschnitten der Mittelschicht werden. Daraus resultierte die Veränderung in der sozialen Struktur des Fascismus. Seine Wirtschaftspolitik im Verhältnis zu seinem sozialen Aufbau wird uns in einigen charakteristischen Einzelheiten kurz beschäftigen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Fascisten nach der Macht-ergreifung war in den Hauptzügen, soweit sie für unsere Betrachtung wesentlich sind, kurz folgende¹⁾: Die staatliche Verwaltung wurde von den Drogen der Kriegs- und Nachkriegszeit gesäubert. Überschüssige Beamte und Arbeiter wurden entlassen, überflüssige Ämter aufgehoben. Bis Ende Januar 1924 wurden in der Zivil- und Militärverwaltung etwa 32 000 Beamte abgeschoben und bis zum Anfang des Jahres 1925 mußten mehr als 51 000 Eisenbahner den Dienst quittieren²⁾. Dadurch ließen sich beträchtliche Ersparungen im Staatshaushalte machen. Der Grundsatz freier Wirtschaft wurde wieder hergestellt. Zunächst fielen die letzten Fesseln kriegswirtschaftlicher Gebundenheit, weiter eine oft angegriffene Verordnung Giolittis über die Verwandlung aller Inhaber- in Namensaktien, die — hätte sie nicht bloß auf dem Papier gestanden — geeignet gewesen wäre, das mobile Vermögen außer Landes zu treiben und die Bewegungen des Kapitalmarktes zu hemmen.

Die Steuerpolitik des ersten fascistischen Finanzministers, Alberto De' Stefani, vermied alle überstürzten Reformen. Sie hatte eine technische und eine im engeren Sinne steuerpolitische Seite. Das

¹⁾ Diese Seite der fascistischen Tätigkeit ist häufig zum Gegenstand der Betrachtung, auch in deutscher Sprache, gemacht worden. Vgl. die Darstellung von Bernhard: a. a. O., S. 100ff. und Mannhardt: a. a. O., S. 269ff. Vgl. weiter Gangemi, Lello: *La Politica economica e finanziaria del Governo fascista*, p. 21 ss. Bologna 1924. Von demselben Autor: *La Politica finanziaria del Governo fascista dopo il discorso di Milano*, p. 2 ss. Trieste 1923. Siehe ferner die zitierte, von Benvenuto Griziotti herausgegebene Serie von Studien: *La Politica finanziaria italiana*. Hier nimmt Mario Pugliese kritisch Stellung zur teilweisen Abschaffung der Erbschaftsbesteuerung, p. 191 ss. Eine schöne Übersicht über die Finanzen des Königreichs seit seiner Begründung, einschließlich der fascistischen Maßnahmen, gibt Griziotti selber p. 9 ss. Knappe Darstellungen zur Finanz- und Wirtschaftspolitik des Fascismus findet man in folgenden Schriften: De' Stefani, Alberto: *La Restaurazione finanziaria 1922/25*, p. 257 ss. Bologna 1926. (*La Reconstruction financière de l'Italie*, ein im Februar 1926 in Basel gehaltener Vortrag); ferner Villari: l. c., p. 101 ss.

²⁾ Villari: l. c., p. 105 s., p. 119 s.

Veranlagungsverfahren sollte verschärft, das undurchsichtige System vereinfacht, die Allgemeinheit der Besteuerung durchgeführt werden. Die Steuerpolitik ließ sich von dem Gedanken leiten, bei der starken Bevölkerungszunahme sei der Produktionsapparat unzureichend. Deshalb müsse man fremdes Kapital ins Land ziehen und dürfe die Kapitalbildung im Innern nicht unterbinden. Dieser Gedanke hatte seine Konsequenzen: Anlagen des Auslandes wurden in Italien für eine bestimmte Zeit von jeder Auflage und Kontrolle befreit¹⁾. Die Vermögenssteuer, Gewinnsteuern aus der Kriegszeit, Luxusabgaben sowie die Aufsichtsteuer fielen gleichfalls; kleine Vermögensverkehrsteuern, wie der Wechsel- und Quittungstempel, wurden ermäßigt. Vor allem aber beseitigte man innerhalb der Familie die auf der Höhe bolschewistischer Bedrohung zustande gekommene Erbschaftsteuer, das verhaßte Gesetz Giolitti-Facta-Meda, welches das sichtbare Eigentum des Landmannes sehr viel merkbarer traf als den unsichtbar-flüchtigen Kapitalbesitz. Für die Ausfälle im Budget mußte Ersatz geschaffen werden. Neben anti-quierte Ertragsteuern trat eine neue Bewertung des gesamten Gebäude- und Grundbesitzes sowie eine umfassende Heranziehung des landwirtschaftlichen Einkommens, sowohl beim Eigentümer als bei dem besonders in Mittelitalien dicht besetzten Pächterstande²⁾. Eine entwickelte Lohnbesteuerung machte den Exemptionen öffentlicher Lohn- und Gehaltspfänger ein Ende. Die das direkte Abgabensystem krönende Ergänzungssteuer, welche bisher allerdings nur auf dem Papier bestanden hatte, wurde in ihren Höchstsätzen ermäßigt und auf kleine Einkommenbezieher ausgedehnt.

Die Maxime, welche De' Stefani seiner Steuerpolitik zugrunde legte, lautete, man dürfe den Baum nicht fällen, um die Früchte zu genießen³⁾. Die Lasten sollten über alle Schichten des Volkes verteilt werden. Nach der demokratisch-sozialistischen Finanzpolitik der letzten Jahre hieß das nichts anderes, als die — durch Geldent-

1) De' Stefani: l. c., p. 263.

2) Die Definition des landwirtschaftlichen Einkommens für die Kategorien der selbstwirtschaftenden Eigentümer, Verpächter und Pächter ist kompliziert. Vgl. Gangemi: La Politica economica e finanziaria, p. 54.

3) De' Stefani: l. c., p. 9 (aus der programmatischen Rede vor der Kammer vom 25. November 1922).

wertung in ihrer Wirkung abgeschwächte — Kapitalbelastung rückgängig machen und die mittleren und unteren Klassen schärfer heranziehen, obwohl diese trotz der in Kriegs- und Nachkriegszeit geschaffenen Gewinn- und Vermögensabgaben relativ zu schwer belastet waren¹). Die plutokratischen Züge in der fascistischen Steuerpolitik sind leicht zu erkennen. Die Einschränkung der — in den Sätzen maßlos überspannten — Erbschaftsbesteuerung geschah im Interesse des Kapital- und Grundbesitzes; sie war eine schöne Morgengabe an die Latifundien, die von einer solchen Abgabe besonders hart betroffen wurden, weil sie sich ihr nicht entziehen konnten. Die gleiche plutokratische Tendenz hatten die Aufhebung der Gewinn- und Aufsichtsratsteuern und verwandte Maßnahmen. Doch die Steuerpolitik war nur Bestandteil einer Wirtschaftspolitik, die sich in derselben Richtung bewegte. Die Unternehmer zogen unmittelbar Nutzen aus der Übertragung von Monopolen an die private Wirtschaft, etwa des Zündholz- und Lebensversicherungsmonopols. Im ersten Falle schuf der Staat ein Zwangskartell, dem die Herstellung und der Verkauf von Zündhölzern ausschließlich zustand, im zweiten beteiligte er am Staatsmonopol zwei große Aktiengesellschaften²). Die Stützung des halbtoten Ansaldo-Konzerns, die Mussolini vornahm³), griff in ihren Konsequenzen auf die gesamte italienische Wirtschaft über, aber sie kam dennoch am meisten dem Industriekapital zugute, welchem überdies aus der Erweiterung des Heeres und der Schaffung einer großen Luftflotte Staatsaufträge in reicher Fülle zuflossen. Kaum eine andere Frage zeigte den konservativ-plutokratischen Geist des fascistischen Regimes klarer als die Haltung gegenüber dem Großgrundbesitz. Die Zerschlagung der Latifundien war ein Lieblingsgedanke der Popolari; schon das fascistische Programm von 1921 hatte an Stelle der sozialen Ausgleichlichkeit die wirtschaftliche Ergiebigkeit zum Maßstabe der inneren Kolonisation gemacht⁴). Indem dieser Gedanke sich nach der Machtergreifung gesetzlich fixierte, wurde die Aufteilung des

1) Griziotti: l. c., p. 15 ss.

2) Gangemi: l. c., p. 211 ss.

3) Gangemi: l. c., p. 297 ss.

4) Villari: l. c., p. 138.

Großgrundbesitzes praktisch *ad calendas graecas* vertagt¹⁾). Einen Entwurf der italienischen Volkspartei, der eine verstärkte Schaffung von Bauernland vorsah, ließ man sogleich fallen. Die bereits verwässerte Verordnung *Visocchi*, wonach in der Hauptsache unbebautes Land in genossenschaftliche Nutzung übergehen sollte, verschwand ebenfalls vom Erdboden²⁾).

Es ist schwierig, die fascistische Wirtschaftspolitik in der ersten Zeit nach der Machtergreifung in ihrer Wirkung auf die Mittelschicht klar zu erkennen. Der Mittelstand ist weniger geschlossen als jede andere Gesellschaftsschicht; er enthält Bestandteile, deren Schicksal eng mit dem der Großindustrie verbunden ist. Die Stützung eines Gebildes, wie des *Ansaldo*-Konzerns, kam den darin tätigen Angestellten, die zum Mittelstande gehören, ebenso zugute wie Arbeitern und Unternehmern. Die wachsende Kaufkraft aller dieser Kreise befruchtete auch den Kleinhandel und das Handwerk. Aber trotz dieser Einschränkung: *De' Stefani's* Steuerpolitik war gegen den Mittelstand gerichtet, und es ist eine Erfahrungstatsache, daß auf keinen Teil staatlicher Tätigkeit das politische Verhalten des Bürgers so stark reagiert wie auf Maßnahmen in der Besteuerung. Daß die fascistische Steuerpolitik Mittelstand und Arbeiter ungünstig beeinflussen mußte, liegt schon in dem von ihr anerkannten Grundsatz: nach der übermäßigen Heranziehung des Kapitals durch vorfascistische Regierungen müßten die Lasten auf breitere Schultern verteilt werden. Die Erfassung von Löhnen und Gehältern traf Beamte und Arbeiter in öffentlichen Diensten. Die Belastung des landwirtschaftlichen Einkommens, womit man bisher in dem Agrarlande Italien lax gewesen war, unterwarf mittlere Eigentümer und Pächter einer Steuerart, von der sie bisher nichts gewußt hatten. Kleine Landleute, die nach ihrer Gesinnung unzweifelhaft dem Mittelstande angehörten, gerieten dadurch in peinlich engen Kontakt mit der Steuerbehörde³⁾. Dazu kamen andere Bestandteile der neuen Wirtschaftspolitik, wie die Entlassungen in den großen Staatsbetrie-

¹⁾ Zu dem Gesetzdekret vom 18. Mai 1924 vgl. einen maßgeblich Beteiligten: *Serpieri*: l. c., p. 107 ss.

²⁾ *Vöchting*: a. a. O., S. 378 ff.

³⁾ Vgl. die Angaben *Serpieris*: l. c., p. 251.

ben, die Abschaffung des Mieterschutzes und der Reste der Zwangswirtschaft, welche gleichfalls die Interessen des Mittelstandes empfindlich treffen mußten.

Es ist somit gewiß, daß Teile der Mittelschicht im Sommer 1924 vom Fascismus ernüchtert waren, nachdem dieser so weitgehende Konzessionen an das Wirtschaftsprogramm der italienischen Plutokratie gemacht hatte. Dazu kam die nicht enden wollende Gewalttätigkeit der radikalen Unterführer in den Provinzen. Die Mißstimmung läßt sich aus der Analysierung der Wahlergebnisse vom Frühjahr 1924 nur undeutlich erkennen.

Der Wahlterror hatte in den kleinen Städten und auf dem Lande die Bevölkerung eingeschüchtert. Nach der offiziellen Wahlstatistik belief sich die Zahl der abgegebenen Stimmen auf etwas über 7,1 Millionen. Davon waren 64,9 % für die Regierung, dieser auch ohne die im Gesetz vorgesehene Höherbewertung der Mehrheitstimmen die Zweidrittelmajorität sichernd. Von allen Parteien konnten nur die Kommunisten die Zahl ihrer Sitze um sechs vermehren, ein Beweis, wie die schroffe Rechtsregierung die Arbeiter ins extreme Lager trieb. Unitarier, Popolari, Republikaner, konstitutionelle Opposition, Giolittianer brachten es insgesamt auf 1,6 Millionen Stimmen; es ist klar, daß darin überwiegend Voten der Mittelschicht steckten. Man darf annehmen, daß ein Teil dieser Klasse vom Fascismus abgefallen und entschlossen war, gemeinsam mit den Arbeitern Opposition zu machen. So erklärt sich die Schwere der Krisis, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 den Fascismus in seinem Bestande erzittern ließ. Denn so geschickt auch die politische Führung der Gegner, unterstützt durch die wichtigsten Zeitungen des Landes, die Krise ausnutzte, sie wäre nicht so gefährlich geworden, hätte nicht vorher schon die Abwanderung breiter Schichten eingesetzt¹⁾.

1) Die Wahlen von 1924 bilden die einzige Gelegenheit, sich von der örtlichen Verbreitung des Fascismus ein ungefähres Bild zu machen. Es ist dabei wohl zu scheiden zwischen der Partei, die numerisch klein gehalten wurde, und den Mitläufern, welche die große Masse der Wähler darstellen und teilweise den fascistischen Syndikaten angehören. Die höchsten Prozentsätze wurden erreicht in den Abruzzen (85,9% der abgegebenen Stimmen), Apulien (83,7%), Toscana (77,3%), Emilia (71,7%), Calabrien und Basilicata (76,5%), Campanien (76,3%), Sizilien (69,8%). In den übrigen Provinzen lagen die Prozentsätze unter dem Durchschnitt des Königreichs. Besonders groß war die Abweichung in den oberitalienischen

Ganz plötzlich und dennoch in der Art des Fascismus tief begründet und so gleichsam seit langem vorbereitet brach ein Ereignis herein, das die Nachtseite des neuen Systems grell beleuchtete. Der Mord an dem unitarischen Abgeordneten Matteotti. In der langen Liste fascistischer Gewalttaten war es der am meisten hervorstechende Fall. Anfang Juni 1924 hatte Matteotti in der Kammer Mißbräuche bei der letzten Wahl scharf kritisiert; die Rede, mehr ein Dialog zwischen ihm und der stets ins Wort fallenden fascistischen Mehrheit, hatte ein Nachspiel in einer erregten Auseinandersetzung mit Mussolini selber¹⁾. Als seine Freunde dem Abgeordneten zu seinen Worten gratulierten, soll er, der schwer belastendes Material gegen fascistische Häupter in seiner Tasche trug, prophetisch auf sein nahes Ende durch Mörderhand hingedeutet haben²⁾. Die Atmosphäre war ohnehin geladen mit politischem Sprengstoff. Die Opposition hatte nach Eröffnung der Kammer an der Regierung und ihrer Methode sehr herbe Kritik geübt. Mussolini antwortete mit einer vorsichtigen Verteidigung seines Regimes; er bemühte sich förmlich, die Opposition nicht vor den Kopf zu stoßen, ohne die Radikalen im eignen Lager durch Nachgiebigkeit allzusehr zu verletzen³⁾. Die Untat weckte allenthalben ungeheure Erregung. Einer jener elementaren Stimmungswechsel, wie sie in Italien häufig sind, vorbereitet durch die Abwendung eines Teiles der Mittelklasse, zog durch das Land.

Der Mord hatte unmittelbar schwere parlamentarische Folgen. Die lange Zeile der Gegner: Anarchisten, Kommunisten, Maximalisten, Unitarier, Republikaner, Popolari, konstitutionelle Opposition, demokratische Soziale, Bauern, dazu der Schwarm lokaler Gruppen, darunter solche, die in früheren Entwicklungsstadien vom Fascis-

Industriebezirken, wo unter der ländlichen Bevölkerung die Popolari, unter dem städtischen Proletariat die Sozialisten und Kommunisten kräftig konkurrierten. Die hohen Prozentziffern für den Süden beweisen, daß hier die Namen der liberaldemokratischen Führer stark gezogen hatten. In einigen Teilen Mittel- und Süditaliens hatten die Fascisten mit einer zweiten Liste (lista bis) der Minorität weitere Sitze entwunden. Vgl. hierzu *Statistica delle elezioni generali politiche per la XXVII Legislatura (Aprile 1924)*. Roma 1924.

1) Matteotti, Giacomo: *Reliquie*, p. 263 ss. Milano 1924.

2) Matteotti: l. c., p. 23.

3) *La Nuova Politica dell' Italia*, vol. III, p. 130 ss.

mus abgesplittert waren, verließ das Parlament und ging, nach dem berühmten Vorbild des römischen Plebs, auf den Aventin. Zurück blieben Liberale und Demokraten um die drei Expräsidenten Giolitti, Salandra und Orlando. So stark die Spannung zwischen den Konkurrenten Giolitti und Salandra war, so verschieden die wirtschaftlich-soziale Stellung ihres Anhangs, so hatten sie doch gemeinsam dem Fascismus gegenüber stets die Rolle der *financheggiatori* (der Flankendeckung) gespielt und spielten sie zunächst weiter. Aber sie beanspruchten für sich die volle Freiheit der Kritik. Man unterschied neben der lauten und unzugänglichen, das Land geschickt aufpeitschenden Opposition auf dem Aventin die skeptische Reserve der Alten in der Kammer, die jeden Augenblick in Opposition umschlagen konnte.

Mussolini bog angesichts der neuen Lage seine Front zurück. Er deckte den Mord nicht etwa mit dem gern und oft angerufenen Recht der Revolution, sondern ließ seine Mitarbeiter, soweit sie belastet waren, verhaften. Ersetzte die heißblütigen Fascisten in den Ministerien durch gemäßigte und übertrug dem früheren Nationalisten Federzoni das in diesem Augenblick so wichtige Innenministerium. Das Kabinett wurde wieder einmal einem — wie es hieß — lange geplanten Revirement unterworfen, wobei sich der Einfluß der Rechtsliberalen verstärkte. Mussolini ging noch weiter. Ende Juni erklärte er in großer programmatischer Rede im Senat, die fast zu oft seinen guten Willen herausstrich: er werde das Parlament als Organ der gesetzgebenden Macht wieder regelmäßig funktionieren lassen und die illegale Parteimiliz mit der Verfassung in Übereinstimmung bringen; weiter versprach er, die Ungesetzlichkeiten in der Partei auszurotten und „alle lebendigen Kräfte der Nation“ zur Mitarbeit aufzurufen¹⁾. Es war das Programm der Normalisierung (*normalizzazione*), das hier entwickelt wurde. Bis zum Ende des Jahres bildete es die Achse der inneren Politik Italiens. Gleichzeitig suchte Mussolini, in einer Ansprache vor den treu gebliebenen Kammerfraktionen im Palazzo Venezia, durch geschickt verhüllte Lockungen, in denen die Notwendigkeit einer parlamentarischen Opposition grundsätzlich zugegeben wurde,

¹⁾ La Nuova Politica dell' Italia, vol. III, p. 184.

die Gegner auf dem Aventin zur Rückkehr nach Montecitorio zu bewegen¹⁾).

Aber sie blieben aus. Die Spalten der Oppositionspresse füllten sich mit der Aufzählung von Gewalttätigkeiten, die trotz Mussolinis Versprechungen in den Provinzen nicht aufhörten. Peinlich war das Memoriale Cesare Rossis, des früheren Pressechefs, der im Zusammenhang mit der Matteotti-Affäre hinter Schloß und Riegel geraten war: darin stand klipp und klar, der Duce habe um alle Gewalttätigkeiten des Fascismus entweder gewußt oder sie geradezu befohlen. Nicht weniger peinlich war ein vertraulicher Brief des Milizgenerals Italo Balbo, der auf die Abhängigkeit staatlicher Organe von der Partei deutlich genug anspielte, woran wohl schon vorher kein Mensch gezweifelt hatte, der die Verschmelzung von Partei und Verwaltung bis in die höchste Spitze beobachtete.

Die Einkreisung und Isolierung des Fascismus setzte ein. Die Vereinigung der Kriegsteilnehmer, die eine starke Stütze Mussolinis gewesen war, erklärte sich auf der Tagung von Assisi für Normalisierung und die Ideale des Risorgimento. Der Gesamtliberalismus faßte in Livorno im Oktober eine Tagesordnung, welche Wiederherstellung der Verfassung, Aufhebung der Parteimiliz und Selbstverwaltung von der Regierung forderte. Giolitti erklärte Mitte November beiläufig im Couloir von Montecitorio, er werde gegen die Regierung stimmen, und begründete seine Haltung mit dem verschärften Vorgehen gegen die Presse. Kurz darauf ging Orlando in Opposition. Der Bruch mit Salandra vollzog sich etappenweise. Der rechtsliberale Führer legte zunächst den Vorsitz in der Budgetkommission nieder, dann die Vertretung Italiens im Völkerbunde. Als er der Regierung im November zum letztenmal sein Vertrauen gab, warf er Mussolini das böse Wort entgegen: „Das Morden, das Sengen und das Prügeln müssen nun aufhören²⁾.“ Die vollständige Abkehr erfolgte unmittelbar nach Mussolinis Januarrede, die mit dem Normalisierungsprogramm brüsk brach. Aber dabei ging Salandras Gruppe in Stücke; ein Teil seiner Anhänger, unter Leitung Sarrocchis, blieb im fascistischen Lager. Doch in seinen

1) La Nuova Politica dell' Italia, vol. III, p. 190 ss.

2) Ingrosso: l. c., p. 180 s.

anerkannten Häuptern hatte der Liberalismus das fascistische Regime aufgegeben; und ließ sich auch nicht durch ein neues Wahlgesetz nach englischem Vorbild ködern, das zu Methoden der Vorkriegszeit, zur Mehrheit von Wahlkreisen und zum Einzelwahlsystem zurückkehrte. Es entsprach insofern der veränderten politischen Lage, als bei Wahlen, an die Mussolini zur Ablenkung von der durch die Matteotti-Affäre aufgeworfenen „moralischen Frage“ (*questione morale*) dachte, ein Zusammenschluß der Gegner verhindert wurde. Diese Gefahr lag in dem geltenden System, wonach ganz Italien ein einziges Wahlkollegium bildete¹).

Mussolinis Politik während der Matteotti-Krise schwankte hin und her zwischen Nachgiebigkeit und Härte. Bald versprach der Duce, das Parlament in seine alten Rechte einzusetzen, bald wollte er die Volksvertretung nicht mehr als die einzige Stelle ansehen, wo die Lebensfragen der Nation entschieden werden²). Einmal pries er die moralischen Kräfte des Fascismus, dann wieder drohte er mit fürchterlicher Musterung in seinen Reihen und warb in fast schmeichelnden Worten um das Vertrauen der Rechtsliberalen³). Kaum war das Normalisierungsprogramm verkündet, als die Presse erneut geknebelt wurde. Nach der Vereidigung der Miliz auf den König kamen Entwürfe, die sich gegen die geheimen Gesellschaften richteten und die Regierung in den Stand setzten, von sich aus das Strafgesetz zu ändern.

Dieses Schwanken kann als Ausdruck von Mussolinis prekärer Stellung aufgefaßt werden zwischen dem Extremismus der Partei und der Mehrheit des Landes, die er zurückgewinnen wollte. Es ergibt sich dann etwa folgendes Bild: Ein Diktator hängt stets im Netz der eigenen Anhänger, die ihn groß gemacht haben. Mussolini wollte wohl die aufsässigen Elemente in der Partei ausmerzen oder zu ruhiger Mitarbeit erziehen, aber er konnte die Geister, die er gerufen, nicht bändigen. Die Normalisierung hatte einen großen unüberwindlichen Gegner: den revolutionären Fascismus in den Pro-

¹) Ein näheres ^{Es ist jedoch} Gesetz auf das Gesetz hat keinen Sinn. Es ist nicht praktisch geworden und wird es nie werden.

²) La Nuova Politica, vol. III, p. 298.

³) La Nuova Politica, vol. III, p. 455 ss.

vinzen, wie er sich auf dem platten Lande und in den kleinen Städten breit machte, der die Früchte des Sieges rücksichtslos genießen wollte. Der geschichtliche Augenblick für einen Mann wie Roberto Farinacci war gekommen. Es war Rücksicht auf die radikale Strömung, wenn Mussolini im August, als die Hoffnung auf Rückkehr der Aventinparteien in die Kammer so gut wie geschwunden war, vor dem großen Nationalrat der Partei allzustark den ländlichen Charakter der Bewegung herausstrich¹⁾. So war es schon oft gegangen: bei großen Entscheidungen wie der Schwenkung zur Monarchie oder der vereitelten Verständigung mit dem Sozialismus. Mussolini beugte sich vor dem Anhang: mit jenem unheimlichen Geschick, sich von der stärksten Strömung tragen zu lassen, ohne in den Augen der Masse das Prestige des Führers zu verlieren.

Aber es ist auch eine andere Version denkbar. Es ist möglich, daß Mussolini von vornherein oder nach kurzem Zögern entschlossen war, es zum Bruch zu treiben; daß seine Bekenntnisse zu Verfassung und Parlament nur den Sinn hatten, den *fiancheggiatori* Sand in die Augen zu streuen und hinter der Kulisse den Angriff, die „zweite Welle“ (*seconda ondata*), vorzubereiten. Denn die Schwere der Krise äußerte sich nicht bloß darin, daß Amendola, das geistige Haupt der Aventin-Parteien, Mussolini vor den Staatsgerichtshof ziehen wollte; noch bedenklicher war es, daß der Gegensatz zwischen Radikalismus und Revisionismus innerhalb der Partei sich zuspitzte, und daß unter dem Druck der Gegner Zersetzungserscheinungen, wie der Abfall der Kriegsteilnehmer, auftraten²⁾. Mussolini mußte die Reihen der Anhänger fester schließen; das gelang so gut, daß heute von Strömungen innerhalb der Partei, die nach außen sichtbare politische Bedeutung haben, nicht mehr die Rede sein kann. Nach der zweiten Version, die ich für die richtige halte, wäre das Schwanken Mussolinis eine bewußte Taktik, um Zeit zu gewinnen und die liberalen Kräfte, welche ihn stützten, möglichst lange nicht zu verlieren.

¹⁾ La Nuova Politica, vol. III, p. 219.

²⁾ Symptome des Verfalls zeigten sich während der Krise in Neapel, Parma, Messina und anderen Provinzen. Atti del V. Congresso Nazionale, p. 22. Roma 1925.

Ein in Italien gern zitiertes Wort Macchiavillis lautet: ein Staat müsse, wenn er lange leben wolle, oft an seine Quelle (*principio*) zurückkehren. Mussolini selber hatte diesen Gedanken einst angeführt, als er im Juli 1921 gegenüber dem „Sport der Gewalttätigkeit“ der weise geleiteten Gewalt im Sinne Sorels, wie sie der Mailänder fascio zu üben verstehe, das Wort redete¹⁾. Während der Krise hatte er durch eine Flut von öffentlichen Reden in allen Teilen des Landes die Zustimmung der breiten Masse gesucht. Jetzt war er gewillt, die Herrschaft auf die andere Stütze jeder Regierung, die Gewalt, zu gründen. Der Fascismus ist am 3. Januar 1925 an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Die Situation war äußerst gespannt: isoliert durch den Abfall der liberalen Leaders und großer Teile der öffentlichen Meinung hatte er nur noch die Wahl, zu paktieren oder den Ring der Gegner zu durchstoßen. Die Kammerrede Mussolinis am 3. Januar beschrift den zweiten Weg: sie war die denkbar schärfste Kampfansage an die Opposition. „Wenn zwei Elemente unversöhnlich miteinander ringen, liegt die Lösung bei der Gewalt. Niemals hat es eine andere Lösung in der Geschichte gegeben und wird es eine andere geben²⁾.“ Der Duce nahm die gesamte Verantwortung für die Handlungen des Anhangs auf sich. „Ist der Fascismus eine Verbrecherbande, sind alle Gewalttaten das Ergebnis einer bestimmten historischen, politischen, moralischen Atmosphäre, so trage ich dafür die Verantwortung, denn ich habe diese Atmosphäre geschaffen mit einer Propaganda, die reicht vom Eintritt in den Weltkrieg bis auf den heutigen Tag³⁾.“

Mussolini versprach Klärung der politischen Situation innerhalb der nächsten 48 Stunden. An den folgenden Tagen wurde das Ministerium fascistisch umgestaltet; zwei Rechtsliberale schieden aus, den Justizminister Oviglio ersetzte Rocco. Aus dem Ministerium der Koalition, womit Mussolini 1922 begonnen, war ein reines Parteikabinet geworden. Die Ernennung Farinaccis zum Sekretär der Partei, die im März erfolgte, wirkte wie eine Fanfare. Nachdem dieser seine Aufgabe, wozu die Verteidigung der Angeklagten des

1) Diuturna, p. 346.

2) Mussolini: Discorsi del 1925, p. 16.

3) Mussolini: l. c., p. 14.

Matteotti-Prozesses gehörte, gelöst, trat er mit wahrhaft antiker Geste, allerdings nicht ganz freiwillig, ein Jahr später in die Reihe der gewöhnlichen Fascisten zurück. Mussolini duldet nicht, daß der Inhaber dieses wichtigen Amtes allzu mächtig wird.

XII.

Welches ist das Ergebnis der innerpolitischen Entwicklung Italiens zwischen 1920 und 1924? Läßt sich eine knappe Formel finden, die das politisch Wesentliche in der überstürzten Fülle der Ereignisse enthält und erschöpft?

Das Italien der Vorkriegszeit war dem Namen nach ein parlamentarisch regiertes Land. Es wurde in Wirklichkeit beherrscht durch eine Parlamentsoligarchie, welche den Hof auf ihrer Seite hatte, den Senat, der auf königliche Ernennung zurückging, in der Hand hielt, mit Hilfe des zentralistischen Verwaltungssystems die Wahlen „machte“ und den Gewählten Einfluß auf die Administration einräumte. Verfolgt man die innere Geschichte des Landes in den Hauptabschnitten zwischen 1848 und 1860, 1860 und 1876, 1876 und 1922, so findet man, daß sich jeweils eine ganz kleine Zahl von Personen in den Ministerien abwechselt. Diese Gruppe bildete (mit Mosca, Pareto, Michels zu reden) die *classe dirigente*¹⁾. Es ist nur natürlich, daß in demselben Maße, wie mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes seine soziale Struktur sich differenzierte, die Kreise, auf welche die Glieder der herrschenden Gruppe sich stützten, verschieden waren. Giolitti verknüpfte seine Politik in der Hauptsache mit dem Finanzkapital und den Spitzen der sozialistischen Verbände, obwohl er gelegentlich auch Katholiken und Nationalisten nebst bäuerlichem und bürgerlichem Anhang zu sich herüberzog. Er war ein Meister in der Kunst, die politischen Kräfte des Landes gegeneinander auszuspielen und sich dienstbar zu machen. Salandra dagegen war mehr der Exponent von Großgrundbesitz und Schwerindustrie. Aber dieser Unterschied schließt

¹⁾ Der soziologische Hintergrund dieser Erörterung ist die Pareto-Mosca-sche Elitetheorie. Eine Charakteristik in deutscher Sprache steht bei Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens, S. 479 ff. Leipzig 1925.

nicht aus, daß beide zur *classe dirigente* gehörten; diese ist nirgends homogen, vielmehr gleicht sie einem Kartell, dessen Angehörige durch das gemeinsame Interesse, die Konkurrenz auszuschließen und den Konsumenten zu schröpfen, zusammengehalten werden, während zwischen ihnen der Wettbewerb fort dauert.

Die Herrschaftskaste in Italien verfügte über eine Ideologie; sie nannte sich selbst demokratisch-liberal. Aber sie hatte im Grunde weder mit dem einen noch mit dem andern etwas zu tun. Die Ideologie war ein Aushängeschild aus der Zeit des Risorgimento, welches die Einigung Italiens im Kampfe mit Klerikalismus und Absolutismus vollzogen hatte. Der italienische Liberalismus war im Laufe seiner Entwicklung weder vor Hochschutzzöllen noch vor Monopolen zurückgeschreckt. Er begnügte sich in der Hauptsache mit einer stereotypen Phraseologie, wie sie von Männern wie Salandra vor Wahlen mit größter Virtuosität gehandhabt wurde. Der demokratisch-liberale Gedanke war überdies wenig tief ins Land eingedrungen. Demokratische und sozialistische Schriftsteller wie Arturo Labriola bezeichnen oft die städtische und besonders die ländliche Bourgeoisie Italiens als *borbonica* oder *austriaca*-bourbonisch oder österreichisch —, um ihren reaktionären Geisteszustand zu charakterisieren und die Erfolge des Fascismus psychologisch zu begründen. Es ist nicht korrekt, wenn man den Satz aufstellt, der Fascismus habe dem Liberalismus aller Schattierungen in Italien ein Ende bereitet. Er hat nur ein oligarchisches System beseitigt, welches im Namen des Liberalismus und der Demokratie Italien regierte.

Die Mittel, mit welchen das alte System sich zur Wehr setzte, waren die eines Sterbenden. Die Herrschaftsgruppe war wenig besorgt, vom Fascismus aus dem Sattel gehoben zu werden. Sie fürchtete vielmehr, daß die neu aufflammende sozialistisch-kommunistische Elite oder die Führung der italienischen Volkspartei sie entmachten könne. Sie sah wie gebannt auf die Bedrohung von links; dabei übersah sie, daß die vermeintlichen Helfer von rechts für sie viel gefährlicher waren. Nur so ist ihre Politik verständlich. Giolitti und Salandra wollten sich der neuen Bewegung bedienen, um den Sozialismus und die christliche Demokratie niederzuwerfen. Der Rechtsliberalismus mochte dabei von der Hoffnung erfüllt sein,

eines Tages den Fascismus zu absorbieren; Salandra bezeichnete sich vor den Wahlen von 1924 als „Ehrenfascisten“ und betonte das Gemeinsame in seiner und der neuen Partei mit starken Tönen. Aber im politischen Leben ist es unmöglich, einen anderen zur Aktivität anzuspornen und für sich die Führung zu fordern. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, aber der Mohr ging nicht. Giolittis Erwägung war feiner. Sein Ministerium hatte das Milieu geschaffen, in welchem sich der Fascismus entfaltete. Der greise Politiker glaubte, die junge Bewegung werde sich durch ihre Illegalität so kompromittieren, daß er sich ihrer mit Hilfe der Staatsgewalt und der öffentlichen Meinung eines Tages werde entledigen können. Er verkannte dabei, daß Mussolini der Gewalt nie gewichen wäre und sich in dem mit Ressentiment geladenen, nationalistisch überhitzten Bürgertum der Nachkriegszeit auf ein Fundament stützte, dessen Konsistenz der alte Skeptiker unterschätzte. Es war viel zu spät, als sich die einander befehrenden Gruppen des Liberalismus in der Matteotti-Krise zu einem Gesamtkongreß zusammenfanden, mochte auch ein Teil der *ceti medi* inzwischen vom Fascismus abgerückt sein. Selbst der Abfall der *fiancheggiatori* war zum Schluß politisch bedeutungslos.

Die Ersetzung der *alten classe dirigente* durch die fascistische ist der politische Ertrag der Jahre 1920/24. Die Taktik Mussolinis den Liberalen gegenüber hatte darin bestanden, daß er trotz der Eroberung des Staates die Kulisse des alten Italiens so lange stehen ließ, wie die Ereignisse es erlaubten. Die Auseinandersetzung mit der absterbenden Herrschaftskaste ist ein Spiel von hohem taktisch-politischem Reiz, während sich der Kampf mit den konkurrierenden Mächten, den Eliten von Sozialismus und italienischer Volkspartei, in verhältnismäßig einfacher Linie vollzog. Der Fascismus hatte dabei einen inneren und äußeren Vorteil. Er war einmal dank der Straffheit seiner Organisation, der Abhängigkeit der angeschlossenen Verbände, der Labilität seines Programms und der Zugkraft des nationalen Mythos fest gefügt, während die Gegner keine Kristallisationspunkte finden konnten und ihre Kräfte spalteten. Er scheute auch nicht davor zurück, Gewalt anzuwenden, und hatte diese militärisch zusammengefaßt. Man mag seine Gewaltbereitschaft

moralisch verurteilen, sie war gleichwohl der Schlüssel zum politischen Erfolg. Ende 1924 war die katholische Kirche die einzige politische Größe in Italien, welche sich selbständig neben dem Faschismus behauptete. In dem Verhältnis zur Kirche liegt ein wichtiger Unterschied zwischen fascistischer und bolschewistischer Diktatur, den wir festhalten wollen; in Rußland hat sich die Staatskirche vollständig der weltlichen Gewalt untergeordnet.

Der Abfall der liberalen Führer, der die Isolierung des Faschismus vollendete, hatte, wie stets in solchen Fällen, die Wirkung, daß die Bewegung, welcher die früheren Gegengewichte fehlten, sich radikalisierte. Sie mußte zudem, wollte sie ihre Existenznotwendigkeit beweisen, die neuen Ideen, welche in ihrem Schoße ruhten, methodisch ausbilden und auf den Staat übertragen. Was bisher außer der Reorganisationsarbeit geleistet war, hatte relativ wenig zu bedeuten. Man war dazu übergegangen, die freien Berufe in Verbänden (*Ordini professionali*) zusammenzufassen und an die Stelle einer großen Zahl beratender Organe, welche der lokalen und zentralen Verwaltung zur Verfügung standen, den obersten Volkswirtschaftsrat (*Consiglio superiore dell'Economia Nazionale*) zu setzen, ein Gremium, dessen Mitglieder von oben ernannt wurden; es war bloß beratend und trat nur selten zusammen. Man experimentierte weiter an den Vertretungskörpern der Wirtschaft herum¹⁾. Ein Dekret aus der ersten Zeit der Diktatur, wonach alle Gewerkschaften registriert werden sollten, blieb auf dem Papier: die katholischen und sozialistischen Verbände weigerten sich, aus Furcht vor Repressalien, ihre Mitglieder zu nennen. Das Jahr 1925 bedeutete für die Festigung des fascistischen Staats- und Gesellschaftsprogramms sowie seine Verwirklichung die Wende.

XIII.

Der Faschismus war groß geworden in einem syndikalistisch-nationalistischen Milieu, welches zwar Programmkeime, aber kein fertiges anwendungsfähiges Programm enthielt. Durch die allmähliche Ansaugung der Intelligenz, vor allem durch die Verschmelzung mit

¹⁾ Erwähnt sei nur der (fakultative) Landwirtschaftsrat der Provinz (*Consiglio agrario provinciale*). Serpieri: l. c., p. 272 ss.

den Nationalisten, ist ihm mit der Zeit ein Programm zugewachsen. Die Hauptpunkte der Staats- und Gesellschaftsideologie: Primat der Exekutive, Hierarchie, Kampf der Befähigung an Stelle des Klassenkampfes, berufsständische Vertretung, wurden in fascistischen Zirkeln und Publikationen schon zu einer Zeit emsig diskutiert, wo die Regierung Mussolinis, welche mit dem Gros des Liberalismus zusammenhielt, vorsichtig genug war, die tragenden Institutionen des alten Italiens unberührt zu lassen und gelegentlich die Übereinstimmung mit den Grundlinien der albertinischen Charte herauszustreichen¹⁾. Die Diktatur sah in dem Programm, dessen Umriss sich vage aus der allgemeinen Diskussion emporhob, ein Requisite, dessen sie sich bediente, sobald die politische Situation es erforderte.

Als während der Matteotti-Krise die Aktivität auf den extremen Fascismus vom Schlage Farinaccis überging, entschloß sich die Partei dazu, ein Gremium von fünfzehn Personen, die Kommission der Solonen, einzuberufen, welches Vorschläge machen sollte für das künftige Verhältnis von Exekutive und Legislative, das neue Vereinsrecht, die Arbeitsgesetzgebung und manches andere. Es handelte sich dabei mehr um eine Geste, die anzeigen sollte, daß man auch mit geistigen Waffen kämpfen könne. Kaum hatte sich der Bruch mit dem letzten *fiancheggiatore*, Salandra, vollzogen, als Mussolini, diesmal in seiner Eigenschaft als Kabinettschef, eine neue Kommission aus achtzehn Personen zusammenrief, welche zwei fundamentale Fragen zu lösen unternahm: das Verhältnis von gesetzgebender und ausführender Gewalt zu einander und die berufsständische Gliederung der Gesellschaft und ihre Beziehung zum Staate.

Die Denkschrift der achtzehn ist die wichtigste Programmschrift auf fascistischer Seite²⁾. Sie ist es nicht deshalb, weil die Lösungen, welche sie vorgeschlagen, inzwischen von der fascistischen Praxis befolgt worden wären. Im Gegenteil: die Gesetzgebung ist im Inter-

1) In der Senatsrede Mussolinis vom 8. Juni 1923 hieß es, „niemand dächte daran, die Verfassung zu zerstören, deren Grundmauern solid gebaut seien“; Ende November 1924, also kurz vor dem Umschwung, fiel die Bemerkung, man wolle das Statut nicht verletzen in den Bestandteilen, die eine „unverlierbare Errungenschaft des italienischen Risorgimento darstellten“. La Nuova Politica, vol. I, p. 156; vol. III, p. 461.

2) Relazioni e proposte della Commissione Presidenziale per lo studio delle riforme costituzionali. Roma 1925.

esse der Festigung fascistischer Vormacht über die Anregungen der Kommission in entscheidenden Punkten hinausgegangen. Aber die Denkschrift hat der dynamischen Staatstheorie des Fascismus und ihrer Gesellschaftslehre die klarste Begründung gegeben. Sie ist der wichtigste Beitrag, den das intellektuelle Italien, soweit es fascistisch war, zum Neubau des Staates geben konnte. Die Namen, welche der Kommission angehörten, zählten zu den glänzendsten des Landes: Gentile, Corradini, Rossoni, Volpe, Arias, Barone, Gini, Rocco. Die Denkschrift steht im Mittelpunkt der folgenden Betrachtung; ihr Gedankengang wird durch Ausführungen anderer fascistischer Theoretiker ergänzt. Der Versuch, die Hauptlinie nachzuziehen, bringt es unweigerlich mit sich, daß manche Schattierungen fascistischer Lehre unberücksichtigt bleiben. Die Divergenzen innerhalb der Theorie können nicht gering sein: man bedenke, daß der Fascismus ein Reservoir darstellt für geistige Strömungen, die ganz verschiedenen Lagern entstammen. Jene Geschlossenheit, welche den Bolschewismus in seinen Grundlehren auszeichnet, wird man hier nicht erwarten dürfen.

Jenseits ihres konkreten Gehalts hat die fascistische Staatslehre mit aller nationalistischen Theorie ein wichtiges Merkmal gemeinsam: die Tendenz zur „Exklusivität“. Es handelt sich dabei um die — nicht von allen geteilte — Anschauung, als ob der Fascismus nur spezifisch italienische Gedankengänge enthalte, und zwar lediglich solche, in denen sich das „Wesen“ Italiens ausspricht. Diejenigen Ideen, welche nicht als Vorläufer des Fascismus gelten können, aber gleichwohl auf italienischem Boden geäußert worden sind, werden als fremder Import abgetan. Diese Auffassung muß aller rationalen Betrachtung als unsinnig erscheinen; sie läßt sich verstehen, wenn man, wie es die Nationalisten aller Völker tun, dem Staate eine „Mission“ zuschreibt, die sich in einer nur ihm eigenen, durch die Jahrhunderte fortgebildeten Ideologie niederschlägt. Charles Maurras, für den es eine Kulturtradition der romanischen Völker gibt, welche Frankreich am vollkommensten aufbewahrt hat, war so weit gegangen, die Revolution und ihre Lehre als absolut unfranzösisch zu verdammen¹⁾.

¹⁾ Maurras: *Romantisme et Révolution*, p. 2 ss. Paris 1925.

Ebenso mißtraut ein Teil der fascistischen Theorie dem Risorgimento, dessen Zusammenhang mit der verhaßten französischen Revolution trotz der ganz anders gearteten Konzeption des Staates bei Mazzini oder Gioberti nicht geleugnet werden kann. Er sieht, so wenig das gerade für Italien zutrifft, in der Gegenreformation, die neben der Hierarchie der römischen Kirche auch die korporative Tradition der romanischen Völker verteidigte, den Ahnen des Fascismus. Der Protestantismus wäre dann für die germanisch-angelsächsische Welt der Ausgangspunkt ihrer individualistisch-demokratischen Entwicklung, eine Idee, die unmittelbar der *Action française* entlehnt ist¹⁾, aber in ihrem Ursprung auf Comte und Bonald zurückweist. Die historische Rechtsschule in Deutschland kehrte bekanntlich den Spieß um: für sie war die Genossenschaft die spezifisch deutsche Lebensform.

Wie stellt sich vom Standpunkt der exklusiven Theorie die Geschichte der fascistischen Staats- und Soziallehre dar? „Das Mittelalter ist Auflösung, der Fascismus gesellschaftliche Verbindung²⁾.“ Innerhalb einer Umwelt, die mehr und mehr in ihre Teile zerfiel, gab es nach Alfredo Rocco zwei grandiose Zentren, welche die Tradition der antiken Staatslehre und des römischen Imperiums fortpflanzten: die katholische Kirche und die italienische Staatsphilosophie. Rocco verweist auf Thomas von Aquino und Dante, auf Macchiavelli und Vico. Er vergißt die Verfechter des „starken Staates“ auf außeritalienischem Boden: Melancthon, Hobbes, Wolff, Hegel. Das Risorgimento war nach ihm nur halbialienisch: „Allzu zahlreich waren die französischen, englischen und deutschen Kulturelemente, die während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die italienische Gedankenwelt eingeströmt waren³⁾.“ Aber gleichwohl konnte es die Flamme römischer Staatsauffassung konservieren, an welcher der Fascismus sich entzünden sollte. Denn der Mythos Rom, der seit der Isolierung des Fascismus immer stärker Institutionen und Gebräuche durchtränkte, war nirgends sonst auf so fruchtbaren Boden gefallen wie bei den fascisti-

1) Maurras: l. c., p. 3; Rocco: La Dottrina politica del Fascismo, p. 24.

2) Rocco: l. c., p. 22.

3) Rocco: l. c., p. 30.

schen Theoretikern. Der knappe Inhalt von Rocco's einseitiger Darstellung läßt sich so wiedergeben: der liberal-demokratisch-sozialistischen Staatstheorie, wie sie den barbarischen Gefilden jenseits der Alpen eigentümlich ist, steht die autoritär-soziale Staatsauffassung der Italiener gegenüber, die im Fascismus mündet. Es hieß demgegenüber das Problem mit spitzen Fingern anfassen, wenn Giovanni Gentile, dessen eigene Philosophie bis in die Wurzeln von Hegel beeinflußt ist, die *italianità* der fascistischen Lehre auf folgende Weise nachweist: dem individualistisch-skeptischen Italien der Renaissance steht ein anderes gegenüber, das durch die religiöse Erneuerung und die Reaktion gegen das Naturrecht bei Vico über Alfieri und Cuoco geradewegs in den Fascismus hineinführt¹⁾. Diese Herleitung räumt dem Risorgimento eine andere Stelle ein; der Fascismus ist nach Gentile eine Wiedergeburt seines ethischen Gehalts, wie er sich in Mazzini am reinsten darstelle.

Die fascistische Staatstheorie selber soll in ihren Grundzügen, soweit sie als Gemeingut gelten können, nur kurz skizziert werden. Rocco nannte das Gemeinsame von Liberalismus, Demokratie und Sozialismus, die sich nach ihm „logisch“ auseinander entwickelt haben, einen individualistischen Eudämonismus, der im Staat nicht Ziel, sondern Mittel sieht zur Verbesserung der Wohlfahrtsbilanz des Einzelnen. Dieses Urteil ist gegenüber dem philosophischen Liberalismus Kants und Humboldts ebenso falsch wie gegenüber gewissen Spielarten der sozialistischen Lehre, etwa bei Rodbertus und Lassalle. Die Konstatierung des individualistisch-eudämonistischen Gehalts der „herrschenden“ Lehre dient als Hintergrund, von dem sich die fascistische Theorie, die sich selber „organisch und historisch“ nennt, mit starker Kontrastwirkung abhebt. Organisch nicht nur in dem Sinne, daß der Staat sich als Organismus darstellt, wie in der berühmten Fabel des Menenius Agrippa, wo die einzelnen Teile zum Ganzen zusammenwirken, vielmehr so, daß ihm Eigenleben zugeschrieben wird, unabhängig von der Existenz der Einzelwesen, sowie eigene Ziele²⁾. In dieser Vision des Staates berührt die herrschende fascistische Theorie sich

1) Gentile: Che cosa è il fascismo, p. 13 ss.

2) Rocco: l. c., p. 15.

eng mit der Lehre der *Action française* und der nationalen Mystik Corradinis sowie der politischen Romantik schlechthin. „Der Staat ist nicht eine Summe von Individuen, sondern eine Folge von Generationen¹⁾.“ Dieser Satz könnte ebenso bei Bonald oder Adam Müller stehen. „Die nationale Einheit ist nicht etwas, was zu einem bestimmten Zeitpunkte existiert. Sie hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit und erstreckt sich in die entfernteste Zukunft²⁾.“ Diese Staatsvision des Fascismus steht im Anfang; sie beherrscht alles weitere. Der Staat ist ewig, das Individuum vergänglich. Daraus folgt, daß Zwecke und Ziele des Staates mit denen der Bürger, welche „an einem bestimmten Tage ein Staatsterritorium bewohnen“, nicht identisch sind³⁾, doch diesen stets vorangehen müssen. Denn das vergängliche Einzelwesen lebt für die Gemeinschaft. Es ist ein schwaches Instrument zur Erreichung von Gemeinschaftszwecken. Selbst dort, wo es vom Staate in seinen Interessen gefördert wird, geschieht dies nicht seinetwegen, sondern weil das Interesse des Staates mit dem des Einzelnen verbunden ist. Rocco spitzt das Verhältnis zwischen Staat und Individuum so zu: der Einzelne hat nur soweit Rechte, als sie der Natur des souveränen omnipotenten Staates entsprechen; aber er ist ihm gegenüber unbegrenzt verpflichtet⁴⁾.

Die Staatstheorie Gentiles variiert die gleichen Gedanken und bereichert sich in einem Punkte⁵⁾; der *Stato etico*, die Realisierung des Nationalbewußtseins im Sinne Mazzinis, ist „Wille“, „Person“, ausgerüstet mit einem „Programm“, begnadet mit einer „Mission“⁶⁾; er ist im Grunde nichts anderes als das Individuum selber, „befreit von allen zufälligen Differenzen“ gegenüber anderen, in eine Sphäre gehoben, wo es mit dem Willen der Gesamtheit eins ist. Das so „gereinigte“ Individuum ist der Staat,

1) Rocco: l. c., p. 13.

2) Relazioni e proposte, p. 8.

3) Rocco: l. c., p. 15.

4) Rocco: l. c., p. 15 s.

5) Gentile: Che cosa è il fascismo, p. 35 ss.

6) Eine prägnante Definition der Regierung, getragen von gleicher Grundanschauung, gibt Corrado Gini: *It is an agency, not for the changeable wishes of numerical majorities or of major interests, but rather for the effectuation of a program corresponding to the interests of the national organism. (The scientific basis of fascism. Political science quarterly, vol. XLII, Nr. 1, p. 103).*

keine geographische, eine „moralische Realität“, die von Generation zu Generation neu geschaffen wird. Der Einzelne ist nur wahrhaft er selber, soweit er sich in diese überindividuelle Region emporhebt. Zwischen Staat und Individuum besteht im tiefsten Sinne Identität. Diese Übereinstimmung gilt es ans Tageslicht zu ziehen. Daraus schöpft der Fascismus eine eminent wichtige pädagogische Aufgabe, die bereits ihren Niederschlag in der neuesten Gesetzgebung gefunden hat: er will den Bürger erforschen, ihn bilden und erziehen, einfügen in die nationale Einheit, kurz auf jene Stufe heben, wo sein Wille mit dem der Gesamtheit zusammenfällt¹⁾).

Zu dieser Staatsmetaphysik des Fascismus, die in Wahrheit mit hundert Fäden an das gesamteuropäische Denken geknüpft ist, trat ein sehr viel originelleres Element, dessen Begründung sich als eigenartiger Reflex moderner Philosophie deuten läßt. Bergson, dessen *évolution créatrice* bei Sorels Sozialtheorie Pate gestanden hat, faßt die Realität als unablässiges Wachstum, als Schöpfung, die sich ohne Ende folgt. Gentile, so tief die Kluft zwischen dem Jünger Hegels und Bergsons Vitalismus sein mag, sieht im Geist die „wissend-handelnde Schöpferkraft“²⁾; der Staat, das fleischgewordene nationale Bewußtsein (*coscienza nazionale*), ist selber nichts anderes als „Geist“, also Aktion. Die Beziehung Mussolinis über Sorel zu Bergson war sehr eng, die Stellung Gentiles innerhalb der geistigen Bewegung von großer Bedeutung; daraus ergibt sich ohne weiteres die Konsequenz: zum Wesen des fascistischen Staates gehört Handlung. Er erprobt seine Kräfte von Tag zu Tag in fortgesetzten Aktionen³⁾. Unter den drei Gewalten, in denen sich seine Souveränität auswirkt, gebührt eben deshalb der Exekutive die erste Stelle. Legislative und richterliche Gewalt „vervollständigen und verstärken in gewissem Sinne die Exekutivgewalt“. Die gesetzgebende Gewalt muß größtenteils von der Exekutive ausstrahlen: daher sollen die Funktionen des Parlaments beschnitten, die der ausübenden Gewalt ausgedehnt werden; denn: ihr Verfall bedeutet den Niedergang des Staates. Eine starke Exekutive wird im

1) Relazioni e proposte, p. 7.

Crespi, Angelo: Contemporary thought of Italy, p. 152. London 1926.
Relazioni e proposte, p. 73 ss. Vgl. diese Denkschrift auch zum folgenden.

Kriege von jedem gefordert, es widerspräche dem Wesen des dynamischen Staates, in Friedenszeiten darauf zu verzichten. Die ausübende Gewalt kann nur einer beschränkten Zahl von Personen, die eine vollständige Einheit bilden, anvertraut werden. Nur so können ihre Aktionen, die das Leben des Staates ausmachen, zugleich „schnell, sicher, einstimmig, bewußt, verantwortlich“ sein. „Es ist weder logisch noch nützlich, der Handlung weniger Verantwortlicher die Mitarbeit vieler Unverantwortlicher zu verbinden.“ Das Parlament soll auf Äußerung politischer Richtlinien, auf Billigung und Mißbilligung beschränkt sein. Die Auswahl der in der Exekutive, der Synthese staatlichen Lebens, Leitenden muß vom König ausgehen. Denn er allein, durch Geblüt und Tradition fest mit dem Staate verwachsen, hat das lebendige Gefühl für die Lebensnotwendigkeiten dieses „Organismus“. So erhält innerhalb der fascistischen Staatslehre die Dynastie ihren Platz. An die Stelle des Gottesgnadentums tritt die mystische Verbindung mit dem Körper der Nation, woraus gelegentlich auch die besondere Eignung des Adels zur Bekleidung politischer Ämter abgeleitet wird.

Jene Tendenz zur Exklusivität, wie sie sich für die Staatslehre konstatieren läßt, kann für die Gesellschaftstheorie nicht behauptet werden. Die Verkünder der neuen Gesellschaftsordnung, die in der Hauptsache vom Nationalismus und Syndikalismus herkamen, sind sich der Anregungen aus der Fremde meist bewußt geblieben, während man die Konzeption des Staates als italienisches Erbgut, durch die Jahrhunderte verschüttet, hinzustellen liebte. Nur der immer wiederkehrende Hinweis auf die soziale, wirtschaftliche und politische Funktion der römischen *Collegia* und der oberitalienischen Zünfte des Mittelalters, wie er in dem Verfassungswerk D'Annunzios für Fiume, in der Denkschrift der achtzehn sowie an unzähligen anderen Stellen auftaucht, soll anzeigen, daß der berufliche Aufbau der Gesellschaft mit seinen politischen Folgerungen eine spezifisch italienische Vergangenheit besitzt.

Die Forderung des berufständischen Staates ist an sich politisch indifferent: sie verbindet sich sowohl radikalen als konservativen Programmen. Im Rahmen des Marxismus, der nur den Arbeiter als produktiv anerkennt, führt sie zur Vernichtung der kapitalistischen

Produktion, der Einebnung der Klassen und der Diktatur des Proletariats. Im Munde Leos XIII. war die berufständische Ordnung ein Mittel zur moralischen und materiellen Hebung der Arbeiter und zur Abschwächung der Klassengegensätze. Die Nachkriegszeit kannte den beruflichen Aufbau der Gesellschaft, deren Organe wirtschaftliche und politische Rechte erhalten sollten, als Forderung des Proletariats; sie war radikal und ausschließlich in der russischen Formulierung, versöhnlich und auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt in Deutschland und Frankreich. Die Idee selber lag in Italien nahe. Sie war ein Programmpunkt der religiösen Demokratie und des Sozialismus. Die Fascisten hatten sie, wie wir wissen, in der Gründungsversammlung angedeutet; für sie ergab sich der Berufstaat mit Notwendigkeit aus der Haltung ihrer Komponenten: denn die Nationalisten, vor allem Rocco und Corradini, hatten „den Staat der Produzenten“ vermutlich Valois' Schriften entnommen und die Syndikalisten bogen unter dem Eindruck von Krieg und Nachkriegszeit die Lehre des Meisters in dem Sinne um, daß sie für die Syndikate, die Zellen der zu wählenden Repräsentativorgane, staatliche Bevormundung verlangten. Damit war der wichtige Grundsatz aufgestellt, daß weder die Produktion in ihren einzelnen Phasen noch die Regelung des Arbeitsverhältnisses in die individuelle, staatsfreie Sphäre fallen, sondern obrigkeitlicher Kontrolle unterliegen. Historisch gesehen machten die Fascisten damit den Sprung in die Theorie des Absolutismus, dessen Eingriffe in die Wirtschaft nur weniger systematisch und umfassend gewesen waren. Gleichzeitig vollzog sich in der Behauptung, daß die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden einander gleichgeordnet wären, für die vom Syndikalismus kommenden Fascisten der Übergang zur „Vulgärökonomie“.

Die fascistische Theorie und Gesetzgebung, wie sie sich in breitem Strom nach 1925 entfaltete, hatten einen originellen Auftakt in der niemals praktisch gewordenen Verfassung, welche D'Annunzio im September 1920 für Fiume verkündet hatte. Sie unterschied sich allerdings in einem sehr wesentlichen Punkte: die Rolle des Staates war gleich Null. Die berufstätige Bevölkerung wurde in neun autonome Zwangskorporationen gegliedert — die zehnte war dem *uomo*

nuovissimo vorbehalten —, aus deren Wahl eines der wichtigsten Staatsorgane hervorwuchs. Daß neben diesem ein „Rat der Besten“ (*Consiglio degli Ottimi*), aus allgemeinen Wahlen hervorgehend, mit geringeren Kompetenzen bestehen blieb, war nur eine Übergangserscheinung; die syndikalistische Idee war in der heroisch stilisierten Verfassung des Dichters getreu verwirklicht¹⁾.

Gegen diese jüngste Utopie hat sich der offizielle Fascismus feindlich verhalten. Es war wohl weniger die poetische Einkleidung als die Vernachlässigung des Staates, welche ihn abstieß. Denn so verschieden die neue Ordnung von den fascistischen Schriftstellern aufgefaßt wurde, die Suprematie des Staates war der allen gemeinsame Grundton. Es ist nicht unsere Aufgabe, die zahlreichen Nuancen, welche die fascistische Verbandstheorie aufweist, zu schildern. Es genügt, auf die Hauptpunkte hinzuweisen, worin die Ansichten voneinander abweichen. Die erste Meinungsverschiedenheit bezog sich auf die Konstruktion der Syndikate. Sollten die neuen Gewerkschaften obligatorisch oder fakultativ sein; müssen sie alle in Industrie, Landwirtschaft und Handel Tätigen umfassen oder nach Arbeitgebern und Arbeitern getrennt werden; wie endlich bestimmt sich der Kreis ihrer Aufgaben. Die zweite Kontroverse knüpft an die politische Funktion der Syndikate an. Soll die aus den Gewerkschaften gebildete Vertretung die einzige sein oder kann neben ihr die auf allgemeinem Stimmrecht ruhende Kammer bestehen bleiben; wenn dieses der Fall ist, wie kann zweckmäßig die Kompetenz beider Körperschaften abgegrenzt werden; manche dachten daran, sich mit einem berufständischen Einschlag im alten Parlament zufrieden zu geben; fraglich war nur, ob Kammer oder Senat in diesem Sinne verjüngt werden sollte²⁾.

Die Begründung des berufständischen Staates fand ihre für den Fascismus klassische Form in der Denkschrift der achtzehn. Der Lösungsversuch selber unterschied sich von der späteren Lösung in einem sehr wesentlichen Punkte: neben die Gewerkschaften, die ge-

¹⁾ Ambrosini, Gaspare: *Sindacati, Consigli tecnici e Parlamento politico*, p. 109 ss. Roma 1925.

²⁾ Aus der großen Literatur sei nur folgende zusammenfassende Schrift erwähnt: Gianturco, Mario: *La Legislazione sindacale fascista e la Riforma costituzionale*. Genova 1926.

setzlich anerkannt wurden, sollte eine berufliche Organisation mit weitgehenden administrativen Funktionen treten, die gleichzeitig die Unterlage für die politische Repräsentation des Volkes abgab. Der Vorschlag sei kurz skizziert, weil ihm die Wirklichkeit an späterer Stelle gegenübergestellt wird.

Der liberale Staat krankt an dem Gegensatz von Individuum und Nation; er negierte die Verbände. Er setzt an ihre Stelle die durch verschiedenartige Bindungen (Interessen, Überzeugungen, ständische Zugehörigkeit) zusammengehaltenen Parteien. Dagegen erkennt der Fascismus die lediglich auf Interessengleichheit ruhenden, innerhalb der modernen Gesellschaft gewachsenen Berufsverbände im vollen Umfang an, nicht bloß die Gewerkschaften der Arbeiter, mit deren juristischer Anerkennung andere Staaten vorangegangen sind. Diesen Vorsprung wird Italien einholen. Es soll die Verbände von Arbeitgebern, Arbeitern, Privatangestellten anerkennen, falls sie den Gesamtinteressen nicht widersprechen und keinen Bestandteil internationaler Organisation bilden. Während innerhalb der Industrie und des Handels die Gemeinsamkeit des Berufes das verbindende Element ist, liegen die Dinge anders in der Landwirtschaft: Tagelöhner, Teilpächter und Eigentümer ringen um die Verteilung des Ertrages, haben jedoch alle ein gemeinsames Interesse an seiner Vermehrung, und der Fascismus hat deshalb den Anfang gemacht, diese verschiedenen Kategorien in Teilen Oberitaliens in vertikalen Verbänden zu organisieren¹⁾. Soll nun der Staat alle sozialen Kräfte in seinen Dienst stellen, so darf er nicht dabei stehenbleiben, die Verbände, deren Angehörige die gleiche Tätigkeit ausüben, anzuerkennen, sondern muß jene bestehenden vertikalen Bildungen in der Landwirtschaft einbeziehen.

Aber die Kommission hielt mit solchen Vorschlägen ihre Aufgabe nicht für erledigt; das wäre nur eine Reform alten Stils gewesen. Es galt, darüber hinaus eine berufständische Organisation zu entwerfen, gedacht als grundlegende Einrichtung des öffentlichen Rechts, welche alle Bürger in den verschiedenen Zweigen ihrer Betätigung umfassen und selber mit einer Reihe öffentlich-rechtlicher

¹⁾ Das gleiche Argument spräche für gemischte Organisationen in Handel und Industrie. Es ist oft ins Treffen geführt worden, z. B. Gianturco: l. c., p. 28.
v. Beckerath, Fascistischer Staat.

Aufgaben betraut sein sollte, die den anerkannten Syndikaten versagt bleiben.

Die neue Berufsorganisation stand in engstem Kontakt mit der fascistischen Staatstheorie. Der Einzelne ist an sich nicht fähig, den Staat zu erfassen. Die Kluft zwischen ihm und den Einzelwesen ist zu groß. Sie wäre unüberwindlich, wenn es nicht Zwischenglieder gäbe, die Verbände, welche die Brücke bilden. Das Individuum ist zur Vision des Staates nur fähig, wenn es als Glied eines Verbandes, worin es gelernt hat, sich einzuordnen, den Staat ansieht als Zusammenfassung aller sozialen Kräfte (*attività sociali*), welche durch die bestehenden Körperschaften dargestellt werden. Die Ideologie der achtzehn legt Wert darauf, die marxistische Vorstellung von festgefügt sich befehdenen Klassen durch eine „realistische“ Auffassung zu überwinden. Sie sieht als Träger des sozialen und wirtschaftlichen Lebens eine Unzahl organisierter Gruppen, zwischen denen die Individuen hin und her pendeln. Die marxistischen Denker leugnen die nationale Solidarität, der Fascismus ist ganz Exaltation des nationalen Staates. Er stellt die „neue Ordnung“ auf das Gleichgewicht aller sozial verbundenen Kräfte, die zwar verschiedene Funktionen verrichten, aber sämtlich gleich unentbehrlich sind für die Existenz des Ganzen.

Wie nun das Gleichgewicht aller Kräfte in Gesellschaft und Wirtschaft, verbunden mit einer Steigerung der Produktion auf der ganzen Linie, dauernd erzielt werden kann, ist eine Frage, für deren Lösung die Kommission konkrete Vorschläge gemacht hat. Es sollen Gilden (*Ordini*) gebildet werden, welche die freien Berufe, Künste und Staatsdienst, weiter die Landwirtschaft sowie endlich Industrie und Handel in allen ihren Mitgliedern in sich fassen und selber in Teilgruppen (*Categorie*) zerfallen. Den drei Gilden entsprechend erhält jede Provinz drei Kammern (*Camere*), die von allen gewählt werden, die den Gilden angehören. Die Zahl der Vertreter bildet einen festen Prozentsatz aller Eingeschriebenen, aber dieser Satz ist größer bei der ersten Kammer, sodaß die Intelligenz mindestens auf ein Viertel aller Vertreter der drei Kammern kommt. Diese wählen je für sich einen Rat (*Consiglio*), gemeinsam stellen sie die ständische Körperschaft für jede Provinz dar (*Collegio Cor-*

porativo Provinciale). Darüber wölbt sich der Nationalrat in Rom (*Consiglio Corporativo Nazionale*), zerfallend gemäß den drei Gilden in drei Abteilungen (*Comitati*); er ist aus Vertretern der provinziellen Körperschaften gebildet. Die Organe der neuen Ordnung erfüllen ihre Aufgabe, den Umständen entsprechend, getrennt oder verbunden in einer Weise, welche die „volle Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte sicherstellt“. Der Bereich ihrer Tätigkeit ist weitumfassend abgesteckt. Sie sind Schiedsgerichte bei Arbeitsstreitigkeiten, genehmigen Tarifverträge, regeln den fakultativen und obligatorischen Zusammenschluß von Unternehmungen, um Kostenermäßigung, Spezialisierung und Normalisierung der Produktion durchzuführen: denn die wirtschaftlich-technische Seite der Erzeugung ist ein Gebiet, das dem fascistischen Staate nicht gleichgültig bleiben darf. Die Kompetenz der neuen Organe erstreckt sich weiter auf Arbeitsvermittlung, Fachausbildung, Fürsorge, Versicherung, Binnenwanderung, Auswanderung und manches andere. Sie sollen gehört werden, wo es sich darum handelt, den Gewerkschaften die vorgesehene rechtliche Anerkennung zu verleihen.

Der grandiose Organismus mit seinen berufständischen Gliedmaßen ist nach fascistischer Ideologie nur die Wiederbelebung des spätrömischen Staates und der großen mittelalterlichen Kommunen. Die Beweglichkeit und das stürmische Tempo des modernen Lebens fordern jedoch eine Reihe von einschneidenden Änderungen. Man denkt nicht daran, die Exklusivität oder den Zunftzwang mittelalterlicher Innungen in Italien einzuführen oder den Übergang von einem Gewerbe zum anderen zu hindern. Darin nahm man die Verfassung D'Annunzios zum Vorbild. Nur der Geist, welcher die alte Innung beseelte, soll in der neuen ständischen Ordnung aufleben: die Idee, wonach jede wirtschaftliche Tätigkeit die Ausübung eines öffentlichen Amtes — *munus publicum* — ist. Die Berufskörperschaft ist, abgesehen von ihren konkreten Funktionen, ein „Mittler“ zwischen Staat und Individuum; sie ist der Träger einer pädagogisch-politischen Aufgabe, indem sie dem Einzelnen zeigt, wie seinem Eigeninteresse durch das der Nation überall die Grenze gesteckt wird. Damit befreit sich der Staat aus den Klammern der Wirtschaft und macht den Versuch, sich ihrer zu bemächtigen; er legt

den Korporationen die Pflicht auf, das Agens aller Wirtschaft, das private Interesse, im Sinne der Gesamtheit zu lenken. Diese Absicht kleidet sich gelegentlich in die zugespitzte Forderung: der Verband sei die tägliche Schule sozialer Zusammenarbeit, eine Schule des Opfers und nicht des Egoismus¹⁾.

Die berufständische Ordnung wird von den Fascisten gefaßt als letztes Glied einer sich mit unentrinnbarer Notwendigkeit vollziehenden Entwicklung. Die spontane Verbindung von Interessen zu Körperschaften ist ein in voller Entfaltung begriffenes historisches Phänomen. Dem Staate bleibt in dieser Lage nichts anderes übrig, als sich entweder auf die Rolle des passiven Zuschauers zu beschränken, die Verbände dem verhetzenden Einfluß der Parteien zu überlassen, oder seine Suprematie zu wahren, indem er sie eingliedert, kontrolliert und ihr Tätigkeitsfeld regelt. Der moderne Staat soll jene gesellschaftlichen Bildungen nicht zu seinem Schaden sich selbst anheimgeben entarten lassen, sondern muß ihre Kräfte einfangen und vor seinen Wagen spannen.

Der berufständische Körper, den die Kommission schaffen wollte, soll nicht nur wirtschaftliche und soziale Verwaltung treiben und die Individuen zum Dienst am Ganzen erziehen, sondern gleichzeitig die Grundlage für die politische Vertretung des Volkes bilden. Die Denkschrift der achtzehn berief sich für ihren Vorschlag auf Vorgänger: sie erwähnte die Theoretiker des berufständischen Parlaments auf italienischem Boden, *Sismondo De Sismondi* und *Giandomenico Romagnosi*, und nannte den von den Popularen eingebrachten Entwurf einer Senatsreform, wonach die erste Kammer einen stark beruflichen Einschlag bekommen sollte²⁾. Die Kommission kam in ihrer Mehrheit zu dem Entschluß, den Senat als Gremium von Individualitäten, die durch den König auf Lebensdauer ernannt werden, bestehen zu lassen; denn, ein echt fascistischer Gedanke, diese Form „spiegelt würdig die historische Kontinuität des Vaterlandes“ wieder. Dagegen soll in Zukunft die Hälfte der Deputierten, mit der Zeit die Gesamtheit, aus den ständischen Provinzialkörperschaften hervorgehen.

1) *Relazioni e proposte etc.*, p. 111.

2) Die Details dieses Vorschlags siehe bei *Ambrosini*: l. c., p. 135 ss.

Die wichtigste Tatsache der komplizierten Gliederung der Gesellschaft, wie die Majorität der Kommission sie vorgeschlagen, war gewiß die, daß neben den Syndikaten, welche die Träger gleicher wirtschaftlicher Funktion umfaßten, die territorialen Organisationen aus allen Berufen traten, die ihre Spitze im Nationalrat hatten. Die berufständischen Organe waren den Syndikaten übergeordnet: sie waren Schiedsrichter bei Arbeitsstreitigkeiten, genehmigten die Tarifverträge und wurden gehört, wenn es sich darum handelte, Gewerkschaften anzuerkennen. Darüber hinaus waren sie Organe wirtschaftlicher und sozialer Verwaltung und stellten die Basis dar für einen Zweig des Parlamentes. Es ist echt fascistisch, daß beide Arten beruflicher Verbände vom Staate überwacht werden sollten. So wurden von der rechtlichen Anerkennung und ihren Folgen grundsätzlich ausgeschlossen die „staatsfeindlichen“ Gewerkschaften und solche, die Mitglieder internationaler Organisationen waren, weiter Vereinigungen von Staatsangestellten und Syndikate, die sich über mehr als eine Provinz erstreckten. Der Präsident des Nationalrats, des höchsten Organs im berufständischen Aufbau, hatte die Genehmigung der Regierung nötig. Diese konnte alle Sitzungen ständischer Organe durch einen Vertreter überwachen; außerdem stand es im Belieben des Kabinetts, die korporativen Organe aufzulösen, wenn das „öffentliche Interesse“ es erfordern sollte.

Es wäre unbillig, die fascistische Staatstheorie wissenschaftlicher Kritik zu unterwerfen. Sie ist Ausfluß eines bestimmten politischen Willens, Staatsmetaphysik, keine Theorie, die das Wesen des Staates erklärt, sondern eine Lehre, die ihm seine Gestalt eigenwillig vorschreibt. Es ist Vision, nicht Erkenntnis, wenn vom Staate gesagt wird, er sei eine „ewige Geschlechterkette“, eine „Objektivierung des Nationalbewußtseins“, das sich in jedem Einzelnen aktualisieren müsse. In der uralten Kontroverse, ob der Staat des Individuums wegen da sei oder umgekehrt, tritt der Fascismus mit äußerster Energie für die zweite Lösung ein — nichts weiter. Wenn er sich selber als Exponenten der italienischen Rasse auffaßt, so ist dies ein Merkzeichen aller nationalistischen Bewegung. Die Staatstheorie, welche der Fascismus verkündet, ist in jedem Zuge die Theorie der Diktatur; der stärkste Beweis ist seine Anschauung von der Exeku-

tive, welche den „wenigen“ anvertraut wird. Es läge nahe, von hier aus eine unmittelbare Beziehung zur Elitetheorie Paretos und Moscas zu konstruieren. Aber das ist ungenau. Die Einsicht, wonach jede Staatsform die Herrschaft einer schmalen Schicht mehr oder weniger verhüllt, ist eine geschichtsphilosophische Erkenntnis, welche dem historischen Prozeß abgelauscht ist. Darin liegt kein Rezept. Vilfredo Pareto selber hat kurz vor seinem Tode den Fascisten geraten, das Parlament als Scheininstitution beizubehalten¹⁾.

Die französische Revolution hatte Staat und Individuum mit Schärfe einander gegenübergestellt. Die Verbände waren aufgelöst, ihre Bildung unter Strafe gestellt. Die „souveränen“ Individuen, aus welchen der nachrevolutionäre Staat sich zusammensetzt, hatte Benoist dem Flugsand verglichen, der vom Winde, je nach Laune, hin und her gewendet wird²⁾. Der Facismus knüpft mit seinem *Stato Corporativo* an die Restaurationsphilosophie an, deren ständische Ideale im 19. Jahrhundert nirgends zur Ruhe gekommen waren. Damit füllt sich wieder die Lücke, welche die individualistische Lehre zwischen Einzelwesen und Staat freigelassen hatte. Die Verbände schieben sich ein. Es ist eine Hauptthese des Facismus, daß solche Zellen mit unaufhaltsamer Notwendigkeit dem sozialen Wesen des menschlichen Geschlechts entspringen und widerstaatlich „entarten“, sofern der Staat sie nicht in seinem Interesse bändigt³⁾. Eine spontane Verbandsbildung läßt sich in der Tat nicht leugnen, aber sie ist zu gutem Teil apolitisch; es wäre leicht, eine Fülle von Korporationen zu nennen, welche Mitglieder verschiedenster Parteien umschließen und niemals als Instrument einer Partei, wie der Facismus glaubt, eingespannt werden können. Die fascistische These trifft jedoch zu für das wichtigste Teilgebiet modernen Verbandswesens: die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Anschauung, als ob solche Vereinigungen dem verhetzenden Einfluß von Parteien unterliegen, wird aus den italienischen Ereignissen der

1) Ebenso charakteristisch ist es, daß Mosca von einer sowjetistischen, bürokratischen und syndikalistischen Lösung der parlamentarischen Krise gleichmäßig abrät. *Elementi di scienza politica* p. 492 ss.

2) Zitiert nach Ambrosini: I. c., p. 12.

3) Der Zug zum Zusammenschluß in Berufsgruppen bildete in Deutschland ein Argument für die „Planwirtschaft“. Wissel, R., und Moellendorf, W. von: *Wirtschaftliche Selbstverwaltung*, S. 8. Jena 1919.

Nachkriegszeit geschöpft, also aus dem Verhalten der roten und weißen Gewerkschaften in den Jahren bolschewistischer Bedrohung. Es wird dabei zweierlei übersehen: die Gewerkschaftszentrale weiß die Freiheit ihrer Aktion in den meisten Fällen der Parteileitung gegenüber zu wahren, sie hat in Italien dem revolutionären Willen der Partei die Spitze abgebrochen; weiter kann der Verband, gleichgültig ob er aus Arbeitern oder Arbeitgebern besteht, nur unter ganz bestimmten Verhältnissen, die von der Wirtschaftslage und den augenblicklichen Machtmitteln des Staates sowie der Energie seiner Leitung abhängen, diesem seinen Willen aufzwingen. Ein gewichtiger Einwurf gegen den *Stato Corporativo* liegt in folgender Betrachtung: Es ist eine Binsenwahrheit, wie stark die Entfaltung des Kapitalismus an die individualistische Entwicklung des 19. Jahrhunderts, welche den Unternehmer frei und ledig des Zwanges auf die Szene setzte, gebunden ist. Der Fascismus wünscht das kapitalistische System zu erhalten; es ist, wie er oft hervorhebt, für ihn nicht Selbstzweck, sondern die beste Form der Gütererzeugung und damit eine „Methode“ zur Stärkung staatlicher Macht. Die Korporation, welche das Einzelwesen ergreift und einordnet, steht grundsätzlich in Widerspruch zum Individualismus. Der Verband wird den kapitalistischen Entwicklungsprozeß nur unter der Bedingung nicht hemmen, daß er, wie die fascistische Theorie es plant, der wesentlichen Attribute der mittelalterlichen Innung beraubt wird: des Zunftzwanges, welcher die Ausübung des Gewerbes an die Mitgliedschaft bindet, und der strengen Geschlossenheit der Zünfte. Es fragt sich, ob die locker gefügte Korporation des Fascismus zu wirklichem Leben erwachen kann; ob sich Berufsethos und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Verbands- und der Gemeinschaft in ihrem Schoße entwickeln. Das gilt besonders von den schwerfälligen, *ad hoc* konstruierten ständischen Organen, welche nach dem Willen der Kommission alle Berufsgruppen umspannen sollten. Aber auch bei den Fachverbänden, den Syndikaten, deren Umformung zu Staatsorganen, ohne die Errichtung eines neuen ständischen Aufbaus, vielen Theoretikern als Lösung vorschwebte, ist nur gewiß, daß sie wirksame Verfechter ihrer Wirtschaftsinteressen, vielleicht auch starke Werkzeuge in der

Hand ehrgeiziger Verbandsleiter werden. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß alle solche Organisationen vortreffliche Medien für obrigkeitliche Eingriffe darstellen. Davon wird die Rede sein, wenn wir von der Ideologie des korporativen Staates zu seiner Verwirklichung übergehen. Der Fascismus macht den modernen, aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangenen Abgeordneten den Vorwurf, daß er die „organisierten Interessen“ nicht vertrete; das ist nicht korrekt, denn in dem Deputierten können zwei Seelen stecken, die seines Standes und der Korporation, welcher er angehört, und die der Partei, und beide brauchen sich nicht zu decken. Aber man könnte den Spieß umdrehen: ist es nicht denkbar, daß die alten Parlamentarier im berufständischen Staate über Verbandsposten in die Volksvertretung eindringen, wo das alte Spiel, vielleicht in verhüllter Form, von neuem anhebt? Dagegen wäre allerdings die Diktatur gefeit, wo die Kammer ohnehin nichts bedeutet.

XIV.

Die Phase der Herrschaft, welche 1925 einsetzte, ist dadurch ausgezeichnet, daß der Fascismus das Gesetz und die Vollzugsorgane des Staates mit Energie und Methode zum Schutze seiner Macht aufbietet. In steigendem Maße wird das politische Eigenleben erstickt; das gedruckte Wort, die politische und gewerkschaftliche Organisation, die Propaganda in jeder Form — das alles verfällt der Strafe, sofern die verlangte Übereinstimmung mit dem herrschenden Regime nicht vorliegt. Die Zuverlässigkeit gegenüber den Grundlinien fascistischer Politik ist eine Forderung, welche man unbedingt an die Beamenschaft stellt. Jeder Angriff auf die neue Regierung unterliegt strenger Ahndung, besonders wenn er von Italienern in der Fremde ausgeht oder das Leben des Duce selber antastet. Die Gesetze, auf die angespielt wird, lassen sich den Quadersteinen einer festen Mauer vergleichen, welche die Diktatur zu ihrem Schutze errichtet. Da nach 1925 die Machtmittel des Staates voll eingesetzt wurden, so ist es nicht wunderbar, wenn die spontane fascistische Gewalttätigkeit von oben gebremst wurde und nachließ. Jemehr der Staat selber zum Werkzeug der Partei wurde, desto leichter fiel es ihr, auf Sonderaktionen zu verzichten.

Es gibt drei Mittel, mit welchen man der Presse wirksam zu Leibe gehen kann. Der Fascismus hat mit der gelegentlichen Zerstörung von Redaktionen und Druckereien begonnen, worin ihn heute die Bewegung Valois' in Frankreich imitiert; das zweite Mittel, welches sich nur die Partei, die zur Herrschaft gelangt ist, leisten kann, ist die Knebelung der Presse durch Gesetz, das dritte besteht darin, daß man Konkurrenzorgane gründet, feindliche Blätter ankauft oder einen Wechsel in der Leitung auf mannigfache Weise — persönliche Bedrohung, Preßkampagne — erzwingt. Die Unterdrückung der Presse auf gesetzlichem Wege begann im Juli 1923. Ein Dekret schrieb vor, daß der Sitzredakteur entweder der Herausgeber selber oder ein wesentliches Mitglied des Redaktionsstabes sein müsse. Der Präfekt wurde nach Anhörung einer Kommission ermächtigt, eine Zeitung zu warnen, welche falsche Nachrichten verbreitete, die das Land in Mißkredit brachten oder zum Klassenkampf aufreizten. War der Herausgeber zweimal gewarnt, so konnte seine Anerkennung (die zunächst vom Präfekten, später vom Oberstaatsanwalt beim Appellhof ausgehen mußte) zurückgenommen und die Zeitung selber suspendiert werden. Von der Verordnung machte man zunächst einen laxen Gebrauch, erst einen Monat nach der Ermordung Matteottis ging die Regierung dazu über, die Presse ihre Schärfe fühlen zu lassen. Eine später vom Parlament genehmigte Vorlage, welche gleichsam den Auftakt zur Radikalisierung der Bewegung darstellt, legte den Zeitungen weitere Daumschrauben an: Herausgeber und Eigentümer wurden für Schäden, die durch ihr Organ angerichtet waren, geldlich haftbar gemacht, die Druckerei nebst ihren Einrichtungen diente als Sicherheit. Vor allem aber wurden Journalistengilden geschaffen, und das Gewerbe selber konnte nur von Eingeschriebenen ausgeübt werden¹⁾. Damit hatte die Regierung die Preßopposition vollkommen in der Hand, sie konnte nach Belieben die Zügel straffer anziehen oder nachlassen. Auch das dritte Mittel, womit eine Partei die öffentliche Meinung nach ihrem Willen formt, ist reichlich vom Fascismus angewandt worden: Grün-

¹⁾ Zu allen gesetzlichen Maßnahmen ist die Gazzetta Ufficiale herangezogen worden. Die einzelnen Nummern werden nicht angeführt, da sie sich leicht finden lassen.

dung und Ankauf von Zeitungen sowie Verschiebung in den Redaktionsstäben. Aus der *Stampa Frassatis*, dem langjährigen Organ Giolittis, dem im Süden verbreiteten *Mattino* und dem im Auslande meist gelesenen *Corriere della Sera* sind die unbequemen Persönlichkeiten entfernt worden; aber das sind nur Beispiele. Die neu gegründeten Zeitungen und Zeitschriften auf fascistischer Grundlage sind Legion. Es ist mit der Zeit in den periodischen Äußerungen der öffentlichen Meinung eine Uniformität erzielt worden, welche die politischen Gegensätze, die unter der Decke fortglühen, vollkommen überdeckt.

Neben der Vernichtung der Preßfreiheit steht der methodisch verstärkte Angriff auf alle nichtfascistischen Verbände. Auch hier gehen die sporadischen Attacken der Anhänger voran, denen sich im späteren Stadium die Aktion des Staates verbindet. Es wurde früher darauf hingedeutet, wie der Kampf gegen katholische und sozialistische Gewerkvereine die Entmachtung beider Parteien im Parlament durch das eigentümliche Wahlrecht von 1924 vorbereitete. Mit dem Kampf gegen das Freimaurertum nahm der Fascismus die Fehde gegen eine Organisation auf, in welcher unstreitig starke Kräfte des demokratisch-antiklerikalen Italiens verbunden waren. Die Loge, in welcher Abgeordnete, Offiziere, Verwaltungsbeamte und Männer der Wirtschaft zusammenkamen, umflort von dem Geheimnis sonderbarer Riten und Gebräuche, war in der Geschichte Italiens ein Faktor von großer, doch schwer abzumessender Bedeutung. Vor dem Kriege hatte sich zu ihrer Bekämpfung eine sonderbar gebildete Phalanx zusammengefunden: die katholische Kirche, die Nationalisten um Federzoni, welche in der *Idea Nazionale* ein berühmtes Referendum über die Frage veranstaltet hatten, und der syndikalistische Flügel der Sozialisten, der auf dem Kongreß von Ancona durch den Mund Mussolinis erklären ließ, die Zugehörigkeit zur Loge vertrage sich nicht mit den Grundsätzen des Sozialismus¹⁾. Für den syndikalistischen Mussolini war die

¹⁾ Mussolini, als er den Entwurf zur Unterdrückung der Freimaurer vor Kammer und Senat vertrat, legte Wert darauf, die Kontinuität in seiner Feindschaft gegen die Loge herauszutreiben. Er bezeichnete die Tatsache, daß er das Gesetz einbringe, geradezu als die „Probe für seine Konsequenz in den Grundlinien“. Er habe die Freimaurer schon bekämpft zu einer Zeit, wo er die Notwendigkeit des

Abneigung gegen drohende Verbürgerlichung der Grund seiner Feindschaft gewesen, für den Duce des Fascismus war es die demokratisch-internationale und widerkirchliche Haltung der Freimaurer, die zur eigenen Ideologie senkrecht stand, sowie die hartnäckige Opposition gegen sein Regime, deren unterirdische Fäden sich in den Logen knüpften. Die *massoneria* war die mit dem alten Italien verwachsene konkurrierende Machtgruppe, und das allein würde genügen, den Angriff des Fascismus zu motivieren. Der entscheidende Schlag des fascistischen Staates war das Gesetz gegen die geheimen Gesellschaften. Es wurde kurz nach der Januarrede Mussolinis eingebracht und passierte im Herbst den Senat, wo es vor allem in dem liberalen Benedetto Croce, trotz seiner Abneigung gegen die Freimaurer, einen grundsätzlichen Gegner fand. Dieses Gesetz verpflichtet alle Arten von Verbänden, der Regierung die Listen der Mitglieder und die Statuten bekanntzugeben. Die geheimen Gesellschaften werden aufgelöst. Jeder Staatsbeamte, der einem solchen Orden angehört, verliert sein Amt. Es ist zu beachten, wie ein früheres Dekret, das auf dem Papier geblieben war, in dieser Maßnahme lebendig wird: durch den ersten Artikel sind alle Organisationen gehalten, ihre Mitglieder anzugeben. Wie eine solche Bestimmung in der Atmosphäre Italiens auf den Bestand nichtfascistischer Korporationen wirken mußte, läßt sich denken.

Das Milieu, welches der Fascismus schafft, ist das allgemeiner Zustimmung: *compatibilità*. Ihr muß sich das Beamtentum in erster Linie einfügen. Staatsdiener, „welche nicht die Gewähr für eine treue Amtserfüllung geben oder sich in Widerspruch zu den allgemeinen politischen Richtlinien“ setzen, können ohne weiteres in Pension geschickt werden. Die Enthebung erfolgt durch königliches Dekret auf Vorschlag des zuständigen Ministers. Bei einigen Beamtenkategorien, wozu Universitätsprofessoren und Richter gehören, muß der Entscheidung ein Ministerrat vorangehen. Ein solches Gesetz ist wirksam, auch wenn es nur sehr wenig angewendet wird;

revolutionären Putsches verherrlichte, um den Arbeitermassen den *senso della tragedia* (Gefühl der Tragödie) zu geben. Er bekannte sich übrigens in der gleichen Rede zu dem sokratischen Grundsatz, „den Freunden möglichst viel Gutes, den Feinden möglichst viel Übles zu tun“. Discorsi del 1925, p. 67 ss.

denn es schwebt wie das Schwert des Damokles über jedem Staatsdiener und ruft durch seine bloße Existenz die gewollte Wirkung hervor.

Nach einer Reihe von Attentaten auf das Leben Mussolinis, welche den Radikalismus innerhalb der Bewegung an die Oberfläche getrieben hatte, ist der Fascismus im Spätherbst 1926 zu einem frontalen Angriff gegen seine politischen Gegner innen und außen übergegangen. Schon vor der neuen nationalistischen Welle hatte man alle Italiener, die sich nach England und Frankreich gewandt hatten, um von dort aus das fascistische System zu bekriegen, mit dem Verlust des Bürgerrechts bedroht, falls ihre Tätigkeit die Ordnung des Königreichs gefährde oder dem guten Namen und den Interessen Italiens abträglich sei. Diese Maßnahme war im Art. 5 des Staatsschutzgesetzes vom 25. November 1926 ergänzt worden. Jeder Bürger, der im Auslande „falsche, übertriebene oder tendenziöse Notizen oder Gerüchte über die innere Lage des Staats verbreitet, um seinen Kredit oder sein Prestige zu mindern, irgendeine Tätigkeit entfaltet, welche die nationalen Interessen schädigt, wird mit Gefängnis von fünf bis fünfzehn Jahren bestraft und von der Bekleidung öffentlicher Ämter ausgeschlossen“. Erfolgt die Verurteilung in contumacia, so geht das Bürgerrecht verloren, und die Güter werden konfisziert. Der so geöffnete Weg zur Bestrafung von ins Ausland geflüchteten Feinden ist schon beschritten worden. Das italienische Gesetzblatt hat eine ganze Reihe von Namen Proskribierter veröffentlicht, unter ihnen Alceste De Ambri, Cesare Rossi, Gaetano Salvemini¹⁾. Als Mussolini seine

¹⁾ Von den bisher Geächteten trägt Gaetano Salvemini einen im Ausland gekannten Namen. Er hatte die *Unità* herausgegeben, welche vor dem Kriege Bürokratie, Parlamentarismus, Giolittismus, Protektionismus sowie die politisch motivierten Vergünstigungen an die Tagelöhnerorganisationen im Po-Tale bekämpfte. Unstreitig hat dieses Organ trotz einer gewissen ideologischen Einseitigkeit zur politischen Erziehung Italiens beigetragen (Volpe: l. c., p. 65). Salvemini war unerbittlicher und konsequenter Gegner des Fascismus, den er besonders in der englischen liberalen Presse, wie dem *Manchester Guardian*, verfolgte. Zur fascistischen Gegenaktion gehörte das oft zitierte, mit krampfhafter Sachlichkeit für englische Ohren geschriebene Buch *Villarisi*. Salvemini's Ächtung erfolgte, wie bisher stets in solchen Fällen, durch königliches Dekret, das die Aktion motivierte. Es seien daraus einige Sätze zitiert: „In Anbetracht der Erwägung . . ., daß der Professor Salvemini, schon bekannt durch seine traurige Verzicht-Kampagne,

Stellung im Staate juristisch festlegte, war der Träger des neu geschaffenen Amtes durch Androhung empfindlicher Gefängnisstrafen gegen tätlichen Angriff und gegen Beleidigung in Wort und Tat geschützt worden. Unter dem Eindruck der Attentate hatte man im Staatsschutzgesetz das Strafmaß erhöht. Die Todesstrafe, welche in Italien unbekannt war, sollte bei Verbrechen gegen die wichtigsten Mitglieder der königlichen Familie und gegen den *Capo del Governo* (Regierungschef) in Anwendung kommen. Die Teilnehmer an einem Komplott, welches ein Vergehen dieser Art zum Ziel hat, werden mit hohen Gefängnisstrafen belegt, ebenso alle, die öffentlich zu einer solchen Tat auffordern oder sie verherrlichen. Das Staatsschutzgesetz bildet auch im Kampfe mit den nichtfascistischen Parteien den Schlußstein. Es wird heute nicht bloß die Neubildung aufgelöster Organisationen und Parteien sowie die Teilnahme an ihnen verfolgt (mit Gefängnis und Ausschließung von öffentlichen Ämtern), sondern der Bestrafung verfällt auch, „wer in irgendeiner Weise die Doktrin, Programme und Aktionsmethoden solcher Verbände und Parteien verbreitet“¹⁾. Damit war die Kette, welche das italienische Parteileben gefangen hielt, geschlossen. Denn zugleich mit restloser Unterdrückung der gegnerischen Presse hatte das Ministerium Anfang November 1926 die Auflösung aller Parteien, Verbände und Organisationen verfügt, „die eine der Regierung entgegengesetzte Tätigkeit entfalten“²⁾. Angesichts der Verfolgung ist es nicht reizlos zu hören, daß nach eigener Aussage das Gefüge

zur Zeit des Vertrages von Versailles, verwickelt in den bekannten Majestätsbeleidigungsprozeß in Florenz, der Aufreizung überführt durch seine berüchtigte Schmähschrift ‚Nicht weich werden‘, im Ausland eine verbrecherische Kampagne entfaltet, mit Hilfe von Schriften wie ‚Die Untat Matteotti‘, von Artikeln in ausländischen Zeitungen, von Vorträgen und Zusammenkünften in der ‚Liga der Menschenrechte in Paris‘, wobei er Italien als Land der Unterdrückung und Tyrannei himmelt, die scheußlichsten Anklagen gegen die Führer der Regierung erhebt, böswillige Verleumdungen ausstößt über die Ehrlichkeit und Solidität unserer Finanzen und die wirtschaftliche Zukunft Italiens, eben in dem Augenblick, wo die Verhandlungen über die Regelung unserer Schulden im Gange waren“ usw. (es folgt die Einziehung von Bürgerrecht und Vermögen).

¹⁾ Im Senat gab der Justizminister die Zusicherung, diese Bestimmung auf die liberale und demokratische Lehre nicht anzuwenden. Rocco, *La Trasformazione dello Stato*, p. 125 Roma 1927.

²⁾ *Il Popolo d'Italia*, 6. November 1926.

der kommunistischen Partei nicht im geringsten erschüttert werden konnte¹⁾). Dem illegal abgehaltenen Parteitage im Januar 1926 sollen 66 ebenfalls illegale Provinzialparteitage vorangegangen sein, von denen nur einer durch die Polizei entdeckt wurde. Es fragt sich allerdings, wie die neuen Erlasse vom Herbst 1926 auf das Gefüge des italienischen Kommunismus einwirken werden.

Neben dem Schutz der Diktatur steht in der Phase, die wir eben beschreiben, eine durchgreifende Änderung in der Struktur des Staates. Die Durchsetzung des staatlichen Apparates mit Parteiangehörigen wird vervollständigt, die Suprematie der Exekutive vor der Legislative juristisch fixiert und die Verwaltung unter Ausmerzungen der Selbstverwaltung in Provinz und Gemeinde zentralisiert. Die Partei wird moralisch gesäubert und ihr gleichzeitig ein Maximum von Konzentration und Schlagkraft in der Hand des Führers gesichert. Es ist symptomatisch, daß der Diktator selber ein anderes Gesicht zeigt. Während er bisher stets Demagoge geblieben war, der von sich sagen konnte, daß er die Stimmung einer Volksmenge in den Fingerspitzen fühle, ist seine Haltung mit der Zeit die des absoluten Herrn geworden. Zwar warnte er selber gelegentlich vor Mythenbildung, die seinen Namen schon bei Lebzeiten unter die Sternbilder des Himmels versetzen könnte, aber seine und seiner Getreuen Haltung ist oft danach angetan, eine solche vorzeitige Verherrlichung zu befördern. Seine Rede ist apodiktisch; sie schließt jeden Widerspruch aus, ob er nun vor Fascisten spricht oder den

¹⁾ Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, 1925/26, S. 843. Das Jahrbuch enthält eine Reihe wichtiger Angaben über den ziffermäßigen Stand der Gewerkschaftsbewegung in Italien im Jahre 1926. Der Verband der freien Gewerkschaften (Confederazione Generale del Lavoro) ist von etwa 2 1/4 Millionen Mitgliedern auf 120 000 bis 130 000 heruntergegangen. Über die Confederazione Italiana dei Lavoratori — den Bund christlicher Gewerkschaften — liegen Daten nicht vor, doch ist sie im Absterben, umso mehr als die Associazione Cattolica (allkatholische Organisation) im März 1926 beschlossen hat, die Gewerkschaften fallen zu lassen (Jahrbuch S. 840). Mitte Januar 1927 trat in Mailand eine Gruppe von Führern der Ex-Confederazione Generale zusammen und erklärte: man sei grundsätzlich mit der fascistischen Intervention in der Wirtschaft einverstanden und wünsche dem in Bildung begriffenen Stato Corporativo alles Gute auf den Weg (Popolo d'Italia, 3. Februar 1927). Die Erklärung der Anschlußsuchenden hat keinen Eindruck gemacht und wurde von manchen römischen Blättern mit Hohn übergossen. Die Zahl der in fascistischen Gewerkschaften Organisierten betrug am 1. Juni 1925 (nach dem genannten Jahrbuch) 1 1/4 Millionen; sie übersteigt heute sicher 3 Millionen.

Aventin-Parteien für die Übergabe das kaudinische Joch aufrichtet, bei der Kammer — seiner *Costituente fascista* — Gesetzentwürfe einbringt oder einen jener zahlreichen Gedenktage des neuen Italiens begeht. Hin und wieder zwingt er sich durch Denkweise und Latinität des Ausdrucks in die Haltung römischer Cäsaren: so wenn er dem eben ernannten Gouverneur der ewigen Stadt ein Bauprogramm entwickelte, welches die Denkmäler der kaiserlichen Roma von dem Rankenwerk „dekadenter Jahrhunderte“ befreien sollte¹). Nach Ansicht der Jünger war der neue Staat von Anfang an im Kopf des Duce vorgebildet und wird stückweise in die Wirklichkeit umgesetzt. Es ist das Charisma des geborenen Führers, welches den Absolutismus Mussolinis legitimiert. Aber man würde irren, wenn man glaubte, daß dabei Führer und Geführten der natürliche Sinn für Realitäten verlorenginge. Solche Äußerungen zeigen, auf welcher Höhe die Diktatur angelangt ist, aber sie sind keine Indiz dafür, daß man sich aus der Bahn vorsichtiger und kühler Überlegung abdrängen läßt: Stil und Geste sind in Italien ganz anders als in nordischen Ländern.

Der Schilderung des fascistischen Staates muß die der Partei vorgehen. Der Satz Mussolinis, wonach die „gesamte Macht dem gesamten Fascismus gehöre“, ist längst kein Programm mehr, sondern vollzogene Tatsache. Die Macht des Duce wird dadurch gewaltig gesteigert, daß die maßgebenden Funktionäre als Parteimitglieder zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet sind und durch die Partei kontrolliert werden; zudem verjüngt sich aus ihr der Staat in allen wichtigen Organen. Der hierarchische Aufbau der Partei ist heute folgender: der Duce, der Generalsekretär, die Sekretäre der Provinzialverbände, die Sekretäre der lokalen *Fasci di Combattimento*²). Die Hauptorgane der Partei sind: der Große Rat (*Gran*

¹) *Discorsi del 1925*, p. 279 ss. Der erste Gouverneur der ewigen Stadt war Senator *Cremonesi*. Das Amt hat inzwischen gewechselt.

²) Folgende Skizze beruht auf der letzten Fassung des Parteistatuts (Oktober 1926). Die Darstellung *Bernhards* (a. a. O., S. 62 ff.) ist — natürlich — in manchen Zügen überholt. Aus der Einleitung zum Statut seien folgende Sätze hervorgehoben: „Der Fascismus ist eine Miliz im Dienste der Nation. Sein Zweck: die Größe des italienischen Volkes zu realisieren . . . Der Fascismus hat sich stets als im Kriegszustand befindlich betrachtet: zuerst um die zu bekämpfen, welche den Willen der Nation erstickten; heute und für immer, um die Macht des italienischen

Consiglio), das Nationaldirektorium (*Direttorio Nazionale*), der Nationalrat (*Consiglio Nazionale*). Die Mitglieder des Großen Rates stehen statutenmäßig fest. Es sind außer dem Präsidenten (dem Duce) die Minister, eine Reihe Unterstaatssekretäre, die Mitglieder des Nationaldirektoriums, einige von Mussolini bestimmte fascistische Senatoren und andere in den obersten Stellungen führende Anhänger (wie der Präsident des fascistischen Kulturamts — *Gen- tile* —, der Sekretär der Auslandsverbände, der Generalkommandeur der Miliz, die Präsidenten fascistischer Spitzenorganisationen). Außerdem hat Mussolini die Möglichkeit, besonders verdiente Parteiangehörige hinzuzuziehen. Er ist dadurch in der Lage, sich gegebenenfalls eine Majorität in diesem Gremium zu verschaffen. Der Große Rat, aus Parteihäuptern und den leitenden Staatsbeamten bestehend, ist das ausschlaggebende Organ, nicht nur der Partei, sondern des Landes. Wenn eine Vorlage von ihm angenommen ist, so hat alles weitere den Charakter reiner Formalität. Der Große Rat ernannt (formell) das Nationaldirektorium, gebildet aus acht Mitgliedern, einem Verwaltungssekretär und dem Generalsekretär, welches von ihm seine Normen empfängt und seinerseits die Richtlinien für die Partei aufstellt; diese werden in einer Art „Tagesbefehl“ (*Foglio d'Ordini*) publiziert. Unter dem Generalsekretär stehen verschiedene Ämter (*Uffici*); die wichtigsten von ihnen sind: das politische Sekretariat (*Segreteria Politica*), die Presse (*Stampa*), die Propaganda, die Jugendorganisationen (*Organizzazioni Giovanili*), die weiblichen Verbände (*Fasci Femminili*), die studentischen Vereine (*Associazione studenti Universitari*). Das politische Sekretariat ist von besonderer Bedeutung. Es hat darüber zu wachen, „daß jede Tätigkeit der Partei dem Geiste des Fascismus entspricht“. Es kontrolliert folgende Organisationen: die fascistischen Lehrer, Eisenbahner und Postbeamten; zudem hält es dauernd Fühlung mit wesentlichen Parteiinstitutionen, wie der Spitze der Miliz und den ausländischen fasci. Das dritte Hauptorgan, der Nationalrat, dient nur zur Information der obersten Leitung und zur bequemen Befehlausgabe; das

Volkes zu entwickeln . . . Der Fascismus ist vor allem ein Bekenntnis, das seine Märtyrer gehabt hat . . . Die Handlung ging stets der Norm voran . . . fernab von Dogmatismus und Schematismus fühlt der Fascismus, daß der Sieg in seiner ewigen Selbsterneuerung beruht.“

Statut umschreibt seine Aufgabe mit den Worten, er werde einberufen „zur Prüfung der Lebensäußerungen der Partei, und um allgemeine Verhaltungsmaßnahmen zu empfangen“. Er setzt sich aus den Provinzialsekretären zusammen. Diese werden ernannt durch den Generalsekretär; sie wählen unter den Fascisten der Provinz sieben Mitarbeiter, welche von oben genehmigt sein müssen und das Provinzialdirektorium abgeben. Der Provinzialsekretär nominiert weiter die Sekretäre der örtlichen fasci und ist verantwortlich dafür, daß die Disziplin unter den Anhängern (*gregari*) nicht nachläßt. Der Sekretär des fascio beruft fünf Kameraden zur Mitarbeit, die das lokale Direktorium ausmachen. Der fascio wird als Kraftzelle der Partei angesprochen. Jede Störung innerhalb der Zelle springt auf das gesamte moralische, wirtschaftliche und soziale Leben der Partei über; dieser Verantwortung soll sich jeder Anhänger bewußt sein. Der Eid, den der Neuaufgenommene leisten muß, lautet so: „Ich schwöre, den Befehlen des Duce ohne Widerrede zu folgen und mit allen meinen Kräften und, wenn notwendig, mit meinem Blute der Sache der fascistischen Revolution zu dienen.“ Nachdem man begonnen hat, die Partei von unlauteren Elementen zu säubern, ist das Straf- und Ausschlußverfahren genau geregelt. Die Eigenschaften, welche das Statut vom Mitglied fordert, sind: Treue, Mut, Arbeitsamkeit und Ehrenhaftigkeit. Wenn der Fascist dagegen verstößt oder sich ergangenen Weisungen nicht fügt, so wird eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. Die drei Arten der Strafe sind: Tadel, Suspendierung und Ausschluß. Wer aus den Reihen der Partei ausgestoßen wird, „ist Verräter an der Sache und wird aus dem politischen Leben gebannt“. Jeder Ausschluß bedarf der Genehmigung des Generalsekretärs. Senatoren und Abgeordnete werden durch ihn abgeurteilt. Zum Statut wurde später ein Kommentar gegeben, worin es hieß, es könne keiner Fascist sein: wer durch Handlungen oder Beziehungen beweise, daß in ihm eine Mentalität fortlebt, welche der fascistischen entgegengesetzt ist; wer nicht zeigt, daß er die Nation dem Privatinteresse voranstellt; wer nicht die Ehrenhaftigkeit seines Unterhalts nachweist; wer Handlungen begeht, die eines Italieners und Fascisten unwürdig sind und sich den Notwendigkeiten des korporativen Staates widersetzt.

Der Aufbau der Partei wurde ausführlicher skizziert; denn sie ist die „Seele“ von Staat und Gesellschaft. Nach dem Wortlaut des Statuts stellt die Partei sich dar als ein aus allen Volksschichten gefügter, hierarchisch gegliederter Verband, mit starkem Korpsgeist, unlöslicher Verbundenheit aller Teile und mystischem Glauben an die Person des Führers. Die Allgewalt des Duce ist nach der letzten Reform vom Oktober 1926 so scharf akzentuiert, daß eine Steigerung nicht mehr denkbar ist. Er kann seinen Willen im Großen Rat, wenn notwendig, unter Hinzuziehung neuer Mitglieder durchsetzen, er ernennt tatsächlich den Generalsekretär, welcher dem Exekutivorgan der Partei (Nationaldirektorium) die Richtlinien vorschreibt und die Provinzialsekretäre einsetzt. Durch das politische Sekretariat und den Nationalrat wird Mussolini über die Vorgänge in jedem Winkel des Parteigefüges orientiert und weiß so genau, wo er eingreifen muß. Die Partei ist für sein Auge durchsichtig wie Kristall, und das verleiht dem Führer ein größeres Übergewicht, als wenn er selbst in jedem Augenblick jedes Detail anordnete, abgesehen davon, daß dies technisch unmöglich wäre. Gegen früher sind zwei Neuerungen wichtig: jeder Rest des verhaßten *elezionismo* (Wählerei) ist mit der Wurzel ausgerodet. Alle Ämter in der Partei werden „von oben“ (*dall'alto*) besetzt; die Anhänger sind eine Herde, die gehorcht. Offiziöse Kommentare in der Parteipresse zur jüngsten Reform des Statuts deuteten an, daß man mit Wahlen in den lokalen *fasci* nicht immer erwünschte Erfahrungen gemacht hatte. Weiter ist der Nationalkongreß (*Congresso Nazionale*), eine große Heerschau aller im Fascismus Dirigierenden, abgeschafft worden. Er war völlig überflüssig. Er hatte sich in der Tat, wie die Vorrede zum Bericht über den fünften Kongreß rühmend hervorhob, als Feind „*exhibitionistischen Geschwätzes*“ (*vaniloquio esibizionista*) bewiesen, wovon nach fascistischer Meinung die anderen Parteiversammlungen widerhallen¹⁾. Mussolini hatte damals den Kongreß mit den dürren Worten beendet, „er hätte geschlossen werden können, ehe er anfing“²⁾, denn die Partei habe vor „vollendeten Tatsachen“ gestanden.

1) Atti del V. Congresso Nazionale, p. 5.

2) Atti del V. Congresso Nazionale, p. 147 s.

Die fascistische Partei zählt heute noch keine Million Mitglieder¹⁾. Dazu kommen zahlreiche Institute und Organisationen — wirtschaftliche, kulturelle, sportliche usw. —, welche von der Partei kontrolliert werden. Der Eintritt in die Partei selber ist sehr erschwert. Man legt keinen Wert auf Fascisten der „letzten Stunde“, bei denen der egoistische Beweggrund allzusehr durchleuchtet. Der Neueintretende wird auf Herz und Nieren geprüft; der Sekretär des örtlichen fascio muß seine moralische Vergangenheit und seine Unterhaltsmittel genau kennen. Kein Fascist, der nicht mindestens zwei Jahre zur Partei gehört hat, kann leitende Funktionen im Provinzialverband ausüben. Das Normale für die Zukunft ist, daß die *tesserati* (die eingeschriebenen Mitglieder) aus den beiden fascistischen Jugendorganisationen (*Balilla* und *Avanguardia*) langsam aufsteigen. Nach seinem achtzehnten Geburtstag wird der junge *avanguardista* in pomphafter Feier, die auf den Gründungstag der ersten Verbände (23. März) angesetzt ist, in die Reihe der Fascisten aufgenommen. Es ist klar, daß diese jungen Leute die bevorzugten Anwärter für alle leitenden Posten in Staat und Gemeinde darstellen. Ähnlich bildet in Rußland der kommunistische Jugendverband das Reservoir für Partei und Staat. Nach dem Vorbilde der Partei hat der fascistische Staat für das ganze Land eine Art Jugendamt geschaffen, welches der „physischen und moralischen Erziehung“ dient und, in enger Anlehnung an die fascistische Miliz, die jungen Leute zwischen vierzehn und achtzehn Jahren auf die Militärzeit vorbereitet. Es ist eine nicht gleichgültige Nuance, daß auf den religiösen Unterricht besonderes Gewicht gelegt wird.

Die freiwillige *Milizia Nazionale* (Nationalmiliz), zu der sich Mussolinis *squadre* nach der Machtergreifung verschmolzen haben, war das wichtigste Parteiorgan, solange die Macht des Fascismus nicht gefestigt war. Sie stand im Vordergrund des Streites zwischen Mussolini und der Opposition in den Tagen der Matteotti-Krise. Eine Waffe von unschätzbbarer Bedeutung, sobald die neue Regierung in Gefahr geraten sollte, dient sie heute zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gemeinsam mit den

1) Almanacco enciclopédico del Popolo d'Italia 1927, p. 152.

anderen Sicherheitsorganen¹⁾. In der Einteilung der Miliz (*legioni, coorte, centurie etc.*), in der Bezeichnung der Kommandostellen (*consul, seniore, centurione etc.*) scheint die Heeresordnung des alten Roms lebendig geworden zu sein²⁾. Der fascistischen Schutz- und Ordnungstruppe sind gewisse Körperschaften eingegliedert worden, wie eine Eisenbahn- und Postmiliz. Diese bilden „Ordnungszellen“, welche den Dienst beaufsichtigen; um sie können sich im Falle von Unruhen die friedliebenden Elemente gruppieren. Sie haben darüber hinaus die Aufgabe, die Verkehrsadern jederzeit unter der Hand der Partei zu halten. Das Verschieben militarisierter Parteigruppen in die Zivilverwaltung wird der Fascismus aller Voraussicht nach so weit wie möglich fortführen.

Den Änderungen im Gefüge der Partei schlossen sich nach der Schwenkung Mussolinis, welche ihn auf der Höhe der Matteotti-Krise ins intransigente Lager geführt hatte, wesentliche Neuerungen in der Struktur von Staat und Verwaltung an. Da nach der dynamischen Theorie des Fascismus das Wesen des Staates „Handlung“ ist, so sammelt sich sein Leben in der Exekutive. Das Parlament dagegen muß gedrückt werden; denn es ruht auf der irrigen Voraussetzung einer Unfehlbarkeit des wählenden Volkes und ist niemals „Ausdruck der organischen Kräfte des Staates“³⁾. Es ist der mit dem Ganzen der Nation eng verwachsene König, welchem nach fascistischer Auffassung die Auswahl der obersten Exekutivorgane allein zusteht.

Es war, wie früher bemerkt, für das vorfascistische Italien charakteristisch, daß die Grenzlinie zwischen Exekutive und Legislative nicht durch Tradition gefestigt, sondern arg verwischt war. Es ergab sich ein Zustand, bei dem die Abgeordneten in ihrem und der Wähler Interesse die Verwaltung zu lenken suchten, die Volksvertretung rein administrative Maßnahmen autorisieren mußte, während die Kabinette unausgesetzt durch Gesetzesdekrete in die Legislative übergriffen. Die starke, alles überschattende Exekutive erreichte der

¹⁾ Ausführlich schreibt über die Miliz Villari: l. c., p. 162 ss.

²⁾ In den im Staatsschutzgesetz vorgesehenen Ausnahmegerichten bilden Miliz-Offiziere den Hauptbestandteil.

³⁾ Relazioni e proposte p. 74.

Fascismus durch ein Gesetzgebungswerk, dessen Hauptbestandteile sich kurz so charakterisieren lassen: er schuf innerhalb des Kabinettes eine dominierende Stellung für den Ministerpräsidenten und schwächte die Volksvertretung, deren Tagesordnung seiner Kontrolle unterworfen wurde; er dehnte durch eine Reihe von Spezialgesetzen die Grenze der ausübenden Gewalt gegenüber der Legislative weiter aus; er verkleinerte die Provinzen, konzentrierte alle Macht in der Hand der Präfekten und ersetzte in den Kommunen die Selbstverwaltung durch staatliche Beamte.

Die unstreitig wichtigste Maßnahme ist das Gesetz über den *Capo del Governo*. Darin hat Mussolini auch dem König gegenüber seine Position bis an die äußerste Grenze vorgeschoben. Die Kommission der achtzehn hatte davon abgeraten, die Stellung des Ministerpräsidenten in der Art eines „Kanzlers oder Großwesirs“ auszubauen¹⁾. Gleichwohl hebt ihn das neue Gesetz aus der Reihe der Ministerkollegen und umkleidet seine Stellung mit ungewöhnlichen Rechten und Ehren. Der Regierungschef, *Capo del Governo*, wird ernannt und rückberufen vom König, der die Exekutivgewalt — vielleicht liegt darin, auch formell, eine Schwächung königlicher Macht — „durch seine Regierung“ ausübt. Er ist der Krone für die politische Hauptrichtung des Kabinetts verantwortlich. Die erste Bestimmung bleibt in der königlichen Ernennung und Rückberufung beim Buchstaben der albertinischen Charte; beide Vorschriften bedeuten, angesichts der politischen Umstände, unter denen sie erlassen wurden, einen Bruch mit dem alten politischen Brauch, da die parlamentarischen Gepflogenheiten in Italien ebenso ehrwürdig sind wie die Verfassung selber und durch die Jahrzehnte bis auf Mussolini fast ohne Ausnahme genau beobachtet wurden. Die Ministerkollegen sind nichts anderes als Schatten des Regierungschefs; ihre Berufung, Entlassung und Geschäftsführung ist praktisch von ihm abhängig. Der *Capo del Governo* kann mehrere Ministerien in seiner Hand vereinigen, wovon Mussolini reichlich Gebrauch gemacht hat. Er geht bei öffentlichen Anlässen den Rittern des Annunziaten-Ordens, den Vettern des Königs, vor; empfindliche Strafe bedrohte, wie wir wissen, schon in diesem Gesetz alle, die sich

¹⁾ Relazioni e proposte, p. 40.

gegen ihn vergehen. Wichtiger als die Heraushebung der äußeren Position ist sein neues Verhältnis zur Volksvertretung. Der Chef erhält da zunächst klipp und klar das Recht, ohne daß Artikel 10 der Verfassung formell geändert wäre, Initiativanträge aus dem Schoß des Parlaments zu verhindern, ja jede unbequeme Kritik auszuschließen, da ohne seine Zustimmung kein Punkt auf die Tagesordnung eines der beiden Häuser gesetzt werden darf. Die Kommission der achtzehn war so weit nicht gegangen; sie wollte die Erteilung von Mißtrauensvoten zwar beträchtlich erschweren, aber nicht völlig unmöglich machen¹⁾. Der Regierungschef erhält weiter, ohne hier in Einzelheiten einzugehen, die Möglichkeit, auf die Annahme von Gesetzentwürfen einen gewissen Zwang auszuüben, der, wenn notwendig, durch passende politische Maßnahmen hinter den Kulissen verstärkt werden kann.

Liegt schon hierin ein Übergreifen der ausübenden in die Sphäre der gesetzgebenden Gewalt, so wird die Legislative durch eine Reihe von Maßnahmen wirksam weiter geschwächt. Die fascistische Regierung hat sich von dem gefügigen Parlament Gesetze votieren lassen, wonach sie nicht mehr und nicht weniger als die wichtigsten Teile des italienischen *corpus iuris* (Straf-, Handels-, Zivilrecht usw.) nach freiem Ermessen ändern und neu herausgeben darf. Eine Reform des Rechts ist, nach dem Berichterstatter im Senat, D'Amelio, die Frucht aller großen Kriege gewesen; so auch hier. Die gewählte Methode, Gesetze zu schaffen und umzuschaffen, ist für Italien nicht neu: Straf-, Strafprozeß- und Handelsrecht waren durch königliche Dekrete eingeführt worden. Der Unterschied liegt nur darin, daß früher geschlossene Kodifikationen dem Parlament vorgelegt wurden, dessen Äußerungen — allerdings nicht immer — bei der endgültigen Fassung berücksichtigt wurden, während sich der Justizminister Rocco damit begnügte, knappe Richtlinien für sein Gesetzeswerk der Volksvertretung zur Stellungnahme mitzuteilen. Es wird seine Sache sein, zu entscheiden, wieweit er sich an die Meinung des Parlaments halten will. Ein anderes Gesetz, welches gleichfalls das Betätigungsgebiet der Exekutive weiter vorschiebt,

¹⁾ Relazioni e proposte, p. 76 s.

gibt der Regierung Gewalt, Rechtsnormen zu erlassen, die wichtige Materien, wie Organisation und Betrieb staatlicher Verwaltungen, regeln; es ordnet gleichzeitig den vielumstrittenen Gebrauch der *decreti-legge*, welche das Kabinett künftig in den schwer faßbaren „außerordentlichen Fällen“ (*casi straordinari*) stets wird anwenden können.

Wie innerhalb der Regierung die Stellung des Ministerpräsidenten den Kollegen gegenüber, wie die Exekutive in ihrer Gesamtheit gegenüber der gesetzgebenden Gewalt durch überragende Machtbefugnisse gekräftigt wurden, so hat man auch in den Provinzen die an sich schon starke Position des obersten Trägers der Staatsgewalt auf breitere Basis gestellt. Nach und nach hat das fascistische Regime alle Präfektenstellen mit zuverlässigen Vertrauensleuten besetzt, die meist durch enge persönliche Bande mit der Führung in Rom verknüpft sind. Damit wich man nicht ab von der Tradition Italiens, wo die Präfekten stets politische Vertrauensleute der jeweiligen Regierung waren. Der tatsächlichen Erweiterung fascistischer Macht folgte der juristische Ausbau. Es wurde den Präfekten gesetzlich zur Pflicht gemacht, für die einheitliche politische Linie in den verschiedenen Zweigen der Staats- und Lokalverwaltung zu sorgen; regelmäßige Versammlungen aller in Frage kommenden Beamten, die bei dieser Gelegenheit Bericht erstatten und Weisungen erhalten, wirken darauf hin, daß sämtliche Fäden staatlicher Verwaltung, mit Einschluß von Schule, Post, Bergwesen, Häfen, beim Präfekten zusammenlaufen¹⁾. Darüber hinaus besitzt er maßgebenden Einfluß auf die Organe kommunaler Verwaltung. Nach der Gemeindereform von 1926 setzt der Präfekt in allen Kommunen — innerhalb des gesetzlichen Rahmens — die Zahl der Mitglieder in den Gemeinderäten fest; sie werden von ihm oder dem Minister des Innern ausgewählt und den beruflichen Verbänden entnommen, welche die staatliche Anerkennung gefunden haben. Bei den kleinen Kommunen (unter 20 000 Einwohnern) hat der Präfekt zudem das

¹⁾ Charakteristisch ist ein Runderlaß Mussolinis nach Abschluß des Hauptteils der Verwaltungsreform (Anfang 1927), worin er die autoritäre Stellung des Präfekten in der Provinz sowie seinen Aufgabenkreis (Verteidigung des Regimes, Aufrechterhaltung der Ordnung, Sparsamkeit usw.) kurz umreißt und die Pflicht der Partei hervorhebt, mit den Präfekten zusammenzuarbeiten.

Recht, die Bürgermeister zu versetzen und ihre Abberufung vorzuschlagen.

Die Aufmerksamkeit, welche der Fascismus den Kommunen zuwandte, war politisch wohl begründet. Es ist eine Tatsache von Bedeutung, daß schon Leo XIII. im Anfang der neunziger Jahre den Katholiken die Teilnahme an den Gemeinderatwahlen freigestellt hatte. In der Kommune regte sich der Widerstand gegen den liberalen Staat, der in die Kammer nicht eindringen konnte. Mit der Erstarkung des Sozialismus in Italien wurden sie Stützpunkte der neuen Bewegung. Es ist bekannt, welche Rolle die roten Gemeinderäte in Mittelitalien bei den revolutionären Erhebungen der Nachkriegszeit gespielt haben. Noch nach dem Fehlschlag der Fabrikbesetzung im Herbst 1920 gelang es den Sozialisten, bei den Wahlen in einem Drittel aller Kommunen die Majorität zu erringen. Nach der Machtergreifung ging der Fascismus so vor, daß er hier und da, besonders in den Großstädten, die Selbstverwaltungskörper auflöste und die Verwaltung in die Hände eines ernannten Kommissars legte. Die definitive Erledigung kommunaler Selbstverwaltung erfolgte mit zwei Schlägen: im Frühjahr 1926 wurde in allen Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern, etwa 7300 an der Zahl, die Podestatsverfassung eingeführt; charakteristisch genug begann der Senatsbericht zu dieser Vorlage mit einem scharfen Hieb gegen das „heute überwundene Dogma von der Volkssouveränität“. Im Herbst dehnte man diese Verfassung auf alle Städte des Landes aus. Die Spitze der Verwaltung bildet der vom König ernannte *podestà* (Bürgermeister); ihm zur Seite steht der Rat (*Consulta*); er faßt keine Beschlüsse, muß jedoch bei einigen Materien befragt werden. Seine Zusammensetzung, auf die eben hingedeutet wurde, ist die erste Realisierung, welche die fascistische Idee, die Berufstände zur Basis der politischen Repräsentation zu machen, gefunden hat. Die Gemeindereform bedeutete vom Parteistandpunkt aus ein vorzügliches Mittel, verdiente Fascisten unterzubringen; wenn wir uns daran erinnern, wie beträchtlich die Quote der Kriegsteilnehmer in der Bewegung war, so wird es verständlich, daß beim *podestà* für die kleinen Gemeinden gewisse Erfordernisse nachgelassen werden, falls der Bewerber als Offizier oder Unteroffizier im Felde gestanden hat. Die

ewige Stadt selber hat seit Anfang des Jahres 1926 eine absolutistische Verwaltung bekommen (*Governatorato di Roma*). Der Einfluß einer ernannten städtischen Vertretung, wozu die wichtigsten Verbände und Institute die Kandidaten stellen, ist zwar merkbar, da in allen Fällen, wo ihre Ansicht gehört werden muß, ihr Widerstand die Ausführung der Verordnung hintanhält, aber praktisch doch gleich Null gegenüber den Befugnissen des Gouverneurs und der Regierung — die bei allen Streitfällen die Entscheidung in der Hand hält. Ebenso wie in der Kommune hat in der Provinz den Selbstverwaltungsorganen die letzte Stunde geschlagen. Die Reform bewegt sich in gleicher Richtung wie innerhalb der Gemeinden: an die Stelle gewählter Selbstverwaltungskörper treten beratende Organe, die sich hauptsächlich aus den anerkannten Korporationen bilden. Wahrscheinlich werden Administration und wirtschaftliche Verwaltung innerhalb jeder Provinz miteinander verbunden¹).

Es bleibt noch übrig, die politische Situation des Parlaments mit ein paar Strichen zu umreißen. Das Gesetz über den *Capo del Governo* und andere Maßnahmen haben die Rechte der Volksvertretung beträchtlich gekürzt; aber das bedeutet im Grunde wenig, denn unter politischem Gesichtspunkt befindet sie sich längst in einem Zustande völliger Hilflosigkeit. Durch den Auszug der Aventinparteien hatte sich die Kammer in ein Rumpfparlament verwandelt, worin die Fascisten fast allein das Feld beherrschten. Die selbständigen Köpfe, welche eine andere Meinung verfochten, fehlten; Salandra und Orlando zogen sich aus dem politischen Leben zurück, Giolitti wurde, sooft er sprach, achtungsvoll angehört, aber seine Stimme hatte kein Gewicht mehr. Wie Mussolini über seine Kammer denkt, hat er mit unnachahmlicher Klarheit gesagt, als er im November 1925 Gesetzentwürfe — *leggi fascistissime* — einbrachte: „Die Entwürfe, die ich der Kammer präsentiere, wird sie prüfen und annehmen. Annehmen, weil ich weiß und fühle, daß Sie auf der Höhe Ihrer historischen Aufgaben stehen. Sie sind das ge-

¹) Diese Materie läßt sich noch nicht übersehen. Andeutungen stehen im *Popolo d'Italia*, 3. Oktober 1926. An die Stelle getrennt fungierender Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern sind Provinzialräte für Volkswirtschaft getreten.

setzliche Organ der fascistischen Revolution¹⁾.“ Es sei deshalb zwecklos, sich in langatmigen Reden zu verlieren. Es ist absurd, sich einen Widerstand vorzustellen innerhalb einer Volksvertretung, deren Mitglieder in weitaus überwiegender Mehrheit der eisernen fascistischen Disziplin unterliegen und durch den Parteisekretär wegen Insubordination abgeurteilt werden können. Die Kammer ist ein völlig überflüssiges Ornament am Bau des Staates. Kaum anders steht es um den Senat, dessen Ansehen das fascistische Regime „relativ“ gehoben hat. Kein Gesetz ist jemals von ihm irgendwie wesentlich geändert worden, obwohl der Widerspruch einzelner Senatoren nicht gefehlt hat. Einmal hatte Mussolini im Senat von Anfang an zahlreiche Freunde, und er hat weiter, wie alle Regierungen vor ihm, das Mittel des „Nachschubs“ reichlich angewandt; der *terminus technicus* dafür lautet *inforzata*²⁾. Während des fascistischen Regimes sind bisher etwa siebzig Senatoren ernannt worden; das ist fast der fünfte Teil der Gesamtzahl.

Die Aventin-Opposition ist in sich zerfallen³⁾. Sie war von vornherein zum Scheitern verurteilt: denn sie wurde nur durch die Negation der fascistischen Regierung zusammengehalten und war, bei der Fülle von Parteien, die sie in sich schloß, im politischen Ziel und in der Taktik völlig gespalten. Einige Abgeordnete, namentlich von den Popularen, sind mit der Zeit abgesplittert und übergegangen; Gruppen von Kommunisten, demokratische Soziale und Popolari, die hier und da zu den Sitzungen in Montecitorio erschienen, wurden recht übel empfangen. Die Übergabebedingungen Mussolinis waren von drakonischer Härte; sie enthielten eine glatte Verleugnung der Grundsätze, auf denen der Aventin beruht hatte. Wer sich nicht fügte, dem blieb nichts übrig, als sein Mandat niederzulegen. Die italienischen Parteien haben sich entweder aufgelöst oder geben nur schwache Lebenszeichen von sich⁴⁾. Ob Parteizellen als Kristallisationspunkte künftiger Entwicklung unter der Decke fort-

1) Discorsi del 1925, p. 235.

2) Einschieben des Brotes in den Backofen.

3) Die einzelnen Phasen vgl. bei Don Sturzo: a. a. O., S. 175 ff.

4) Einzelheiten stehen im Jahrbuch für Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, S. 826 ff.

bestehen, könnte nur eine neue von Grund aus veränderte politische Lage zeigen.

Die Diktatur hat ihr eigenes Gesetz. Jede ihrer Maßnahmen ist der immanenten Logik dieses Herrschaftssystems unterworfen. Diese zwang dazu, von Stufe zu Stufe in der Bekämpfung des Gegners fortzuschreiten und gleichzeitig die Zügel des Regiments straffer anzuspannen. Man kann beobachten, wie nach 1925 die Bestimmungen zur Niederhaltung nichtfascistischer Parteien, Zeitungen, Organisationen immer allgemeiner gehalten werden, um so den Spielraum für die Exekutive zu vergrößern. Gleichzeitig wurde das Prinzip der Parteiorganisation auf den Staat übertragen. Mussolini übt seine Herrschaft (soweit wir sie bisher übersehen) durch eine Doppel-Hierarchie, deren parallel geschaltete Hauptglieder folgende sind: Generalsekretär — die Minister; Provinzialesekretär — Präfekt; Sekretär des örtlichen fascio — *podestà*. Die Parteidisziplin, der alle diese Spitzen unterworfen sind, vollendet die Macht des obersten Führers, in dessen Hand heute die Leitung der Partei, das Oberkommando der Miliz und die wichtigsten Ministerien (Äußeres, Inneres, Krieg, Marine usw.) liegen. Die Körperschaften, welche den Exekutivorganen der Diktatur zur Seite stehen, sind nicht gewählt, sondern ernannt; das gilt auch vom Großen fascistischen Rat, in welchem sich die obersten Staats- und Parteibeamten treffen. Demgegenüber verfallen Senat und Kammer der Bedeutungslosigkeit: gleichgültig ob sie in der alten Form noch einige Zeit ihre Existenz fortfristen oder eine Erneuerung aus dem Geiste des *Stato Corporativo* empfangen.

XV.

Das bedeutsame Dokument, welches das Gewerkschaftsgesetz vom 3. April 1926 in die Kammer begleitete, stellte es als das Ziel der fascistischen Verbandspolitik hin, die Syndikate vom Sozialismus zu trennen, der sie mit antinational-revolutionärem Geiste durchseucht habe; damit hätten die Gewerkschaften von sich aus nichts zu tun ¹⁾.

¹⁾ Costamagna, Carlo: Diritto Corporativo, p. 457. Torino 1927. Dieses Buch ist das *standard work* des durch das Gewerkschaftsgesetz geschaffenen Rechtszustandes. Es enthält auch das gesamte parlamentarische Material.

Untersucht man die Entstehung der fascistischen Verbände, so vollzog sich die Trennung auf doppelte Weise: einmal durch den Ausbau einer eigenen Ideologie, welche, wie angedeutet, die Syndikate der Kontrolle des Staates unterwarf, der den Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern bei der Verteilung des Sozialprodukts durch sein Machtwort löst¹⁾; weiter durch eine Politik, welche sich eng an den Staat Mussolinis anlehnte und die gute Beziehung zur industriellen und ländlichen Unternehmerschaft pflegte, wodurch den Mitgliedern angesichts des offiziellen Terrors gegen Andersdenkende und der zunächst abfallenden Konjunkturkurve zahlreiche Vorteile erwachsen. Schärfer gefaßt: die Loslösung der Arbeiterschaft aus den alten Verbänden geschah durch die Anlehnung an Staat und Unternehmertum; die Ideologie, das Ergebnis der syndikalistisch-nationalistischen Amalgamierung in den oberen fascistischen Sphären, war der Ausdruck dieser realen und wirksamen Verbandspolitik.

Die große gewerkschaftliche Organisation Edmondo Rossonis war hierarchisch aufgebaut und ein politisches Instrument in der Hand der fascistischen Partei, welche damals den Staat noch nicht erobert hatte. Über die lokalen Fachverbände der einzelnen Betätigungszweige wölbten sich die provinziellen; diese verbanden sich zu Korporationen, welche die Berufe gleicher Art (die der Landwirtschaft, Industrie usw.) zusammenfaßten. Die Spitzenorganisation war aus ihnen gebildet, sowie aus Fachverbänden, die aus irgendeinem Grunde in keiner provinziellen Organisation waren²⁾. Es war ein Lieblingsgedanke Rossonis, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in seinen Verbänden zu vereinigen. Aber diese Idee ließ sich nicht realisieren. Nur in der Landwirtschaft ist die vom Standpunkt der Einzelunternehmung vertikale Organisation lebendig geworden, aber ihr Träger, die „nationale Korporation“, bewährte sich schlecht in der Praxis und wurde durch die neue Syndikatsgesetzgebung beseitigt³⁾.

1) Eine klare Darstellung der Theorie steht bei Sergio Panunzio: *Lo Stato Fascista*, p. 45 ss. Bologna 1925.

2) Die Details stehen im Statut, Avarna: l. c., p. 213 ss.

3) Schmid, Emil: *Die Arbeitgeberorganisationen in Italien*, S. 63. Zürich 1927.

Auf diesen Versuch hatte sich, wie wir wissen, die Kommission der achtzehn in ihrer Denkschrift bezogen.

Der heikelste Punkt in der Politik der nationalen Verbände war die Stellung zum Streik. Theoretisch war zwar, wie es im Statut hieß, der überwundene Klassenkampf durch den Kampf der Leistung (*lotta di capacità*) ersetzt; ähnlich der *circulation des élites* in der Führung des Staates, sollen in der Leitung der Unternehmungen die Fähigsten, ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft, miteinander abwechseln. Es kommt nur darauf an, alle Hemmungen der Aufstiegsmöglichkeit für den Arbeiter auszumerzen. Aber trotz dieser grundsätzlichen Stellung wäre es taktisch unklug gewesen, dem Proletariat gegenüber, das an die sozialistische Doktrin gewöhnt war, den Verzicht auf das Hauptmittel des Klassenkampfes offen auszusprechen. In den Jahren der Auseinandersetzung hätte man dadurch den konkurrierenden Gewerkschaften in die Hände gearbeitet. Es geschah, was für den Fascismus in der Zeit des Aufstiegs charakteristisch ist: man akzeptierte den Streik, aber schränkte ihn ein. Er ist erlaubt, sofern er räumlich begrenzt und in der Hand der Führung bleibt, keine politische Absicht verfolgt und eben die Gruppe trifft, welche „eliminiert“ werden muß¹⁾. Ähnlich äußerte sich Mussolini selber in seinem Referat auf dem fünften Parteikongress²⁾. Die fascistische Regierung, getreu dieser Auffassung, hat es für richtig gehalten, gelegentlich Streiks zu billigen, die sie kontrollierte und im gegebenen Moment abblies. Erst das Gewerkschaftsgesetz hat Arbeitsniederlegung und Aussperrung in jeder Form verboten. Aber die Situation hatte sich von Grund aus geändert. Konkurrierende Syndikate bestanden nicht mehr. Die fascistischen Verbände der Unternehmer und Arbeiter wurden durch das neue Recht in den Staat eingebaut, und Kampfhandlungen zwischen ihnen sind — unter diesem Aspekt — fast ebenso widersinnig wie zwischen Behörden.

Die Anlehnung an Unternehmertum und Staat, welche wir in der Entwicklung der fascistischen Verbände finden, hängt eng miteinander zusammen. Nachdem die Ruhe im Lande hergestellt war,

¹⁾ Art. 5 des Verbandstatutes.

²⁾ Atti del V. Congresso Nazionale, p. 60 s.

mögen die industriellen Unternehmer nicht ohne Besorgnis trotz der zur Schau getragenen Versöhnungsbereitschaft auf die fascistischen Organisationen gesehen haben, die von Politikern ihre Direktiven empfangen, und deren Kräfte zunächst in keinem Verhältnis zu dem Anspruch standen, die Gesamtarbeiterschaft Italiens zu vertreten. Es war zudem gefährlich, sich allzu eng mit ihnen einzulassen, weil man sich dadurch in den Augen der roten und weißen Gewerkschaften kompromittierte, deren Stern eines Tages wieder steigen konnte. Dieses Bedenken schwand in demselben Maße, wie die fascistische Partei durch spontane Gewalttätigkeit, der Staat durch Einsetzen seiner Machtmittel, wie durch Erteilung der Kontrolle über die Arbeiterverbände an die Präfekten¹⁾, die gegnerischen Syndikate schwächte und zugleich ihre politische Vertretung in der Kammer dezimierte. Von der lockeren Vereinbarung des Palazzo Chigi zwischen fascistischen Verbänden und dem italienischen Industriebund (*Confederazione generale dell' Industria italiana*) im Jahre 1923 gelangte man zwei Jahre später zu dem festen Pakte des Palazzo Vidoni, worin sich die beiden Vertragschließenden gegenseitig ein Monopol der Interessenvertretung zusicherten und übereinkamen, nur noch miteinander Tarifverträge abzuschließen. Die Fabrikräte (*Commissioni interne*), welche Gramsci ehemals zu Zellen kommunistischer Revolution hatte entwickeln wollen, wurden abgeschafft²⁾. Da hinter den Gewerkschaften die Macht des Staates stand, was sich beim Abschluß von Tarifverträgen gegen die Industrie auswirken konnte, so war es verständlich, wenn das Unternehmertum seine Beziehung zum fascistischen Staat stärkte. Der Industriebund nahm das Epitheton *fascista* in seinen Namen auf. Die Einordnung von Unternehmern und Arbeitern in den Staat hatte sich vollzogen. Es war so wiederum unter der Hand eine Situation herangereift, die juristisch anerkannt und ausgebaut werden konnte. Das geschah mit dem Gewerkschaftsgesetz vom 3. April und seinen Ausführungsbestimmungen. Diese Maßnahmen legen das Funda-

1) Verordnung vom 24. Januar 1924. Der Präfekt erhielt das Recht, die Verbände einem Kommissar zu unterstellen, wenn er sich davon überzeugt hatte, daß die Geldmittel mißbräuchlich verwendet wurden.

2) Der Wortlaut des Vertrages im Almanacco enciclopedico del Popolo d'Italia 1926, p. 138.

ment des korporativen Staates. Es ist unsere nächste Aufgabe, in seine Struktur, wie sie geplant und in der Entwicklung begriffen ist, einzudringen.

Der Aufbau ist sehr kompliziert. Es kann nicht darauf ankommen, sich in Einzelheiten zu verlieren. Es genügt, wenn die Grundlinien klar hervortreten. Das moderne italienische Gesetzgebungswerk kennt zwei Arten von Verbänden: solche ersten und solche höheren Grades (*associazioni di primo grado e di grado superiore*). Die einfache Organisation ist ein gewöhnlicher Fachverband; er umfaßt Arbeiter oder Arbeitgeber als personale Elemente der Produktion und Träger getrennter Interessen. Vom Standpunkt des übergeordneten Verbandes handelt es sich hier um Zellen, die sich zu Gebilden höherer Ordnung verschmelzen: den *federazioni*, welche, gleichfalls nach Arbeitgebern und Arbeitern geschieden, für größere räumliche Einheiten, auch für ganz Italien, gelten, und weiter den *confederazioni*, die sich aus Verbänden zweiten Grades zusammensetzen. Diese Spitzenorgane halten an der Scheidung in die beiden Kategorien fest; sie umschließen jeweils die großen Berufsgruppen wirtschaftlicher Tätigkeit (Industrie, Handel, Landwirtschaft usw.). Es sollen, so heißt es in den Ausführungsbestimmungen, je sechs Spitzenverbände für Unternehmer und Arbeiter gegründet werden; dazu kommt ein siebenter für die freien Berufe. Das Prinzip dieser Gliederung ist die Trennung von Unternehmertum und Arbeiterschaft. Damit ist die Existenz eines Interessengegensatzes zwischen beiden zugegeben, der, wie wir sehen werden, durch den Staat gelöst wird, sobald er in ein akutes Stadium eintritt. Aber der integrale Syndikalismus, genährt an dem Bewußtsein der Interessensolidarität im Produktionsprozeß, hatte ebenfalls Ausdruck im Gesetz gefunden. Es sollen zwischen beiden Arten von Syndikaten Verbindungsorgane (*Corporazioni*)¹⁾ geschaffen werden, die sich der Arbeitsvermittlung, Lehrlingsausbildung, dem technischen und organisatorischen Produktionsfortschritt annehmen sollen und überdies als Schlichtungsorgane fungieren.

¹⁾ Ihnen gegenüber stehen die *sindacati* (Fachverbände), von denen weiter oben im Text die Rede war. Diese Terminologie wird im Gesetz und den Ausführungsbestimmungen streng festgehalten.

In jeder Phase ihrer Existenz werden die neuen italienischen Syndikate — die vertikalen Fachverbände — von der regelnden Tätigkeit des Staates begleitet. Er erteilt die rechtliche Anerkennung der Verbände und genehmigt die Statuten, welche die Verbandszwecke klar angeben müssen, ebenso wie Bildung der Organe und die Zulassungsbedingungen der Mitglieder, unter welchen die „gute politische Haltung“ nicht fehlen darf. Kein Leiter oder Sekretär eines Verbandes kann sein Amt ausüben, wenn er nicht die Genehmigung der Regierung erlangt hat. Das Statut muß diejenigen Instanzen angeben, welchen die politische und moralische Kontrolle sowie das Recht zusteht, Unwürdige auszustoßen. Kleinere Verbände werden durch den Präfekten beaufsichtigt, die großen durch den zuständigen Minister (Mussolini, als den Leiter des am 2. Juli 1926 begründeten Ministeriums der Korporationen). Die Kontrolle kleiner Syndikate kann auf die höheren Grades übergehen. Die gewählten Verbandsorgane können durch die Regierung aufgelöst, in „schweren Fällen“ die so beliebten Kommissare mit der Gesamtleitung betraut werden. Zudem hat die Regierung stets die Möglichkeit, die juristische Anerkennung zurückzuziehen.

Organisation und Wirksamkeit der Verbände bewegen sich also innerhalb eines vom Staate gefertigten Rahmens. Ihre rechtliche Anerkennung ist an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Die Syndikate müssen freiwillig sein. Vielleicht liegt darin eine Konzession an das internationale Arbeitsamt in Genf, wo der Anspruch Rossonis, die italienische Arbeiterschaft zu vertreten, mehrfach angefochten wurde, da sich auch Unternehmer in seiner Organisation befänden¹⁾. Hätte der Staat Zwangssyndikate begründet, so würde sofort eingewandt werden, daß sich in den künstlichen Gebilden das „wahre Arbeiterinteresse“ nicht darstellen könne. Das italienische Gesetz nennt daher die Syndikate nicht Staatsorgane, während es die Verbindungsglieder als „staatliche Verwaltungsorgane“ bezeichnet. Es bleibt jedoch die Frage offen, ob die Überlegenheit der zwar freiwilligen, aber anerkannten und privilegierten Fachverbände innerhalb des politischen Milieus in Italien nicht tatsächlich die Arbeiter

¹⁾ Das widerspricht dem Wortlaut des Versailler Vertrages Art. 38g.

zum Beitritt nötig; das Thema ist ein vortrefflicher Ausgangspunkt für endlose akademische Diskussionen. Der Verband, welcher um Rechtspersönlichkeit nachsucht, muß einen bestimmten Umfang nachweisen. Falls es sich um Arbeitgeberverbände handelt, sollen die vereinigten Betriebe mindestens ein Zehntel aller Arbeiter der Branche innerhalb ihres Raumbereiches umfassen. Arbeitnehmerverbände, die mit dem gleichen Anspruch auftreten, müssen wenigstens den zehnten Teil der Facharbeiter in sich schließen. Da innerhalb ein und desselben Berufes jeweils nur ein Verband anerkannt wird und dieser weitgehende Rechte den Nichtbeteiligten gegenüber erhält, so ist das Prinzip der Elite auf das italienische Verbandswesen übertragen, worauf Michels mit Recht hingewiesen hat¹⁾. Während bei der Bildung deutscher Zwangsinstitutionen die Majorität die Minorität verpflichtet, ist es in Italien die staatsbewußte Minderheit, welche die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen des Staates entscheidet und ihre Vertreter in die bestehenden und zu gründenden ökonomischen und politischen Körperschaften sendet. Die Verbände müssen weiter den Schutz der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder übernehmen und sich überdies ihrer beruflichen Fortbildung und vaterländischen Erziehung widmen. Die letzte Voraussetzung besteht darin, daß die Leiter neben ihrer sonstigen Eignung zuverlässig zum nationalen Staate stehen.

Nicht alle Berufe können sich in Italien zu Verbänden zusammenschließen, nicht alle Verbände rechtlich anerkannt werden. Einem Vereinsverbot unterliegen z. B. die Angehörigen der Armee, des Richterstandes, der Universität. Die Teilnahme an einer „geheimen“ Gesellschaft ist allen Beamten strikt untersagt²⁾. Staats- und Gemeindeangestellte, soweit sie Organisationen bilden dürfen, können sich zu „autorisierten“ Vereinen zusammenschließen, die jedoch keine gesetzliche Anerkennung finden. Nach fascistischer Auffassung wäre es sinnlos, ihnen eine Vertretung von wirtschaftlichen Interessen zugestehen, über welche der öffentliche Körper selber zu Gericht

¹⁾ Das neue Arbeitsgesetz in Italien. Italienisch-Deutsche Handelskammer Frankfurt a. M., Jahresbericht für 1925, S. 29.

²⁾ Diese Bestimmung ist in die Neufassung des Gesetzes über die „öffentliche Sicherheit“ aufgenommen, Art. 216.

sitzt¹⁾). Auch solche Verbände sind von der Anerkennung ausgeschlossen, welche ohne staatliche Genehmigung internationale Beziehungen unterhalten. Die Pflege dieser Verbindungen ist das ausschließliche Vorrecht des Staates.

Die Konsequenzen, welche die juristische Anerkennung für die von ihr ausgezeichneten Verbände mit sich führt, sind außerordentlich weittragend. Sie erhalten nicht mehr und nicht weniger als das Monopol der Vertretung. Für jede Berufsgruppe kann jeweils nur ein Verband gesetzlich anerkannt werden. „Es gibt nur ein gebilligtes Syndikat, ebenso wie nur eine Kommune, eine Provinz, einen Staat“¹⁾). Die Vielheit von Fachverbänden mit identischen Zielen ist für den Fascismus eine ans Mittelalter gemahnende Eigenheit des alten Parteienstaates. Die neuen Korporationen haben nicht bloß die Pflicht der Interessenvertretung für alle Berufszugehörigen, sondern auch das Recht, die Nichtmitglieder zu besteuern. Die Obergrenzen dieser Abgaben sind gesetzlich festgelegt; sie müssen zu einem Zehntel dazu verwendet werden, einen Vermögensstock anzusammeln, der eine Bürgschaft für die Verpflichtungen aus dem Tarifvertrag darstellt. Die Erhebung geschieht bei den Arbeitern durch Lohnabzug.

Die Interessenvertretung der vom Staat gebilligten Syndikate gipfelt in den Kollektivverträgen, welche für alle verbindlich, nur von ihnen abgeschlossen werden. Die Verbände höherer Ordnung dürfen in ihre Satzungen eine Bestimmung aufnehmen, wonach die Verträge von Organisationen, die ihnen angehören, ihre Genehmigung nötig haben. Die Verbindungsorgane zwischen Arbeitern und Unternehmern können ihrerseits Normen über die Arbeitsbedingungen erlassen, welche ebenso rechtsverbindlich sind wie die Tarifverträge selber. Für den Geist, in welchem die Gemeinschaftsorgane beraten, ist ein Satz aus den Ausführungsbestimmungen bezeichnend: sie sollen Unternehmer- und Arbeiterinteresse einander angleichen, wobei sie sich stets von dem übergeordneten Interesse der Produktion leiten lassen.

Streitigkeiten über Kollektivverträge finden im Schiedsverfahren

¹⁾ Costamagna: l. c., p. 464.

nicht ihren Abschluß. Es besteht zwar die Vorschrift, daß bei allen Kontroversen die Syndikate höheren Grades oder die Verbindungsorgane den Versuch machen sollen, den Fall friedlich beizulegen, aber wenn das nicht gelingt, so kommt die Sache vor das Arbeitsgericht (*Magistratura del Lavoro*). Diese Einrichtung ist die originellste des ganzen Gesetzes. Das Arbeitsgericht, bestehend aus drei Berufsrichtern und zwei Experten, die von untadelhaftem Rufe und politisch einwandfrei sein müssen, erteilt keinen Schiedsspruch — fakultativen oder obligatorischen —, sondern fällt ein Urteil. Seine Kompetenz erstreckt sich auf die Entscheidung von Streitigkeiten, die sich einmal auf die Anwendung bestehender Tarifverträge und weiter auf die Aufstellung neuer Normen beziehen. Die Richtschnur, welche für die Urteile dieser Instanzen gilt, ist die gleiche, von der sich die Verbindungsorgane bei ihrer ausgleichenden Tätigkeit leiten lassen: die Findung eines *iustum pretium*, ohne das dominierende Produktionsinteresse aus dem Auge zu verlieren. Da es sich nicht um einen Schiedsspruch, sondern um ein richterliches Urteil handelt, so ist die natürliche Folge, daß die wirtschaftlichen Kampfmittel der dissentierenden Gruppen, Streik und Aussperrung, schlangweg verboten sind. Diese Mittel der Selbsthilfe sind nach Ansicht des fascistischen Gesetzgebers Verbrechen, die mit Geld und Gefängnis abgestraft werden. Das Strafmaß steigt, wenn es sich um Arbeitsniederlegung in öffentlichen Betrieben oder um politische Streiks handelt.

Es war politisch interessant, daß nach der ursprünglichen Fassung des Gesetzes der weitaus überwiegende Teil der Industrie bei Streitigkeiten um den Inhalt von Tarifverträgen dem Spruch der Arbeitsgerichte entzogen sein sollte. Der italienische Industriebund hatte sich in den Jahren fascistischer Herrschaft verschiedentlich dagegen gewehrt, daß der Staat über seine Aufgabe, den inneren Frieden zu wahren, herausgreife und sich in das Innere der Betriebe einmische¹⁾. Bei der Kammerdebatte um das Gewerkschaftsgesetz gab es ein heftiges Rededuell zwischen Rossoni, dem alten Syndikalisten, und Benni, dem Präsidenten des Industriebundes. Im

¹⁾ Eine charakteristische Äußerung zitiert Avarna: l. c., p. 135.

Grunde standen die syndikalistisch-nationalistische und die individualistisch-liberale Auffassung schroff einander gegenüber¹⁾. Den Streit entschied ein Machtwort Mussolinis, der den Versuch, die Kompetenz der Arbeitsgerichte auf die Gesamtindustrie zu erstrecken, wagen wollte²⁾. Diesem Richtspruch unterwarf sich Benni mit großer Geste.

Es besagt innerhalb der bestehenden politischen Situation gar nichts, daß neben den mit Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Syndikaten die anderen Verbände (*associazioni di fatto*) zugelassen sind, auch wenn sie die gleichen Ziele verfolgen (Art. 12). Den Mitgliedern der anerkannten Syndikate ist die Teilnahme an solchen Verbänden bei Strafe sofortiger Ausstoßung verboten. So unwesentlich die ihnen vom Gesetzgeber zugedachte Rolle ist, so wird es den Männern des aufgelösten sozialistischen Zentralverbandes kaum gelingen, Arbeitervereinigungen unter Berufung auf Art. 12 des Gesetzes zu begründen. Der Fascismus engt alle, die nicht unbedingt zu ihm gehören, von den verschiedensten Seiten durch Gesetzesparagraphen und Verordnungen ein. Neben das Ausnahmerecht, dem Parteien und Verbände unterworfen sind, tritt für normale Zeiten der Art. 215 des neu gefaßten Gesetzes über die „öffentliche Sicherheit“ vom Herbst 1926, wonach sämtliche Verbände durch den Präfekten aufgelöst werden können, falls sie eine „dem Staate zuwiderlaufende Tätigkeit entfalten“. Während die nicht anerkannten Syndikate mit gleichen Zielen zum Tode verurteilt sind, soll der Verband mit anderer Zweckbestimmung, soweit er sich nicht gegen das herrschende Regime richtet, erhalten bleiben. Nach dem Wortlaut der Gesetzesbegründung ist es dem Arbeiter unbenommen, neben dem öffentlichen Syndikat etwa einem religiösen Verein anzugehören. Ebenso wenig, wird man ergänzen dürfen, kann es den Unternehmern verwehrt sein, sich zu Organisationen mit dem Ziel monopolistischer Marktbeherrschung, zu Kartellen, zu verbinden.

Fassen wir die Kernpunkte des Syndikatsgesetzes knapp zusammen: juristische Anerkennung der Gewerkschaften unter schärfster

1) Schmid: a. a. O., S. 146 f.

2) Costamagna: l. c., p. 513 ss.

Kontrolle des Staates; Wirksamkeit der Tarifverträge¹⁾; richterliche Entscheidung von Streitigkeiten; Verbot der Selbstverteidigung, welche strafgesetzlich geahndet wird. Die vier Sätze bilden das Fundament des neuen Zustandes, dessen politische und wirtschaftliche Eigenart in keinem Lande der Erde ein Analogon hat²⁾. Sie entspricht genau dem Ziel des Fascismus, welches die Gesetzesbegründung etwa so umschrieben hat: ein Staat, stark wie niemals, eine syndikalistische Organisation, beseelt von nationalem Geiste, fest gefügt und vollkommen diszipliniert, eine Unternehmerschaft, welche von der guten Absicht der Regierung und der Notwendigkeit, sie zu stützen, überzeugt ist³⁾.

Untersuchen wir, ehe die Tragweite des neuen Rechtszustandes ins Licht gerückt wird, die Anwendung, welche der Fascismus bisher dem neuen Gesetze gegeben hat. Bald nachdem es publiziert war, ist die Regierung mit der ihr eigenen Aktivität dazu übergegangen, den hierarchischen Aufbau staatlich anerkannter Syndikate, wie er im Gesetz vorgesehen war, in die Wirklichkeit zu überführen. Das war gar nicht so schwierig. Die fascistischen Arbeiterorganisationen existierten schon und brauchten nur um die rechtliche Anerkennung nachzusuchen. Es gab weiter Unternehmerverbände, wie in der Landwirtschaft, und vor allem den großen Bund italienischer Industrielten, der mit dem Pakt vom Palazzo Vidoni und der Namenänderung vollständig ins fascistische Lager eingeschwenkt war.

Was die Organisation der kaufmännischen, technischen und physischen Arbeit angeht, so wich der Aufbau der Verbände von der in

1) Darunter wäre zweierlei zu verstehen: die Verbindlichkeit des Vertrags auch für solche, die der vertragschließenden Berufsvereinigung nicht angehören, und zweitens die Garantie für seine Anwendbarkeit. Unter dem zweiten Gesichtspunkt ist besonders wichtig, daß die Ansammlung eines Vermögensstocks für Arbeitgeber- und Arbeiterverbände obligatorisch ist.

2) Elemente des heute in Italien geltenden Zustandes finden sich in anderen Staaten, worauf die Gesetzesbegründung selber hingewiesen hat (Costamagna: l. c., p. 460). Es sei vor allem erinnert an Neuseeland und Australien, wo Streik und Aussperrung durch Einigungsverfahren und Schiedsprüche gesetzlich ausgeschlossen sind. In Kanada ist gewerkschaftliche Selbsthilfe während der Verhandlungen vor dem Einigungsamt verboten. Die deutsche Gesetzgebung kennt die Allgemeinverbindlichkeit, in Australien und Neuseeland können nur die anerkannten Syndikate Tarifverträge abschließen usw. Ausführlich geht Costamagna in dem zitierten Buche auf Parallelen in der außeritalienischen Gesetzgebung ein.

3) Costamagna: l. c., p. 459.

den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz enthaltenen Regelung in nicht unwesentlichen Punkten ab. An die Stelle der vorgesehenen sechs Reichsverbände (*Confederazioni*) trat unter Rossonis Leitung eine Einheitsorganisation für ganz Italien (*Confederazione nazionale dei Sindacati fascisti*), welche die Nationalverbände (*Federazioni nazionali*) für Industrie, Landwirtschaft, Handel, Landbeförderung und Binnenschifffahrt sowie das Bankgewerbe umfaßte; ausgeschlossen blieben die Arbeiter der See- und Luftschifffahrt, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, in einen Sonderverband zusammengefaßt werden. Dafür hatte jedoch Edmondo Rossoni die Genugtuung, daß die Intellektuellen (Schriftsteller, Ingenieure, Ärzte, Architekten usw.), für welche zunächst ein eigener Bund begründet werden sollte, seiner Spitzenorganisation der Angestellten und Arbeiter eingegliedert wurden.

Die Struktur dieser ganz Italien überspannenden Organisation ist kurz folgende: Da die Hauptzweige wirtschaftlicher und intellektueller Tätigkeit (Landwirtschaft, Industrie, freie Berufe) in gesonderte Kategorien zerfallen (Teilpächter, Festangestellte, Tagelöhner oder Metall-, Textil-, Bauarbeiter oder Rechtsberufe, sanitäre Tätigkeiten usw.), so wurden für diese räumliche Syndikate, abgestuft nach Kommune, Provinz und Staatsumfang, durch die Regierung anerkannt. Die provinziellen Fachverbände werden durch gemeinsame Organe, Gewerkschaftskartelle, miteinander verknüpft. Auf dieser Stufe tritt also neben den vertikalen Aufbau die horizontale Zusammenfassung gleichartiger Berufsgruppen; und dasselbe ist natürlich der Fall auf den höheren Sprossen der Organisation, bei den Nationalverbänden und ihrer Spitzenorganisation, der *Confederazione*. In den beschließenden und ausführenden Organen des Spitzenverbandes können sich sowohl die Interessen der vertikal geschichteten als auch die der Horizontalverbände auswirken. Soviel zum Prinzip; die Details sollen uns nicht belasten.

Die Satzungen dieser Verbandshierarchie sind von der Regierung gebilligt und, soweit es sich um Organisationen gleicher Stufe handelt, über denselben Leisten geschlagen worden. Die *Confederazione* übt eine fortlaufende Aufsicht über alle abhängigen Verbände mittels besonderer Organe. Der kräftigste Beweis für die Herrschaft des

zentralistischen Gedankens liegt darin, daß der Präsident des Spitzenverbandes in der gleichen Eigenschaft sämtliche *Federazioni* von Industrie, Landwirtschaft usw. leitet.

Was die Zwecke der Verbände angeht, so sei noch angemerkt, daß die Statuten die Förderung von Konsumtiv- und Produktivgenossenschaften als Aufgabe enthalten, sofern solche Bildungen auf Verbrauch und Erzeugung günstig zurückwirken. Es ist für die Wegstrecke, die das fascistische Verbandswesen seit 1922 durchlaufen hat, charakteristisch, daß von dem besonderen Schutz der wirtschaftlich Schwachen (etwa der Teilpächter) nicht mehr die Rede ist; auch die Bestimmung, wonach alle die nationale Erzeugung mehrenden Produktionssysteme gebilligt werden, sofern sie den unerlaubten staatlichen Eingriff ablehnen, ist weggefallen. Der Fascismus verzichtet auf kleinbürgerliche und syndikalistische Programmpunkte, indem er sich anschickt, das Ganze der Nation mit seinen Verbänden zu umspannen.

Der Aufbau der Arbeitgeberorganisationen ist relativ einfach. Es handelt sich um Reichsverbände (*Confederazioni*) für die Industrie, die Banken, die Kaufleute, die Landwirte, die Unternehmungen der See-, Binnen- und Luftschiffahrt und des Landtransports. Greifen wir den italienischen Industriebund heraus. Er besteht aus territorialen Fachverbänden und räumlich abgegrenzten Organisationen, die sämtliche Firmen ihres Gebiets umfassen und wiederum in engere Berufsgruppen zerfallen. Jeder Arbeiterverband hat auf der Unternehmerseite sein Gegenstück. Bei der staatlichen Anerkennung der Statuten wurde das Schwergewicht der Tätigkeit in die Obhut des Präsidenten, des Generalsekretärs und kleiner Exekutivausschüsse gelegt. Handwerk und gewerbliche Produktivgenossenschaften wurden dem Industriebund eingegliedert. Der streng hierarchische Aufbau und die Machtkonzentration bei wenigen Personen charakterisiert auch die übrigen Arbeitgeberverbände. Beim Handel hat man aus allen Branchen gemischte Provinzialverbände gebildet, die selber wieder in Fachgruppen zerfallen; daneben treten nationale Fachverbände als „technische Organe“ zum Studium von Berufsfragen und zum Abschluß von Rahmenverträgen. Die Organisation der ländlichen Arbeitgeber baut sich auf in den Provinzsyndikaten der selbst-

wirtschaftenden und nicht selbstwirtschaftenden Eigentümer, wozu die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften treten.

Die Hauptdaten aus der italienischen Verbandspolitik, soweit sie sich heute übersehen läßt, sind folgende:

1. Bestimmten Kategorien von Staatsdienern — Armee, Richterstand, Professoren — ist die Vereinsbildung strikt verboten. Es sind solche, die sich vollkommen mit dem Staate und seinem Schicksal verwachsen fühlen sollen.

2. Soweit Staats- und Gemeindebeamte sich zu Verbänden zusammenschließen können, bedürfen diese der staatlichen Autorisierung. Die rechtliche Anerkennung mit ihren Konsequenzen bleibt ihnen versagt.

3. Die hierarchisch aufgebauten fascistischen Syndikate der Arbeitgeber und Arbeiter erhalten die rechtliche Anerkennung. Sie stehen unter genauer obrigkeitlicher Kontrolle, haben ein Vertretungsmonopol und insbesondere das Privileg, gültige Tarifverträge abzuschließen. Streitigkeiten werden, nachdem alle Versuche friedlicher Beilegung erschöpft sind, durch das staatlich eingesetzte Arbeitsgericht erledigt.

4. Zwischen den vertikalen Syndikaten der Unternehmer und Arbeiter werden Verbindungsorgane errichtet mit genau abgegrenzten Kompetenzen, die sich hauptsächlich auf Fragen des Produktionsprozesses beziehen. Diese Korporationen sind schwache Erinnerungen an die autonomen Syndikate Sorels, welche den Erzeugungsvorgang leiten sollten *débarassés de maîtres*.

Soweit wissenschaftliche Kritik sich mit dem Gewerkschaftsgesetz beschäftigt hat, äußerte sie sich meist skeptisch zur Frage der Lohnfestsetzung durch die Arbeitsgerichte. Es ist zu bedenken, daß diese Stellen erst angerufen werden, wenn alle Mittel friedlicher Schlichtung versagt haben. Das wird in normalen Zeiten selten sein, wenn nicht die Arbeitsgerichte eine einseitige Haltung im Interesse der Unternehmer oder Arbeiter einnehmen, die es einer der beiden Parteien lockend macht, den Streit vor diese Instanz zu tragen. Gibt es ein Motiv, welches die Lohnpolitik der Gerichte in eine bestimmte Linie drängen könnte? Trotz der verstopften Auswanderungswege bleibt die billige italienische Arbeitskraft, umgesetzt in Exportartikel,

das wichtigste Ausfuhrgut des Landes; es ist denkbar, daß unter dem Druck internationaler Konkurrenz die neuen Stellen den Versuch machen, den Reallohn der Arbeit auf möglichst tiefem Niveau zu halten. In diesem Falle wäre die Voraussetzung für den Unternehmer gegeben, häufig die Gerichte anzurufen. Anders im Fall lang andauernder Stockung: trotz tief gesunkener Löhne kann der Arbeitgeber genötigt sein, diese weiter zu drücken, aber das Gericht müßte ein Veto einlegen, wenn das Existenzminimum unterschritten wird. Es bliebe dem Unternehmer nichts anderes übrig, als Arbeit frei zu setzen¹⁾; hindert der Staat ihn daran, so geht Kapital verloren. Wie ist dieses Dilemma zu lösen? Der angenommene Fall liegt an der Grenze. Er wäre ein Prüfstein für die Festigkeit des fascistischen Systems. Eins ist jedoch sicher: der Satz der Ökonomik, wonach der Lohn auf die Dauer gleich ist dem produktiven Beitrag des „letzten“ Arbeiters, ist theoretisch richtig, aber seine Voraussetzungen, vollkommen freie Beweglichkeit von Kapital und Arbeit, sind nirgends in der Welt vorhanden. Es ist also möglich, innerhalb eines gegebenen Spielraums den Preis der Arbeit zu normieren; die Untergrenze liegt beim Kostenaufwand für die Güter dringendsten Bedarfs, die Obergrenze beim produktiven Grenzbeitrag der Arbeit²⁾. Anders gefaßt: es ist wohl vorstellbar, daß der Fascismus, je nachdem er den Lohn der einen oder anderen Grenze annähert, einen Druck auf die Arbeitgeber oder Arbeiter in politischer Absicht ausübt.

Die dynamische Staatstheorie des Fascismus mit ihrer Verachtung der Volkssouveränität, ihrer Lehre von der Suprematie der Exekutive, der Verherrlichung königlicher Gewalt, wie sie sich in der Denkschrift der achtzehn findet, war vollständig in das Gesetz über den *Capo del Governo* und die anderen übergegangen, wenn man sich auch von den konkreten Vorschlägen der Kommission in wesent-

1) Das ist möglich. Denn der Unternehmer darf, nach dem Wortlaut des Gesetzes, die Arbeiter nur nicht entlassen „ohne gerechtfertigtes Motiv und zu dem alleinigen Zweck, von den von ihm Abhängigen Änderungen in den bestehenden Verträgen zu erhalten“. Eine Unterbrechung des Produktionsprozesses aus Mangel an Mitteln ist nach Costamagnas Meinung nicht strafbar (l. c., p. 345).

2) Über den Grenzbeitrag als Obergrenze: Wieser, Fr. von: Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomik, Abt. I, S. 390.

lichen Punkten entfernt hatte. Was den korporativen Staat angeht, so unterschied sich die Lösung von der Ideologie des Mehrheitsgutachtens der achtzehn in einem kardinalen Punkte: während hier die Syndikate eine sekundäre Rolle spielen sollten gegenüber einem aus dem Gesamtvolk gewachsenen berufständischen Organismus, entschied sich die Regierung für die Elite der vom Fascismus kontrollierten Syndikate. Die Verwirklichung jeder Ideologie hat eben ihre Grenze in dem Interesse der herrschenden Klasse. Der Staatssyndikalismus hat seine Ergänzung in der Diktatur. Zu der Parteihierarchie und der Hierarchie der Staatsorgane tritt als drittes: die Verbandshierarchie. Sie besteht in dem vertikalen Aufbau der Syndikate, von denen die oberen die unteren beaufsichtigen und lenken; gleichzeitig ist das Ganze, trotz der Aktionsfreiheit im Rahmen der Gesetze, dem staatlichen Willen untertan. Es ist das System kapitalistischer Wirtschaft mit faktisch unbegrenzter Eingriffsmöglichkeit des Staates. Mussolini, als Minister der Korporationen, führt die Oberaufsicht über die Verbände, genehmigt die Wahl der wichtigsten Syndikateleiter, ernennt die Präsidenten der Korporationen; auch die dritte Hierarchie mündet in seine Person aus. Eine verwandte Stellung hat in den Provinzen der Präfekt.

Es ist die Frage, ob der Staatssyndikalismus so wie er geplant wird, ohne die ergänzende Diktatur möglich wäre. Das kapitalistische System bleibt prinzipiell erhalten, soll jedoch von Gemeinsinn durchtränkt sein. Dahin zielen Bemerkungen in den Verbandstatuten, wonach das Eigentum eine „soziale Funktion“, die Arbeit eine „Pflicht gegenüber dem Staate“ ist. In der gleichen Richtung liegt die Vorschrift, nach welcher die Arbeitsgerichte ihre Urteile fällen, und manche Aufgabe, die von Syndikaten und Verbindungsorganen übernommen wird. Es wurde schon angezweifelt, ob sich in ihrem Schoße Berufsethos und Verantwortlichkeit gegenüber dem Verbande und der Gesamtheit entwickeln; dazu wäre notwendig, das nackte Erwerbsinteresse, auf welchem das kapitalistische System letzten Endes ruht, abzuschwächen und soziale Triebe an seine Stelle zu setzen. Aber über den neuen Organisationen steht die Diktatur: die Suprematie des Staates gegenüber der Wirtschaft ist durch die Syndikatsgesetzgebung gesichert. Wenn auch die Verbände ihre

staatspädagogische Aufgabe nicht erfüllen, so stehen sie doch jederzeit obrigkeitlichen Eingriffen offen, die allerdings in der ökonomischen *ratio* ihre schwer definierbare, nur unter Gefahr zu überschreitende Grenze finden. Eine erste Probe besteht das System bei der Ermäßigung der Preise im Zusammenhang mit der Deflation; angesichts der Tatsache, daß die Verbände ihre Zwangsgewalt auf sämtliche Produktionsfaktoren erstrecken, ist es möglich, daß dieses Experiment, wenn auch unter schweren Opfern, gelingt. Umsomehr als die Macht des Staates ungeteilt dahintersteht.

Der *Stato Corporativo* ist durch die Gewerkschaftsgesetzgebung und die *Carta del Lavoro* (Verfassung der Arbeit), worauf wir noch zu sprechen kommen, in der Hauptsache abgeschlossen, aber noch nicht vollendet. Die Syndikate sind heute schon die Grundlage, auf der die Gemeinderäte sich aufbauen, aber es fehlt noch die Begründung des Parlaments auf die berufständischen Körperschaften. Zunächst hatte es den Anschein, als solle — trotz des Mehrheitsgutachtens der achtzehn — der Senat in diesem Sinne umgestaltet, die Kammer jedoch erhalten bleiben¹⁾. Nach den letzten Erklärungen ist kein Zweifel möglich, daß das Umgekehrte eintreten wird. Das Bedenken *Moscas* gegen die berufständische Lösung der parlamentarischen Krise, wonach die neue Kammer den Staat zum Spielball wirtschaftlicher Interessen machen würde²⁾, kann hier nicht eingewandt werden; denn ihre Rolle wäre ganz beschränkt gegenüber der Exekutive³⁾.

XVI.

Der große historische Prozeß, welcher sich seit 1922 in bald beschleunigtem, bald verlangsamtem Tempo vollendete, führte mit unbeugsamer Folgerichtigkeit zur Herrschaft einer einzigen Partei, der fascistischen. Italien wurde aus dem Parteienstaat zum Ein-Partei-Staat. Die Verschmelzung war zunächst eine personale; sie äußerte

1) Beschluß des Großen Rates vom 8. Oktober 1925.

2) l. c., p. 499.

3) Es sei in Parenthese bemerkt, daß die Position des Staatsrates (*Consiglio di Stato*) im fascistischen Italien zweifellos weiter gestärkt wird. Heute hat der Große Rat eine Stellung, welche der des *Conseil d'État* im ersten Empire ähnlich ist.

sich darin, daß der Führer zum Ministerpräsidenten, die Parteihäupter zu Staatswürdenträgern aufrückten. Das ist selbstverständlich, mag die siegende Partei die orleanistische, bonapartistische oder bolschewistische sein. Interessanter war es, daß die Institutionen der Partei vom neuen Staate übernommen wurden. So wurden die Gewerkvereine, welche der Fascismus sich als politische Machtmittel geschaffen hatte, zu staatlich anerkannten Syndikaten. Die Kampfverbände, zur *Milizia nazionale* verschmolzen, erhielten staatliche Aufgaben übertragen wie Grenzschutz, Aufrechterhaltung der Ordnung, besonders in öffentlichen Betrieben, sowie militärische Jugendausbildung. Ein verzweigtes Institut zur Bildung und Unterhaltung der Arbeiter in den Freistunden (*Dopolavoro*), welches ursprünglich den Gewerkschaften angegliedert war, ist auf den Staat übergegangen, ebenso wie eine sozialpolitische Organisation für Hilfe und Raterteilung (*Patronato nazionale*) und manches andere. Aber das wichtigste in jenem Assimilationsprozeß des Staates an die Partei war unzweifelhaft die Übernahme der fascistischen Organisationsidee nebst ihren Konsequenzen für die Praxis: Ämterhierarchie, Disziplin und Kontrolle. Es sei nochmals darauf hingewiesen, wie diese Idee sich bei der in Verbänden organisierten Wirtschaft auswirkt. Von Anfang an hatte der Fascismus die Syndikate in Abhängigkeit gehalten, um so das Schisma zwischen Parteileitung und Gewerkschaftszentrale zu verhindern, welches den Untergang des italienischen Sozialismus einleitete. Das Verhältnis blieb das gleiche, als sich der vom Fascismus eroberte Staat die Verbände einbaute: in der Auswahl der leitenden Personen, aber auch in finanzieller Beziehung, wurden die Syndikate seiner Kontrolle unterworfen; gleichzeitig errichtete man die Hierarchie zwischen den Verbänden, wonach Syndikate höheren Grades die niederen Ranges führen und beaufsichtigen und diese wiederum ihre Mitglieder¹⁾. Das ist nichts

¹⁾ Marschak (a. a. O., Bd. 53, S. 106) spricht innerhalb des fascistischen Staates von der „Niederlage des korporativen Prinzipes“. Der korporative Gedanke bedeute „Bindung des Gesellschaftslebens“. Diejenige Klasse jedoch, welche die herrschende Partei entscheidend beeinflussen könne, lehne die Bindung ab, wo sie ihr „hinderlich“ sei. Demgegenüber wäre zu betonen, daß sich neuerdings die Korporationsidee in Italien realisiert; die Hierarchie der Verbände wird dabei der des Staates untergeordnet. Von einem Siege der „Hierarchie“ — das Wort, wie stets, ohne jeden

anderes als der in die Praxis übersetzte nationalistisch-fascistische Gedanke von der Suprematie des Staates gegenüber der Wirtschaft.

Die erwähnten Tatbestände — Personalverbindung, Übernahme von Institutionen sowie der Organisationsidee — sind Symptome für einen Angleichungsvorgang, dessen einzelne Etappen unter taktisch-politischem Gesichtspunkt höchst reizvoll sind. Eine lockere Bewegung, welche um den festen Kern von Kampfverbänden zahlreiche Mitläufer sammelt, konzentriert sich zur straff gefaßten Organisation, die sich Gewerkvereine angliedert; allmählich differenziert sich die Partei gleichsam in einen „schlagenden“ und „nichtsschlagenden“ Teil, die Miliz wird zuerst Organ des Staates, später folgen Partei und Verbände. Das alles geschieht, indem man von „vollzogenen Tatsachen“ zur juristischen Kondifikation fortschreitet, zwar unter Anwendung von Gewalt, aber ohne Eingreifen der Armee; es ist die eigenartigste Eroberung eines Staates, welche die moderne Geschichte kennt. Das Herrschaftssystem ist die Diktatur, deren Formen immer reiner hervortreten. Wie wird sie ausgeübt? Ihr Träger ist die Partei. Sie hat ihre Tore heute geschlossen. Sie ist in ihrer Verjüngung angewiesen auf den natürlichen Zuwachs aus den fascistischen Jugendverbänden. Jeder Eingeschriebene ist ein Kraftzentrum des fascistischen Staates, welches seine Umwelt durchdringen soll; die Einwirkungen des Fascismus laufen also nicht nur von oben nach unten, sondern auch in seitlicher Richtung. Das Mitglied übt seine Funktion in der Armee, der Beamtenschaft, den Verbänden; diese Organisationen sind ganz mit Fascisten durchsetzt und genügen, den Außenstehenden das Gesetz des Handelns in staats- und wirtschaftspolitischen Fragen aufzuzwingen. Der Aktionsradius des einzelnen Fascisten ist kleiner als der des russischen Kommunisten, da diese Partei einen sehr viel geringeren Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmacht als jene. Die fascistische Partei setzt sich zusammen aus einer alle Schichten umspannenden Herrschaftskaste, welche natürlich auch durch reelle Interessen aneinander und an den Staat ge-

mystischen Beiklang genommen — kann man deshalb nicht reden, weil das eine Prinzip das andere nicht ausschließt. Das wäre der Fall, wenn, wie Marschak vor drei Jahren annehmen konnte, eine bestimmte Klasse auf die Dauer den „entscheidenden“ Einfluß auf die herrschende Partei ausüben würde; das ist jedoch in Italien nicht der Fall.

bunden ist. Dieser zu großem Teil neuen, einer jüngeren Generation angehörenden, mit Kriegsteilnehmern stark gemischten Elite haben sich Teile von Beamtentum und Heer, die früher schon führend waren, zugesellt¹⁾. Da angesichts der überall geübten Zentralisation die Spitzen der drei Hierarchien — Staat, Partei, Verbände — in Mussolinis Person zusammentreffen, so ist die Zahl derer, welche in großem Stil dirigierende Tätigkeit ausüben, ganz gering. Es ist also richtig, das fascistische Herrschaftssystem zu bezeichnen als eine Spitzendiktatur, welche mit ihren Organen die horizontal gelagerten Klassen durchsetzt und sie mit Hilfe des staatlichen Machtapparates wie eine Klammer zusammenschließt.

Es ist wichtig, diesen vertikalen Aufbau der Partei herauszustreichen. Sie unterscheidet sich dadurch, was die Struktur angeht, entscheidend von ihrem russischen Gegenstück. In der Sowjetunion hat sich aus Proletariat und „ärmerer“ Bauernschaft eine Partei abgespalten, die sich als Exponent der Klasse auffaßt; die Überläufer aus Adel und Bourgeoisie haben sich der proletarischen Ideologie „angepaßt“. Obgleich die fascistische Theorie soweit geht, die reale Existenz der Klasse ganz zu leugnen, die Gesellschaft in eine Unzahl von Gruppen zu zerlegen, nicht vom Proletariat, sondern von Proletariaten zu reden, so hat sich die Praxis vor der Gewalt der Tatsachen beugen müssen²⁾: sie hat sich mit der Wirklichkeit der Klasse abgefunden. Historisch gesehen ist der Fascismus, ehe er auf die heutige Machtstufe gelangt war, bald mehr mit der einen, bald mehr mit der anderen Gesellschaftsschicht gegangen. In der Zeit des Aufstiegs waren die Fäden, welche ihn an bestimmte Klassen

¹⁾ Der Ausdruck Elite wurde bisher in dieser Studie angewendet auf jene kleinen Gruppen, welche im demokratisch-parlamentarischen und fascistischen Italien die Minister gestellt haben. Im obigen Zusammenhang umfaßt sie auch die höheren Sphären von Beamtentum und Heer. Während in den Spitzen der Staats- und Lokalverwaltung die Personen im neuen Italien durchweg gewechselt haben, gilt das nicht von jenen Sphären, die großen Teils zum neuen Regime übergetreten sind. Die gleiche Erscheinung, allerdings in viel geringerem Umfang, findet sich in der Sowjetunion. Es ist z. B. eine Tatsache, daß heute die Gesetzgebungsarbeit in Rußland von alten zaristischen Juristen geleistet wird. Über die Amalgamierung alter und neuer Eliten: Michels: Corso di Sociologia politica, p. 67ss. Milano 1927.

²⁾ Hier ist, beiläufig bemerkt, wieder ein Punkt, wo die fascistische Theorie von der Paretos abweicht. Obgleich dieser die grobe Vereinfachung der Klassenkampflehre ablehnte, hat er die Existenz der Klasse nicht geleugnet. Dazu Michels: l. c., p. 16.

banden, stark und dicht: errechnet man das Maß materieller Zuwendungen nach dem Interesse, welches in Bürgerkreisen an dem Emporkommen der Bewegung vorhanden war, so standen Mittelbesitz und Teilpacht in der Po-Niederung, Großindustrie in Mailand und Turin an erster Stelle: denn hier wie dort war die bolschewistische Bedrohung am stärksten. Es sei daran erinnert, daß sich der Fascismus selbst nicht in jener frühen Phase zum programmatischen Vertreter jener Besitzinteressen machte, die er schützte; die eigentümlich gemischte Ideologie griff in alle Berufe und Stände über, die vitale Schwungkraft der Bewegung war eine Attraktion für alle lebendigen und ehrgeizigen Elemente des Landes. Die Partei konnte sich in ihrem Fortschreiten von der Klassenunterlage weitgehend emanzipieren. Wenn sie sich auch nach der Machtergreifung, wie gezeigt wurde, unter dem Schwergewicht, das in den Dingen selber liegt, auf die hohe Bourgeoisie (Großindustrie und Großgrundbesitz) stützte, so ist sie dabei nicht stehen geblieben. Das hätte auch der Konzeption des Staates widersprochen, der über der Wirtschaft und ihren Kämpfen stehen soll. Ein latenter Gegensatz zwischen Regierung und Industriebund durchzieht die ersten fünf Jahre der neuen Herrschaft: es drehte sich um die Anerkennung der nationalen Gewerkschaften durch das Großgewerbe, die Schaffung gemeinsamer Organe, die Arbeitsgerichte. Die Spannungen lösten sich in einem Siege der Regierung. Sie schuf sich durch die staatliche Lohnfestsetzung, welche, soll sie nicht zu chaotischen Zuständen führen, nach bestimmten Richtlinien erfolgen muß, grundsätzlich die Möglichkeit, innerhalb jener angedeuteten Grenzen, welche von der ökonomischen *ratio* gesetzt sind, in den Mechanismus der Verteilung einzugreifen und einen der beiden persönlichen Faktoren, welche am Erzeugungsvorgang beteiligt sind, zu bevorzugen. Nicht nur, daß der Unternehmer zusieht, wie die Höhe seines Gewinnes durch den Staat korrigiert werden kann, er wurde weiter durch die fascistische Entwicklung gezwungen, die Gewerkschaft als vollwertigen Kontrahenten anzuerkennen, mußte auf die Aussperrung zur Erzwingung von Lohnminderungen verzichten und seine eigenen Verbände staatlicher Kontrolle unterwerfen. Dazu kommt, daß nach Erklärung IX der am mythischen Geburtstag

Roms (21. April) vom Großen fascistischen Rat verkündeten Verfassung der Arbeit (*Carta del Lavoro*) dem Staate das Recht zusteht, in die wirtschaftliche Produktion einzutreten, wenn die private Initiative fehlt oder unzureichend ist, oder wenn politische Interessen des Staates auf dem Spiel stehen; dieser Eingriff kann sogar die Form unmittelbarer Geschäftsführung annehmen. Eine solche Erklärung ist in einem Obrigkeitstaate wie Italien mehr als eine bloße Geste. Ist es nun richtig, wenn die Sozialisten im Fascismus nichts anderes erblicken als einen geglückten Gegenstoß der Kapitalistenklasse gegen das italienische Proletariat, welches sonst seine Schlacht gewonnen hätte? Zunächst konnte von nahem Sieg des Bolschewismus in Italien nicht die Rede sein, weil die soziale Struktur des Landes und seine außenpolitische Situation ihn vereitelten. Die Sozialisten sehen auch nicht den vertikalen Aufbau der heute herrschenden Partei, die eine disziplinierte und organisierte, durch Interessen verknüpfte Einheit bildet, welche der Idee nach die sozialen Gruppen zur Zusammenarbeit erzieht und Gegensätze ausgleicht, in der Praxis jedoch — solange ein „gerechter“ Schlüssel für die Verteilung nicht gefunden und, wäre er da, seine Anerkennung nicht gesichert ist — einmal in dieser, dann in jener Gesellschaftsschicht den *consenso* im Paretianischen Sinne zu suchen genötigt ist. Endlich ließe sich die sozialistische These nur verteidigen, wenn Kapitalismus; definiert als System der „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“¹⁾, als reale Erscheinung starr und unbeweglich wäre, sich selber wandellos treu bliebe, ohne in einem immanenten Entwicklungsprozeß begriffen zu sein. Allerdings — bei einer solchen Begriffsumgrenzung müßte die Sowjetunion selber schlecht abschneiden, denn es ließe sich leicht zeigen, daß bei der dort herrschenden Abschließungspolitik der Arbeiter den Bauern „ausbeutet“, welcher für die Industriearbeiter Monopolpreise zahlt (abgesehen von der politischen Entrechtung durch die Wahlmethode). Weiter: der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts ruhte zwar auf einer individualistischen Rechtsordnung (entfesselte Konkurrenz, Vertragsfreiheit), aber wer wüßte

¹⁾ Diese Definition, welche auf Feudalismus und Kapitalismus gemünzt ist, steht in der „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ von 1918. Schlesinger, M. L.: Das bolschewistische Rußland, S. 75. Breslau 1926.

nicht, wie diese im Laufe der Zeit durch Bindungen aller Art zwischen den Unternehmungen eingeschränkt worden ist. Nicht nur, daß Preise, Absatz, Produktion „gebunden“ wurden, die Wirkung der Zusammenschlußbewegung erstreckte sich darüber hinaus auf innerbetriebliche Fragen, wie die Rationalisierung; auch die freie Lohnbildung entglitt der Hand des Einzelunternehmers und Arbeiters. Das System paßte sich organisatorisch dem verengten Absatzraum an und zog, unter dem Druck des Staates, die Konsequenzen aus der Tatsache, daß die zusammengeschlossene Arbeiterschaft einen Machtfaktor darstellt, mit dem man sich als Gesamtheit verständigen müsse, sollte der Gegensatz nicht das politische Gefüge des Staates bersten lassen. Die fascistische Gesetzgebung sucht den Kapitalismus, unter grundsätzlicher Anerkennung der freien Unternehmertätigkeit, in dieser Richtung umzubilden, mit der wichtigen Modifikation, daß die Produktion Aufgabe im Dienste des Ganzen sein soll, und der Widerstreit zwischen Kapital und Arbeit staatlichem Willen unterworfen wird, wodurch die individualistisch-liberalen Kapitalisten des Landes, vermutlich die Mehrheit, arg vor den Kopf gestoßen werden; es ergäbe sich unter der sozialistischen Annahme der paradoxe Zustand, daß der Retter des Kapitalismus das System erhalten und sich dabei in Widerspruch zu seinen Vertretern gesetzt habe. Gleichgültig wie die Auseinandersetzung zwischen Staat und Wirtschaft in der Praxis weiterläuft, der Fascismus wirkt durch seine Verbandspolitik (nicht zum wenigsten durch den verstärkten Kontakt, den er zwischen den Unternehmern herstellt) — und das ist in diesem Zusammenhang bedeutungsvoll — im Sinne intensiver Organisation des gesamten italienischen Wirtschaftslebens, deren Folgen Binnen- und Weltmarkt sowie die Betriebe selber ergreifen werden; es ist, ohne hier näher darauf einzugehen, wahrscheinlich, daß auch die Preissenkungsaktion im Zusammenhang mit der Deflation den Zusammenschluß befördern wird. Der moderne italienische Staat macht sich so zum Promotor einer Bewegung, welche in anderen Ländern, besonders in Deutschland seit 1925, der Initiative der Unternehmer entsprungen ist¹⁾.

¹⁾ Es liegt in der gleichen Richtung, wenn, wie anzunehmen, das Korporationsministerium sich zu einer Art Zentralstelle der Wirtschaft ausbildet (Statistik, Erv. Beckerath, Fascistischer Staat.

Die Linien des fascistischen Systems werden noch deutlicher hervortreten, wenn es mit Erscheinungen, die ihm in gewissem Sinne ähnlich sind: Bolschewismus und Absolutismus, verglichen wird.

Beide, Bolschewismus und Fascismus, haben große programmatische Erklärungen erlassen, welche mit der Deklaration der Menschenrechte von 1789 verglichen werden wollen. Das russische Manifest aus dem Jahre 1918 bezeichnete als Ziel die „Errichtung der sozialistischen Organisation der Gesellschaft“; der Weg, der dorthin führt, wurde in der Verfassung von 1925 angegeben mit den bekannten Worten: „Diktatur des Proletariats . . . zwecks Unterdrückung der Bourgeoisie“¹⁾. Die *Carta del Lavoro* vom 21. April 1927 nannte die italienische Nation „eine moralische, politische und wirtschaftliche Einheit, die sich in dem fascistischen Staate vollständig verwirklicht . . . Die gesamte Produktion bildet vom nationalen Standpunkt aus eine Einheit“.

Von Rechten des Einzelnen ist weder hier noch dort die Rede. Das ist verständlich: denn im Sowjetstaat hat das Individuum Rechte nur soweit, als es zum Proletariat gehört; im fascistischen Italien kann es sie nur beanspruchen, falls es sich als nützlich-tätiges Glied einem Verband und so dem Staate einordnet — das ist jedenfalls das Ziel. Beide, Sowjetunion und modernes Italien, sind die Länder der „produktiv Tätigen“. Der Einzelne als solcher zählt nur soweit, als er in den nationalen Erzeugungsvorgang (dieser in weitem Wortsinne verstanden) eingeflochten ist: der ideologische Überbau der kapitalistischen (staatskapitalistischen) Produktionsordnung. An dieser Stelle gabelt sich der Weg beider Systeme: der Fascismus kehrt in der Vorstellung, daß in der hierarchisch aufgebauten Produktion jedes Glied nützlich und nötig sei, zu St. Simon, also gleichsam an die Anfänge des sozialistischen Gedankenstroms in Europa zurück, während der Bolschewismus, getreu der Lehre von Marx, nur die Arbeitskraft und ihren Träger als produktiv anerkennt. Beiden Ideologien ist die Abneigung gegen das parlamentarische System ge-

forschung des Weltmarktes, Konjunkturbeobachtung usw.). Bei diesem Ministerium ist ein Rat eingesetzt, der aus Mitgliedern von Spitzenbehörden, aus Vertretern der obersten Verbände und der großen Wohlfahrts- und Erziehungsämter besteht und den alten Volkswirtschaftsrat voraussichtlich überflüssig machen wird.

¹⁾ Schlesinger: a. a. O., S. 77.

meinsam, aber sie wird verschieden begründet. Für den Fascismus ist es eine Form der Demokratie, deren Grunddogma von der Volkssouveränität verworfen wird; zudem bekrittelt er die praktische Leistung dieses Systems, so wie es vor ihm der italienische Nationalismus getan hatte, dessen Lehre er aufgreift. Der Bolschewismus dagegen ist grundsätzlich nicht antidemokratisch. Der bürgerlichen Demokratie stellt er die „Sowjetdemokratie“ der Arbeiter und Kleinbauern gegenüber; diese verspricht nach der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die „wahre“ Freiheit, jene, ebenso wie das parlamentarische System, das sie geschaffen, ist nur „eine Maschinerie zur Unterdrückung der Arbeitenden durch das Kapital, ein Werkzeug der politischen Macht des Kapitals, die Diktatur der Bourgeoisie“¹⁾).

Aber die Tiefe des Gegensatzes zwischen beiden Ideologien enthüllt sich sogleich, wenn wir unser Auge auf die Konzeption von Staat und Klasse lenken. Für den Bolschewisten sind, im Geiste des kommunistischen Manifestes, Klassen und Klassengegensätze jene Realitäten, welche den Inhalt des gesamten historischen Prozesses ausmachen. Die Sowjetunion hat die Aufgabe, die Einteilung der Gesellschaft abzuschaffen, als ob sie dadurch das Rad geschichtlicher Entwicklung aufhalten könnte; sie bedient sich zu diesem Zwecke des eroberten Staates, einer „Zwischenlösung“, welche in das Dorado einer geschichtslos dahindämmernden ungeschichteten Menschheit hinüberführt. Dagegen leugnet die Theorie des Fascismus sogar die Existenz der Klasse und ordnet die sozialen Gruppen, in ihrer Tätigkeit und in dem Anteil am Sozialprodukt, den Notwendigkeiten des nationalen Staates unter. Hinter diesem erhebt sich nicht, wie bei Giuseppe Mazzini, als letzte Synthese die Menschheit; unversöhnlich, wie nach sozialistischer Auffassung die Klassen, stehen in der Welt die Nationen einander gegenüber²⁾).

Es ist interessant, daß Georges Sorel, der wie kein anderer über die Realisierung des Sozialismus innerhalb der historischen Gegebenheiten dieser Erde nachgedacht hat, in Deutschland ganz un-

¹⁾ Lenin: a. a. O., S. 548.

²⁾ Das ist die alte, uns wohlbekannte These Corradinis. Sie findet offizielle Anerkennung in der Begründung des Gewerkschaftsgesetzes, Costamagna: p. 457s.

bekannt geblieben ist; es liegt dies daran, daß nirgendwo Programm und Wirklichkeit weiter auseinander liegen als dort. Seine Figur steht nicht nur hinter dem Fascismus; sie wird auch in der russischen Revolution sichtbar, und obwohl Sorel den maßlosen bolschewistischen Terror verurteilte, hat er dennoch seine berühmte Apologie Lenins geschrieben¹⁾. Die Fäden, welche von Sorel zu Mussolini führen, liegen klar zutage²⁾, die Verbindung zu Lenin dagegen ist ungeklärt³⁾. Selbst wenn sich weder in dem einen noch in dem anderen Falle unmittelbare Beschäftigung mit den Gedanken Sorels beweisen ließe, so wäre gleichwohl die politische Methode, welche verfolgt wurde, nichts anderes als — unbewußte — Verwirklichung des Kernes jener Lehre. Es kann auch nicht anders sein: denn jede Minorität, die sich zur Herrschaft aufschwingt, wird Gewalt anwenden; jede Bewegung, welche sich in breiten Massen zu verankern sucht, muß irrationelle Kräfte mobilisieren, also den Mythos an die Stelle des Programms setzen. Eben jener tragische Zwang zur Gewaltanwendung gab der politischen Taktik, welche in Italien und Rußland beim Aufstieg zur Macht und bei ihrer Erhaltung geübt wurde, jene ins Auge springende Ähnlichkeit, auf welche man so oft hinweist; natürlich war die Gewalt in beiden Ländern, entsprechend dem kulturellen Niveau, verschieden nuanciert. In Italien heben sich zwei Phasen deutlich voneinander ab: die eine liegt vor der Festigung der Diktatur, die andere nachher. Die erste Periode kennt jene Mittel, welche die bewaffnete Partei im Kampfe anwendet (Strafexpedition, Geiselnahme, Einschüchterungsaktion usw.)⁴⁾; nachdem die Partei zum Staat geworden war, ruft sie in der zweiten Periode die Justiz zur Hilfe, während die

1) Hin und wieder finden sich bei Lenin Sätze, welche den Einfluß Sorels, jedenfalls die geistige Verwandtschaft zwischen beiden, verraten: so, wenn der Klassenkampf als „Grundlehre des Sozialismus“ angesprochen wird, a. a. O., S. 512.

2) Mussolini ist von dem Redakteur einer großen Madrider Tageszeitung einmal gefragt worden, ob Nietzsche, Jaurès oder Sorel auf ihn den größten Einfluß gehabt habe. Er entschied sich für Sorel — und verbot einige Jahre später den Streik. Trotzdem war die Antwort richtig. Mussolini akzeptierte für seine Bewegung die Methode der Gewalt, aber führte sie einem andern Ziel zu, als der *grève générale*. Gaétan Pirou: Georges Sorel, p. 53. Paris 1927.

3) Hierzu einige Bemerkungen bei Pirou: p. 47 ss.

4) Bernhard: a. a. O., S. 33 ff.

ungeordneten Parteiübergriſſe nachließen und verschwanden¹⁾. In Rußland dagegen schwang sich die ziffermäßig lächerlich kleine Partei mit einem Schläge ans Ruder und übte im Namen des Staates einen Terror, dessen Maße wesentlich von der jeweiligen politischen Lage diktiert werden. Die Verwandtschaft erstreckt sich weiter auf Organisation und Politik der herrschenden Minorität: die Partei wird klein gehalten und streng gesiebt, sie verjüngt sich aus den angegliederten Jugendverbänden und bildet das Reservoir für die leitenden Staatsämter; die Gewerkschaften sind tatsächlich von der Partei abhängig, ihre Mitglieder gehören nicht ohne weiteres zu ihr²⁾. In der Struktur der beiden Herrschaftsarten gibt es einen charakteristischen Unterschied. In der Sowjetunion wird „das Prinzip der faktischen Diktatur mit verschiedenen Elementen verschmolzen, die oft den Forderungen des modernen Demokratismus entsprechen. Die demokratischen Grundsätze finden ihren Ausdruck besonders im geschriebenen Recht der Republik, die Diktatur — in den tatsächlichen Verhältnissen und in der Praxis“³⁾. Im fascistischen Staat dagegen tritt die Diktatur, gegründet auf die antidemokratische dynamische Staatstheorie und die Auffassung von der Suprematie der politischen Gewalt gegenüber der Wirtschaft, offen zutage. Diese Verschiedenheit hängt mit der Entstehung beider Herrschaftssysteme zusammen. Der Sowjetstaat formte sich im Gegensatz zum zaristischen Zentralismus und mußte dem Proletariat die Existenz einer „Arbeiterdemokratie“ mit zahlreichen gewählten Vertretungen vorgaukeln. Der Fascismus jedoch stand im Kampf mit der parlamentarischen Demokratie, welche in breiten Schichten des Volkes jeden Kredit verloren hatte, schon ehe sie taktisch überwunden wurde.

¹⁾ Die Strafen, denen politische Vergehen unterliegen, bestehen zum Teil in Gefängnis- und Geldbußen; aber daneben gibt es, wie wir wissen, auch andere: Tod, Verlust des Bürgerrechts, Konfiskation der Güter, Verbannung (*confino di polizia*).

²⁾ Über Rußland vgl. die glänzende Analyse des heutigen politischen Systems von N. N. Alexejew: Die Entwicklung des russischen Staates in den Jahren 1923 bis 1925, Jahrb. d. öff. Rechtes, Bd. XIV, S. 316 ff. Auf S. 332 steht der Satz: „Zugleich befinden sich die gewerkschaftlichen Verbände unter strenger Aufsicht der kommunistischen Partei.“

³⁾ Alexejew: a. a. O., S. 318.

Das Ergebnis der Gewaltpolitik war in beiden Ländern das gleiche: Vernichtung aller anderen Parteien, Verbände und Vereine. Aber es besteht auch hier eine wesentliche Differenz: die orthodoxe ehemalige Staatskirche hat sich infolge bolschewistischer Bedrückung gespalten und sich sogar in ihrem intransigenten Teil dem kommunistischen Staat unterworfen. Wenn auch in Italien die *Associazione cattolica* es dem Arbeiter freigestellt hat, in die fascistischen Gewerkschaften einzutreten, so hat sich die Macht der römischen Kirche im ganzen unter fascistischer Herrschaft gefestigt, ohne daß sie dieser gegenüber ihre reservierte überstaatliche Haltung verändert hätte. Als politische Machtfaktoren gibt es auf italienischem Boden heute nur die beiden großen Hierarchien des fascistischen Staates und der katholischen Kirche.

Während sich die Übereinstimmung zwischen Fascismus und Bolschewismus im wesentlichen erschöpft in der Konzeption des Staates als der Gemeinschaft der produktiv Tätigen, der Gegnerschaft gegen demokratischen Parlamentarismus und in der Struktur und Politik der *classe dirigente*, so greift die Verwandtschaft mit dem Absolutismus des 17. und 18. Jahrhunderts tiefer: sie zieht wesentliche Züge des Systems ans Licht, die wir meist schon berührt haben. Allerdings wird die Herrschergewalt nicht aus dem Legitimitätsprinzip abgeleitet. Der König ist notwendig, weil er durch Geblüt und Tradition mit dem Organismus des Staates verwachsen ist, für dessen Bedürfnisse er ein Fingerspitzengefühl hat. Seine Stellung ist theoretisch gegen früher gehoben, aber das wirkt sich praktisch nicht aus, solange Mussolini neben ihm steht. Nachdem das Prinzip der Volkssouveränität in Europa zur Herrschaft gelangt war, hat die absolute Regierungsform ihre klassische Rechtfertigung im Bonapartismus gefunden: in der Auffassung also, wonach das souveräne Volk die ihm zustehende Gewalt aus freien Stücken an den Cäsar übertragen hat. Soweit geht der Fascismus nicht. Volksabstimmungen als Mittel staatlicher Willensbildung werden von ihm förmlich abgelehnt. Aber wenn auch das Übergewicht der Exekutive aus der Natur des Staates als einer aktiven Potenz, die ungeheure, dem absoluten Fürsten ähnliche Position Mussolinis aus dem Charisma des geborenen Führers gedeutet wurde, so erhebt der Fascis-

mus, wie das erste und zweite Empire, gleichwohl den Anspruch, im Interesse des gesamten Volkes zu regieren. Es ist ein besonders lebendiges Zeugnis dieser Tatsache, zugleich ein Beweis für die unendliche Dehnbarkeit politischer Begriffe im Munde von Staatsmännern, daß Mussolini in einer großen Kammerrede den Fascismus als „betonte Demokratie“ (*democrazia accentuata*) bezeichnet hat¹⁾. Der fascistische Staat, ebenso wie der des absoluten Fürsten, ist typischer Wohlfahrtsstaat. Nachdem die letzten Reste von Selbstverwaltung ausgemerzt sind, umgreift er alle Zweige gemeinschaftlicher Tätigkeit und fordert nebenher das italienische Volk auf, die Geburtenziffer nicht abfallen zu lassen²⁾. Ähnlich wie der merkantilistische Staat, nur weniger weitgehend, engt der Fascismus die Vertragsfreiheit ein, indem er das Arbeitsverhältnis reguliert. Die Beziehung zwischen beiden ergibt sich ohne weiteres, wenn wir uns der Bemerkung Sombarts für die merkantilistische Ära entsinnen, wonach „das Arbeitsverhältnis von der Obrigkeit geregelt“ wurde und eine „Art von Beamtenverhältnis“ darstellte³⁾. Auch die Grundauffassung von der Unterordnung der Wirtschaft unter den Staat ist dem Absolutismus und Fascismus gemeinsam⁴⁾. Das reale Verhältnis beider Mächte zueinander hat sich jedoch gewandelt: zur Zeit des Merkantilismus war die Wirtschaft eine relativ zarte Pflanze, welche der Pflege bedurfte; der Fascismus wünscht zwar ebenfalls, seine dynamischen Kräfte nach der Seite der Rationalisierung, Produktivitätsteigerung usw. zu entfalten, aber seine Innenpolitik (Vernichtung des Parlaments, Staatssyndikalismus mit faktisch unbegrenzter Eingriffsmöglichkeit des Staates) verfolgt in erster Linie den Zweck, den Dauereinfluß von zur Macht gelangten

1) Il Popolo d'Italia, 27. Mai 1927.

2) Aus der eben zitierten Rede Mussolinis.

3) Sombart, W.: Der moderne Kapitalismus, Bd. I, S. 832. München 1919. Es ist für die fascistische Doktrin charakteristisch, daß die Arbeit nicht wegen ihres Trägers geschützt wird, sondern weil sie eine „soziale Pflicht“ darstellt und folglich die Gesamtheit an ihrer Erhaltung interessiert ist. Der Fascismus hat übrigens die Sozialversicherung und den Arbeiterschutz des Landes weitgehend umgestaltet. Wir können darauf nicht eingehen. Vgl. Noaro, G. C.: Nuovo Manuale completo di Legislazione sociale, Roma 1927. Weitere Konsequenzen sollen sich aus der Carta del Lavoro ergeben (den Erklärungen über soziale Fürsorge, Unterstützung usw.).

4) Sombart: a. a. O., S. 363.

Wirtschaftsgruppen auf die Politik, der im 18. Jahrhundert nur in Ansätzen vorhanden war, auszuscheiden.

Wird das fascistische System in der heutigen Form in Italien von Dauer sein? Es ist eine historische Erfahrung, daß eine Herrschaftsform, wenn sie untergeht, nicht von außen überwunden, sondern von innen zersetzt wird. Sie bricht zusammen, wenn sie sich selbst aufgibt. Ein unglücklicher Krieg kann die Zerstörung beschleunigen, wie es im Herbst 1918 in Deutschland der Fall gewesen ist. Das System des Fascismus zeigt dem politischen Beobachter noch keine Risse. Je nachhaltiger die anderen Parteien vernichtet werden, desto stärker wird die herrschende Gruppe, weil selbst die Gegner zugeben müssen, daß im Fall ihrer Abdankung kein Nachfolger da ist, die Gewalt zu übernehmen. Die große Gefahr, die für den Fascismus darin liegt, daß sich sein Schicksal mit dem einer einzigen Persönlichkeit so eng verbindet, wird dadurch gemindert. Mussolinis Funktion für die politische Form Italiens besteht darin, die Kräfte des Landes — Beamtentum, Heer, Partei, Verbände — miteinander in Übereinstimmung zu halten und Spannungen in ihrem Schoße auszugleichen. Denkt man an Gegensätze zwischen Heer und Miliz, Beamten- und Parteihierarchie, integralem Syndikalismus und hoher Bourgeoisie, wie sie im Laufe der Zeit hervorgetreten sind und künftig entstehen werden, so erkennt man die Größe der Aufgabe in ihren Grundlinien. Wenn es auch natürlich Legende ist, der Neubau des Staates sei von Anfang an in Mussolinis Haupt vorgeformt gewesen, so ist es doch historisch bezeugt, daß seine Willenskraft das Tempo bestimmt, sein politischer Instinkt die Gesetzgebung in eine Richtung gezwungen hat, welche das Übergewicht der Partei befestigte. Selbst in einem so allgemein gehaltenen Manifest, wie der Verfassung der Arbeit, steht ein Satz, wonach bei den neuen Arbeitsnachweisen, die unter der Kontrolle der korporativen Organe stehen, die Angehörigen der fascistischen Partei und Gewerkschaft den Vorrang haben sollen. Angesichts der Festigkeit der Partei, die über alle Machtmittel verfügt, ist es für den Bestand des Herrschaftsystems von sekundärer Bedeutung, inwieweit es den *consensus* des Volkes auf seiner Seite hat, worüber nur vage Vermutungen möglich wären. Diktaturen,

wie die bolschewistische und fascistische, die im Dienste von Ideologien stehen, hätten theoretisch die Pflicht, selber von der Szene abzutreten, wenn ihr Ziel erreicht ist. Beim Fascismus ist die Frage nach dem Ziel die gleiche wie die nach der Durchführbarkeit des *Stato Corporativo*. Die Parteidiktatur könnte abdanken, wenn sich die wirtschaftlichen Gruppen unter der Führung ihrer Syndikate und Korporationen dem Staate freiwillig und friedlich unter- und einordnen würden; am König läge es dann, das Kabinett zu bestimmen, dem sich eine berufständische Vertretung an die Seite stellte. Abgesehen davon, ob bei der heutigen Wirtschaftsstruktur eine solche Entpolitisierung dauernd möglich wäre (was wir nicht wissen), wird die apokalyptische Idylle schon deshalb nicht Wirklichkeit werden, weil die Verbände, so brauchbar sie sein mögen, jene sozialpädagogische Aufgabe, welche die Voraussetzung für den neuen Staat wäre, nicht lösen. Eben deshalb wird die Erziehungs-Diktatur fortbestehen, aber es ist möglich, daß sie sich mit der Zeit wesentlich wandelt. Es ist kein geringes Zeichen für die staatsmännische Fähigkeit Mussolinis, daß er zu Beginn des Jahres 1927 die Parteihäupter in der Provinz den Präfekten unterstellt hat. Da diese sich mit dem Fascismus identifizieren, so handelt es sich hierbei zunächst um eine Geste; aber der Erlaß ist gleichzeitig der Ausdruck des Willens, das Schwergewicht der Regierungstätigkeit auf die staatlichen Organe zu verlegen¹⁾. Der Absicht nach wird die Partei allmählich aus einer Kampforganisation und Kontrollinstanz zu einer reinen Erziehungsanstalt, besonders für Soldaten und Beamte. Sie erhielt damit eine ähnliche Stellung innerhalb des modernen Staates, wie sie im 18. Jahrhundert der Adel ausfüllte. Hier springt wiederum die Verwandtschaft mit dem absoluten Fürstenstaat in die Augen.

1) Mussolini hat diesen Gedanken in seiner Mai-Rede vor der Kammer unterstrichen. Er verurteilte die Teilung der Gewalt in den Provinzen — „Teilpacht der Gewalt“ nannte er sie plastisch — und bezeichnete es als lächerlich, den *squadrismo* als eine Sache, die ihren Zweck in sich selbst trage, anzusehen.

Das italienische Experiment, welches sich vor den Augen Europas abspielt, ist für dieses von höchstem Interesse. Es handelt sich einmal darum, einen autoritären Staat im Stil des 18. Jahrhunderts zu verwirklichen, der gleichwohl von den Energien des modernen Lebens durchflutet wird; man versucht weiter, die Suprematie des Staates einer neu organisierten Wirtschaft gegenüber zu befestigen — wobei das Maß wirtschaftspolitischen Taktes gegenüber privater Betätigung den Erfolg bestimmt. Es wird endlich das Wagnis unternommen, das Verteilungsproblem, weil sich aus ihm Interessenkämpfe entwickeln, die politisch gefährlich werden können, durch staatliche Instanzen zu lösen. Das Übergewicht des politischen Elements gegenüber dem ökonomischen ist jedenfalls ein eminent europäischer Gedanke.

Aber bei alledem ist Europa nicht bloß unbeteiligter Zuschauer. Seit Kriegsende haben Bolschewismus und Fascismus um seine Seele gerungen. Die Desorganisation, welche dem Weltringen folgte, beförderte kommunistische Experimente in Teilen Mittel- und Südeuropas, die von kurzer Dauer waren, da sie der sozialen Struktur jener Gebiete widersprachen. Seit 1922 breitete sich über den Kontinent eine nationalistische Welle aus, von der Spanien, Ungarn, Polen, Litauen ergriffen wurden, abgesehen von den fascistischen Parteien, die sich überall bildeten.

Die revolutionäre Eigenheit des Bolschewismus lag in der Vernichtung des bürgerlichen und feudalen Produktionsapparates, wie sie nach Lage der Dinge innerhalb Europas nur in Rußland möglich war. Solange der Fascismus ein rein politisches System darstellte, ohne auf die soziale Ordnung überzugreifen, konnte er in Europa trotz seiner spezifisch italienischen Züge übernommen werden, umsomehr als der Neo-Absolutismus in kräftigen und herrschgewohnten Parteien Resonanz finden mußte. Wie werden die Dinge sich weiter entwickeln? Abgesehen davon, daß sich mit steigender Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht in wenigen Händen die Majoritätsideologie zersetzt, ist die staatliche Verfassung, wie die Geschichte zeigt, von der ökonomischen und politischen Lage zur Umwelt abhängig. Es ist charakteristisch, daß Italien bei seiner gespannten Situation zuerst auf un-

serem Kontinent zu einer absoluten Staatsform zurückgekehrt ist. Wenn, wie anzunehmen, die wirtschaftlichen und politischen Spannungen, unter denen das Europa des 20. Jahrhunderts steht, weiter wachsen, so ist es wahrscheinlich, daß, zugleich mit einer Umformung der politischen Ideologie, der autoritäre Staat innerhalb der abendländischen Kulturgemeinschaft Terrain zurückgewinnt.